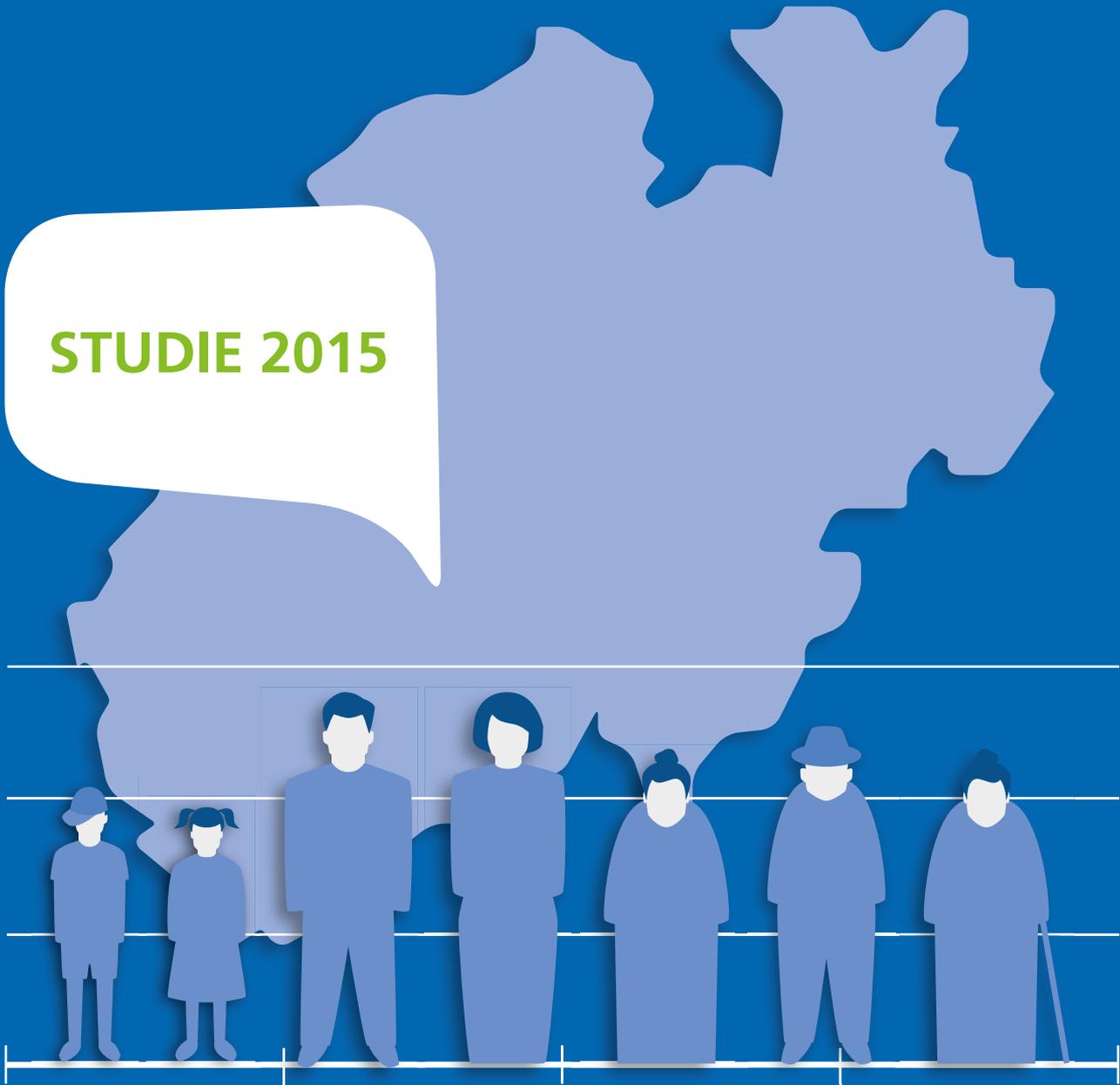


„Demografie-Konzepte der Kommunen in NRW“ – Qualitative Bestandsaufnahme und Beispiele „guter Praxis“

Projektleitung: Prof. Dr. Gerhard Naegele, Dr. Elke Olbermann

Bearbeitung: Markus Kühnel

STUDIE 2015



Forschungsgesellschaft
für Gerontologie e.V.

Institut für Gerontologie
an der TU Dortmund

SOZIALVERBAND

VdK

NORDRHEIN-WESTFALEN



Zukunft sozial gestalten



STUDIE 2015

**„Demografie-Konzepte der Kommunen in NRW“ –
Qualitative Bestandsaufnahme und Beispiele „guter Praxis“**

GELEITWORT	6
HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG	8
Kommunale Selbstverwaltung als Gestaltungsauftrag	9
Der demografische Wandel in den Kommunen	10
Die Situation in Nordrhein-Westfalen	12
Zielsetzung der Kurzstudie	14
GRUNDLAGEN ZUM VERSTÄNDIS VON	16
KOMMUNALEN DEMOGRAFIEKONZEPTEN	
(Kommunale) Demografiepolitik in Deutschland	17
Kommunale Demografiekonzepte	20
Kommunale Demografieberichterstattung	23
METHODISCHE VORGEHENSWEISE	26
BEISPIELE GUTER PRAXIS	28
Kreis Borken	33
Kreis Euskirchen	36
Arnsberg	39
Bielefeld	42
Hattingen	45
Herten	48
Köln	51
Langenfeld	53
Münster	56
Neuss	59
Siegen	62
AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE	66
Formale und organisatorische Aspekte	67
Konzeptuelle Orientierung	68
Struktur und Inhalt	71
Zur Rolle von Partizipation	74

FAZIT	76
ANFORDERUNGEN AN EINE ZUKUNFTSWEISENDE KOMMUNALE DEMOGRAFIEPOLITIK	80
Informationen zum Institut für Gerontologie an der TU Dortmund	84
Quellenverzeichnis	85
Auswahl verwendeter Quellen bei der Analyse von Praxisbeispielen	88
Anhang 1	90
Anhang 2	93
Kontakt	94
Impressum	95

GELEITWORT

Die Alterung der Bevölkerung ist tiefgreifend und wird bedeutende Folgen für alle Bereiche unserer Gesellschaft und für jeden Einzelnen von uns haben. Diese Folgen können sowohl positiver als auch negativer Art sein. Es wird an uns liegen, wie wir damit umgehen. Die Themen demografischer Wandel und die Alterung der Gesellschaft sind seit Jahren auf der politischen, medialen und gesellschaftlichen Agenda und in vielen verschiedenen Facetten auch Gegenstand unserer Verbandsarbeit. Düstere Bilder wie Überalterung der Gesellschaft, Vergreisung, Seniorenheim Deutschland, Generation Grau, Generationenkonflikt bis hin zu Untergangsszenarien werden vielfach mit dem demografischen Wandel verknüpft und teils bewusst in Szene gesetzt.

Das ist aus unserer Sicht zu einfach gestrickt, zu dramatisch und auch einseitig. Fakt ist: Wir werden alle älter - und das ist auch gut so. Der demografische Wandel birgt Risiken, sollte jedoch in erster Linie als positive gesamtgesellschaftliche Chance gesehen werden. Wenn wir jetzt die richtigen Weichen stellen, können wir entscheiden, wie wir in Zukunft leben und alt werden wollen. Vor diesem Hintergrund steht insbesondere die kommunale Sozialpolitik vor großen Herausforderungen. Denn die Auswirkungen des demografischen Wandels, die Pluralisierung von Sozialstrukturen und die Zunahme des Armutsrisikos wirken sich umfassend auf der kommunalen Ebene aus. Sie erfordern ein Umdenken und neue ressortübergreifende Handlungskonzepte vor Ort. In diesem Kontext sind wissenschaftliche Daten und Fakten über die demografische Entwicklung und darüber, wie die Kommunen in unserem Bundesland darauf vorbereitet sind, unerlässlich. Dazu dient die vorliegende Kurzstudie.

Der Sozialverband VdK NRW setzt sich dafür ein, dass die Lebensbedingungen von älteren Menschen, von Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftigen aber auch von Familien und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vor Ort selbstbestimmt und teilhabeorientiert sind. Soziale Ungleichheit, Ausgrenzung und Vereinsamung können in einem funktionierenden Quartier durch unterstützende Strukturen, soziale Gefüge und Gemeinschaft überwunden werden.

Schon heute engagieren sich viele Kreisverbände und Mitglieder des Sozialverbandes VdK NRW aktiv, ehrenamtlich und sozialpolitisch in der Kommunalpolitik. Das bestehende Wissen, die bereits vorhandenen Strukturen und das Engagement möchten wir nutzen, um langfristig eine systematische Vertretung der Interessen unserer Mitglieder direkt vor Ort auf- und auszubauen und unsere Anliegen nachhaltig in den kommunalpolitischen Diskurs einzubringen. Denn gerade vor Ort, in den Kommunen, werden Bundes- und Landesgesetze mit Leben gefüllt. Hier sehen wir die Chance, die kommunalpolitische Tagesordnung und die politischen Entscheidungsprozesse mitzugestalten.

Als mitgliederstärkster Sozialverband mit über 290.000 Mitgliedern, 43 Kreisverbänden und rund 800 Ortsverbänden in NRW verfügen wir bereits über die besten Voraussetzungen für die kommunalpolitische Arbeit. Wirtschaftlich unabhängig und überparteilich können wir unsere landesweiten Strukturen und Netzwerke nutzen, um uns in wichtige Diskussionen wie über den demografischen Wandel, die Pflege oder die Inklusion von Menschen mit Behinderung einzubringen.

Der Sozialverband VdK NRW dankt der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. und dem Institut für Gerontologie an der TU Dortmund, insbesondere Herrn Prof. Dr. Gerhard Naegele, dessen zahlreiche Anregungen bereits Eingang in unsere Verbandsarbeit gefunden haben, sowie Frau Dr. Elke Olbermann für die Projektleitung und Herrn Markus Kühnel für die wissenschaftliche Bearbeitung.

Wir freuen uns, wenn die Studie mit den „guten Beispielen“ bei Politik und Verwaltung, insbesondere auf kommunaler Ebene, sowie bei interessierten Bürgern und Organisationen im Sozial- und Wohlfahrtsbereich weite Beachtung findet und Anstöße für eine soziale Demografiepolitik geben kann.

Düsseldorf, April 2015
Sozialverband VdK NRW e.V.

**HINTERGRUND
UND ZIELSETZUNG**



KOMMUNALE SELBST- VERWALTUNG ALS GESTALTUNGS-AUFTRAG

Die europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung fordert in Art. 2, den „**Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung** (...) in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und nach Möglichkeit in der Verfassung“ (*Strasbourg 1985*) anzuerkennen. In Deutschland ergibt sich die *kommunale Selbstverwaltung* der Kommunen aus Artikel 28, Satz 2 des Grundgesetzes (*GG*). Demnach haben die Kommunen das Recht, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ (*GG, Art. 28, 2*). Durch das „Föderalismus- und Subsidiaritätsprinzip als tragende Elemente der politischen und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik“ (*Naegele 2013, 336*) wird den Kommunen hier klar die Verantwortlichkeit „als kleinste politische Einheiten (»örtliche Träger«)“ (*ebd.*) zugewiesen. Die **soziale Daseinsvorsorge** der eigenen Bevölkerung, ist somit in erster Linie eine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft (*vgl. hierzu auch Burgi 2013, 31*). Neben dem Grundgesetz, sehen auch die *Landesverfassungen*, aufbauend auf dem Prinzip der *Gemeindehoheit* (*vgl. Tettinger 2007, 188*), ein eigenständiges Handeln der Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten vor (*vgl. z.B. Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen, Art. 1, 78–79*).

Neben der verfassungsgemäßen Zuständigkeit für die örtliche soziale Daseinsfürsorge, sind die Kommunen in besonderer Weise durch die Herausforderungen der demografischen Entwicklungen dazu aufgerufen, den demografischen Wandel als kommunale Gestaltungsaufgabe anzunehmen: „Deutsche Kommunen altern nicht nur, sondern schrumpfen auch in vielen Fällen, werden bunter und heterogener und unterliegen zudem Prozessen der Singularisierung und Segregation. Somit sind die Kommunen in erster Linie angesprochen, wenn es darum geht, soziale Dienste den veränderten Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen, die jeweiligen, damit zusammenhängenden neuen Themen und örtliche Problemfelder zu identifizieren und möglichst die örtliche Lage einbeziehende Lösungsansätze zu entwickeln.“ (*Naegele 2013, 336 f.*)

Den Kommunen fällt somit gegenwärtig und zukünftig, eine besondere „Schlüsselposition“ beim Umgang mit den Auswirkungen des demografischen Wandels und der zunehmend älter werdenden Bevölkerung zu: „In den Städten und Gemeinden sind die Konsequenzen der demographischen und sozialstrukturellen Entwicklungen am deutlichsten zu beobachten, denn hier werden die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen an Dienste und Einrichtungen konkret und offenkundig, werden Lösungen und Angebote unmittelbar erwartet.“ (*Naegele 2006, 13*)

Die besondere Position der Kommunen für die soziale Daseinsfürsorge und die Gestaltung des demografischen Wandels wurde auch in der *Generali Altersstudie 2013* deutlich. Aus der Sicht der älteren Generation sind es nämlich in erster Linie die Wohlfahrtsverbände wie Caritas und Diakonie sowie die Kommunen, die besonders viel für die Interessen und Anliegen der älteren Menschen tun können. 63 Prozent der befragten 65- bis 85-Jährigen „schreiben den Kommunen eine exponierte Rolle zu“ (*Generali 2013, 328*). Einige besondere Erwartungen der älteren Bevölkerung sind hierbei u.a. die Gewährleistung qualitativer Pflege in Pflegeeinrichtungen, eine barrierefreie Gestaltung der technischen und sozialen Infrastruktur sowie altersgerechte Wohnmöglichkeiten (*vgl. ebd., 331*).

Um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, die örtliche Daseinsvorsorge nachhaltig zu gewährleisten und zugleich auf eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hinzuwirken, sollten Kommunen die demografischen Entwicklungen als **Chance** zur proaktiven Gestaltung der Lebensverhältnisse in der örtlichen Gemeinschaft begreifen. Der demografische Wandel kann dabei als „Antriebskraft für die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse“ (*Bogedan et al. 2008, 9*) betrachtet und als Einladung verstanden werden, vorhandene „Konflikte und Spaltungen neu zu bearbeiten“ (*ebd.*). Der demografische Wandel in den Regionen und Kommunen gehört auch zu den besonderen Herausforderungen der Kreise, Städte und Gemeinden, weil die Auswirkungen der kommunalen **Alterung** und **Schrumpfung** unmittelbare Folgen für die Fiskalsituation der Kommunen haben können (*vgl. BdF 2013*). Wenn sich die kommunale Haushaltslage durch den demografischen Wandel verschlechtert, kann sich hierdurch eine „Gefahr für die Aufgabenerfüllung der Kommunen“ (*Bartl & Jonda 2008, 191*) ergeben. Durch die angespannte Finanzsituation vieler Kommunen, besteht dementsprechend teilweise das Risiko einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit, um auf eine „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ (*Art. 72 GG*) hinwirken zu können.

Welche Potentiale und Möglichkeiten liegen in demografiepolitischen Anpassungs- und Gestaltungsstrategien der Kommunen?

Wie kann die Lebensqualität aller Altersgruppen der örtlichen Bevölkerung sowie die Qualität der öffentlichen Leistungen vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demografischen Wandels erhalten oder verbessert werden?

DER DEMOGRAFISCHE WANDEL IN DEN KOMMUNEN

Der demografische Wandel ist Ausgangspunkt vielfältiger Veränderungen auf allen Politikebenen und -feldern. Dabei umfassen „die demografischen Herausforderungen (...) weit mehr als Altern und Schrumpfen der Bevölkerung“ (*Naegele & Hüther 2014, 1009*). Die grundlegenden Trends des demografischen Wandels lassen sich dabei mit Hilfe einer differenzierten Sichtweise in folgenden Dimensionen zusammenfassen (*vgl. Naegele 2010, 98; Naegele & Hüther 2014, 109; Naegele 2006, 8 ff.*):

- *Dreifaches Altern* (d.h. kollektives und relatives Altern, sowie Zunahme der Hochaltrigkeit) und *Strukturwandel des Alters*;
- *Rückgang der Gesamtbevölkerung* durch eine anhaltende niedrige Fertilität sowie eine Stagnation der Geburtenrate;
- *Heterogenität* und *Internationalisierung*, also zunehmende ethnisch-kulturelle Differenzierung der (alternden) Bevölkerung;
- *Singularisierung*, also eine erhöhte Anzahl an Ein-Personen-Haushalten;
- *Segregation* und neue *soziale Ungleichheit* in Regionen, Städten und Stadtteilen.

Die demografischen Veränderungsprozesse vollziehen sich dabei nicht gleichförmig, sondern weisen regional und lokal z.T. große Unterschiede auf, bis hin zu einer „Verinselung“ von wirtschaftlichem Wachstum, Alterung und Schrumpfung (vgl. Bucher 2007; Menning et al. 2010; Bogumil et al. 2013; Naegele & Hüther 2014). Städte und Gemeinden lassen sich mit Rückgriff auf Mäding (2008, 22 f.) in drei Dimensionen operationalisieren, nämlich

- a. als „Sozial-, Wirtschafts- und Lebensraum Stadt“, der sämtliche ökonomische und soziale Indikatoren einschließt,
- b. als „gebaute Stadt“, die sämtliche Einrichtungen der Infrastruktur, des Wohnens und des (sozial-)räumlichen Erscheinungsbildes umfasst sowie
- c. als „(sozial-)politischer Raum Stadt“, der alle Aspekte der Gebietskörperschaft im föderativen Staat umfasst.

Folgende Matrix (s. Abb. 1) stellt in Anlehnung von Mäding (ebd.) beispielhaft wichtige Herausforderungen (vgl. hierzu Bogumil et al. 2013; Zimmer-Hegmann 2011; Bertelsmann Stiftung 2005, 2006, 2008, 2010) für Städte (und in abgeschwächter Form für Gemeinden) dar:

Abbildung 1: Auswahl von demografischen Prozessen und deren Auswirkungen auf kommunaler Ebene als Herausforderung.

	STADT ALS SOZIAL-, WIRTSCHAFTS- UND LEBENSRAUM	GEBAUTE STADT: STADTENTWICKLUNG UND INFRASTRUKTUR	KOMMUNE ALS (SOZIAL-) POLITISCHER RAUM
SCHRUMPFUNG	<p>Fachkräftemangel</p> <p>Abwanderung von Unternehmen</p> <p>Verschiebung der Nachfrage von kommunalen Dienstleistungen von Jung nach Alt</p> <p>Steigende Gebühren</p> <p>Sinkende Schülerzahlen</p>	<p>Suburbanisierung und Ausdünnung in der Fläche</p> <p>Zusammenlegung/Schließung von Bildungseinrichtungen</p> <p>Wohnungsleerstände</p> <p>Steigende Pro-Kopf-Kosten („Remanenzkosten“)</p> <p>Rückbau von ÖPNV</p>	<p>Sinkende (Steuer-) Einnahmen</p> <p>Zunehmende Ausgaben</p> <p>Steigende Verschuldung</p> <p>Konzentration auf Kernaufgaben</p> <p>Eingeschränkte Handlungsfähigkeit</p>
ALTERUNG	<p>Erhöhung von Sozial- und Gesundheitsausgaben</p> <p>Veränderter Bedarf nach Dienstleistungen</p> <p>Homogenisierung betrieblicher Altersstrukturen</p>	<p>Nachfrage nach alter(n)sgerechtem Wohnraum</p> <p>Bedarf nach alter(n)sgerechter Infrastruktur</p>	<p>Sinkende politische Beteiligung</p> <p>Generationenkonflikte</p> <p>Altersdiskriminierung</p>
HETEROGENISIERUNG	<p>Disparität</p> <p>Desintegration</p>	<p>Segregation</p>	<p>Sinkende politische Beteiligung</p> <p>Polarisierung</p>

SINGULARISIERUNG	Veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen	Erhöhtes Verkehrsaufkommen Erhöhter Bedarf an Single-Wohnungen Wachsender Bedarf an Wohnfläche/ pro Kopf	Reduktion von familiären Pflegeleistungen Neue Prioritäten durch steigende Gesundheits- und Sozialkosten als Folge höherer Krankenhauskosten und Heimunterbringungen
SEGREGATION UND SOZIALE UNGLEICHHEIT	Abwanderung von Familien und besser gestellten Haushalten aus der Kernstadt (Randwanderung) Vermehrter Zuzug von Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund	Nachfrage nach günstigem Wohnraum Unterschiedliche Ethnische Segregation und Konzentration im Stadtgebiet Abwertung des Stadt(-teil)images bis hin zu Stigmatisierung Steigender Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Kernstädten	Sinkende politische Beteiligung Exklusion durch steigende Gebühren Vernachlässigung von wichtigen Handlungsfeldern durch Konzentration auf Kernthemen Einschränkung von Sport-, Freizeit und Kulturangeboten

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Mäding 2008, 25.

In schrumpfenden Regionen wirkt sich bereits heute – bei deutlicher Abnahme der jüngeren Bevölkerung – insbesondere die „doppelte Alterung“ (d.h. die Zunahme der alten und hochaltrigen Bevölkerung) aus. Gegenwärtig (noch) wachsende oder stagnierende Kommunen haben zwar einen im Durchschnitt verzögerten Alterungsprozess, dafür ergeben sich aber vielfach besondere demografische Herausforderungen bzgl. der längerfristigen Attraktivität als Familienstandort, im Bereich der Zuwanderung oder durch zunehmende Segregation. Neben interkommunalen Unterschieden sind zudem auch auf intrakommunaler Ebene unterschiedliche – teilweise gegenläufige – Entwicklungen für einzelne Stadtteile zu verzeichnen (wachsende und schrumpfende Quartiere) (vgl. Zimmer-Hegmann 2011). So kann es als Folge kommunaler Alterungs- und Schrumpfungsprozesse zu tiefgreifenden Veränderungen in der Siedlungsstruktur innerhalb von Kommunen kommen. Befürchtet „werden Zersiedlungsprozesse und eine dramatische Entleerung von Ortskernen (...), begleitet vom Verfall alter Bausubstanz, sozialer Segregation und dem Verlust sozialer Strukturen“ (Sarcinelli & Stopper 2006, 7). Insgesamt stehen sich also wachsende und schrumpfende Kommunen gegenüber und in Konkurrenz zueinander, was sinnvolle und notwendige Zusammenarbeit zum Teil erheblich erschweren kann (vgl. Stopper 2008, 284). Die demografischen Entwicklungen führen also für viele Kommunen zu einer Polarisierung und zu einer Verschärfung des allgemeinen Standortwettbewerbs (vgl. Zimmer-Hegmann 2011, 131; Stopper 2008, 284).

DIE SITUATION IN NORDRHEIN-WESTFALEN

An dieser Stelle sollen zunächst kurz die allgemeinen demografischen Entwicklungstrends der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen bis 2030 skizziert werden (vgl. MGEPA, Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen 2014, Bertelsmann Stiftung 2010a). Bei den vorgestellten Zahlen ist zu berücksichtigen, dass es sich um demografische Fortschreibungen auf Grundlage des Status Quo handelt, die statistische Trends anzeigen, jedoch nicht als exakte Prognose im wissenschaftlichen Sinne betrachtet werden können.

Schrumpfung und Alterung: Demnach wird die Bevölkerung in NRW bis 2030 **relativ** um ca. 3,6% abnehmen, d.h. die Bevölkerung verringert sich **absolut** von ca. 17,842 Millionen im Jahre 2012 auf 17,190 Millionen im Jahre 2030. Gleichzeitig sinkt der Anteil *der Bevölkerung unter 18 Jahren* von absolut 3,01 Millionen (16,8%) im Jahre 2009 auf 2,63 Millionen (15,3%) im Jahre 2030. Der **relative Anteil der Elterngenerationen (22 -35 Jahre)** wird bis 2025 um ca. 2,9% zurückgehen. Der Anteil der **Bevölkerung über 65 Jahren** wird hingegen um 27,4% ansteigen, nämlich von 3,62 Millionen im Jahr 2009 auf 4,62 Millionen im Jahre 2030. Insbesondere die **Zahl der Hochaltrigen (80+)** innerhalb der Population der älteren Bevölkerung nimmt erheblich zu. Zwischen 2009 und 2030 wird ein relativer Anstieg von insgesamt 38,5% prognostiziert, d.h. die absolute Zahl würde von 0,94 Millionen (2009) auf 1,34 Millionen (2030) ansteigen. Das **Medianalter** wird sich allein bis 2025 von 41,4 im Jahre 2006 auf dann 46,2 erhöhen. Der **Altenquotient**¹, also das Verhältnis der über 65-jährigen auf 100 Personen zwischen 20 und 65 Jahren steigt ausgehend von 33,6 im Jahre 2012 auf bis zu 47,9 im Jahre 2030. Dabei ist das Alter vornehmlich weiblich geprägt, allerdings mit abnehmender Tendenz, d.h. der Anteil der Frauen über 65 Jahren wird von 57,2% im Jahre 2012 auf ca. 54,7% im Jahre 2030 sinken, der Anteil der Frauen über 80 Jahre sogar von 66% (2012) auf 59,9% (2020).

Rückgang der Erwerbspersonen und Zunahme von Singlehaushalten: Das **Erwerbstätigenpotential** wird sich erheblich verändern. Kamen auf 100 Personen zwischen 20 und 65 im Jahre 2010 noch 33,6 Personen, so werden es im Jahre 2030 schon 47,9 Personen sein. Insgesamt verringert sich damit die Zahl der Erwerbstätigen von 8,69 Millionen im Jahre 2010 auf nur noch 7,62 Millionen 2030. Trotz eines Bevölkerungsrückgangs wird sich sowohl die **Zahl der Singlehaushalte**, als auch die der Zwei-Personen-Haushalte insgesamt kontinuierlich erhöhen. Ausgehend von 2,99 Millionen (2008) wird sich die **Zahl der Zwei-Personen-Haushalte** bis 2030 auf ca. 3,17 Millionen erhöhen. Im selben Zeitraum steigt die absolute Zahl der Single-Haushalte von 3,35 Millionen (2010) auf 3,43 Millionen im Jahre 2030. In Nordrhein-Westfalen wird sich die Gesamtzahl der Privathaushalte zunächst bis etwa 2020 auf 8,65 Millionen erhöhen, um schließlich bis 2030 unter den bisherigen Stand auf 8,56 Millionen abzusinken.

¹ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass zukünftige finanzielle Belastungen „nicht allein aus der Gegenüberstellung von „älterer“ Bevölkerung und Bevölkerung „im erwerbsfähigen Alter“ abgeleitet werden können. Der Blickwinkel ist zu erweitern: Es geht um die Relation von „Aktiven“ zu „Inaktiven“ insgesamt, d.h. um das Problem, welcher Anteil der Wertschöpfung auf all jene Personen übertragen werden muss, die über kein Einkommen aus Erwerbstätigkeit verfügen. (...) Zwar müssen immer mehr ältere Menschen versorgt werden, aber zugleich sinkt durch die niedrige Geburtenrate der Versorgungsaufwand für jüngere Menschen. Der Kinder- und Jugendquotient, d.h. das Verhältnis der unter 20jährigen zu den 20 bis 60jährigen, geht bis zum Jahre 2050 langsam zurück. Fasst man den Kinder- und Jugendquotienten und den Altenquotienten zusammen, errechnet sich der Gesamtquotient. Sein Anstieg fällt weniger stark als der Anstieg des Altenquotienten aus.“ (Bäcker et al. 2008, 171)

Steigende Zahl von Pflegebedürftigen: Mit der Alterung der Gesellschaft und insbesondere mit dem Anstieg der Hochaltrigkeit geht auch die Zunahme von Personen mit Pflegebedarf einher. Während 2007 eine absolute **Zahl von Pflegebedürftigen** von 484.800 erfasst wurde, wird sich die Gesamtzahl bis 2030 auf ca. 710.000 Personen erhöhen. Das bedeutet in der Altersgruppe zwischen 60 und 80 Jahren ein Plus von 28% gegenüber 2007 und in der Gruppe der über 80-jährigen einen Anstieg von 74,3% auf dann 457.000 Personen.

Gesamtentwicklung und Aussicht: Für Nordrhein-Westfalen lässt sich zwar gegenwärtig insgesamt eine Schrumpfung subsumieren, ein langfristig eindeutiger demografischer Trend lässt sich hieraus jedoch nicht ohne weiteres ableiten (vgl. *Strünck 2013, 134*). Daneben gibt es augenblicklich erhebliche Unterschiede zwischen und innerhalb der Kommunen und es ist derzeit nicht davon auszugehen, dass sich diese Unterschiede zukünftig nivellieren werden: „Während in der am stärksten wachsenden Gemeinde Saerbeck im Kreis Steinfurt die Bevölkerung um rund 14% zugenommen hat, ist in dem gleichen Zeitraum die Bevölkerungszahl in Altena um rund 18% gesunken. Zwischen diesen beiden Extremen liegen die anderen Kommunen in NRW.“ (*ibd., 135*)

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen vor der Aufgabe, die Herausforderungen des demografischen Wandels anzunehmen, und sich mit Hilfe eines fundierten Demografie-Monitorings sowie der zielgerichteten demografiepolitischen Steuerung und der aktiven Gestaltung der demografischen Entwicklungsprozesse auseinanderzusetzen. Gegenwärtig gibt es noch keinen umfassenden Überblick, wie die Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit der Gestaltung des demografischen Wandels umgehen. Verschiedene Beispiele zeugen jedoch davon, dass die Herangehensweise sowie Art und Umfang der Konzepte zur Gestaltung des demografischen Wandels sehr unterschiedlich sind.

ZIELSETZUNG DER KURZSTUDIE

Der demografische Wandel ist ein vielschichtiger und heterogen verlaufender Prozess, der sich insbesondere auf kommunaler Ebene manifestiert und die Kommunen vor neue Herausforderungen stellt. **Aus Sicht des Sozialverbandes VdK Nordrhein-Westfalen e.V.** stellen sich die vorgestellten demografischen Entwicklungen vor allem als Herausforderung der kommunalen und sozialen Daseinsvorsorge dar (*VdK NRW 2014, 3*). Hierbei müssen sich Kommunen unter anderem die folgenden Fragen stellen (vgl. *ibd.*):

- Welche neuen Angebote müssen für welche Personengruppen geschaffen werden?
- Wie können die wichtigsten Handlungsfelder identifiziert werden, um ein Handlungskonzept zu erstellen und schrittweise umzusetzen?
- Wie kann die Planung so verbessert werden, dass den grundlegenden Bedürfnissen der Menschen auch Angebote gegenüber stehen?
- Wie können Doppelstrukturen auf der Anbieterseite vermieden werden?
- Und wie können dabei die Betroffenen am effektivsten eingebunden werden?

Vor diesem Hintergrund stellt sich insbesondere die Frage, mit welchen Konzepten und Strategien die Kommunen in NRW dem demografischen Wandel gegenwärtig begegnen. **Kommunale Demografiepolitik** und **Demografiekonzepte** sind Wege, um den Herausforderungen des demografischen Wandels auf kommunaler Ebene nachhaltig zu begegnen.

Die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. / das Institut für Gerontologie an der TU Dortmund hat im Auftrag des Sozialverbandes VdK Nordrhein-Westfalen e.V. die Aufgabe übernommen, kommunale Demografiekonzepte in Nordrhein-Westfalen systematisch zu analysieren und auszuwerten (Bearbeitungszeitraum Juli 2014 bis Februar 2015). Im Sinne einer ersten Bestandsaufnahme ging es dabei, um die Gewinnung eines grundlegenden Überblicks darüber, wie Demografiekonzepte auf der kommunalen Ebene verstanden und umgesetzt werden sowie die Ermittlung von beispielhaften Ansätzen und Strategien guter Praxis.

**GRUNDLAGEN
ZUM VERSTÄNDIS
VON KOMMUNALEN
DEMOGRAFIE-
KONZEPTEN**



(KOMMUNALE) DEMOGRAFIEPOLITIK IN DEUTSCHLAND

Demografiepolitik lässt sich ganz allgemein definieren, als das „politisch gewollte Einflussnehmen auf demografische Prozesse, um zu einer entwicklungsfähigen Gesellschaft beizutragen“ (Mayer 2014, 10). Es handelt sich dabei um den Versuch, den demografischen Wandel „umfassend und konsistent (...) politisch zu adressieren“ (Hüther 2013, 123). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass „demografische Veränderungen (...) sowohl die Gesellschaft als Ganzes als auch den einzelnen (nicht nur älter werdenden) Menschen“ (Naegele & Hüther 2014, 101) betreffen. Für eine fundierte Demografiepolitik sind daher zwei Blickwinkel entscheidend: „Einerseits geht es um die kollektiven Entwicklungen der Schrumpfung und der Alterung der Bevölkerung, andererseits um die aus der individuellen Perspektive des längeren Lebens resultierenden Befunde, Fragen, Probleme und Handlungsbedarfe.“ (Hüther & Naegele 2013, 22)

Ein Verständnis von Demografiepolitik „im Sinne einer lockeren Querschnittspolitik“ (Mayer 2011, 15) oder auch eine klassische politische Ressortzuteilung, im Sinne einer Verengung auf bestimmte politische Handlungsbereiche (z.B. auf Sozial- und Bildungspolitik, Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik), greifen deutlich zu kurz (vgl. Hüther & Naegele 2013, 22). Es bedarf vielmehr einer zielgerichteten „Demografiepolitik aus einem Guss“ (Mayer 2011, 15), die ressortübergreifend ist und alle Ebenen des Staates (Bund, Land, Kommune) einbezieht (vgl. Hüther & Naegele 2013, 365). Die Voraussetzung für ein zielgerichtetes demografiepolitisches Handeln, ist eine Demografiestrategie: „Demografische Strategie bedeutet politisches Handeln mit dem Ziel, demografische Prozesse **a.** zu beeinflussen oder zu steuern und/oder **b.** zu verwalten und zu kanalisieren“ (Mayer 2011, 11; Hervorhebungen, M.K.) sowie **c.** Fehlsteuerungen ggf. zu korrigieren.

Zur Zielerreichung gilt es sowohl zweckdienliche Teilstrategien, als auch geeignete Handlungskonzepte zu generieren, zu erproben und weiter zu entwickeln. „Über eine Strategie zu verfügen heißt also, ein Ziel zu haben, wohin man steuernd gelangen will und mitzuteilen, mit welchen Mitteln und unter welchen Umständen dies geschehen soll.“ (Mayer 2011, 11; Hervorhebungen, M.K.)

Ausgehend von den gegenwärtigen und zukünftig prognostizierten demografischen Entwicklungen, hat auch die Bundesregierung das Thema *Demografiepolitik* entdeckt (vgl. Heinze 2013). Zunächst wurde im Jahre 2011 der „Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes“ vorgelegt und kurze Zeit später die hier drauf aufbauende „Demografiestrategie der Bundesregierung – Jedes Alter zählt“ (BMI 2012) veröffentlicht. Im Oktober 2012 fand ein erster Demografiegipfel statt und es wurden sukzessive Arbeitsgruppen zu den einzelnen Strategieschwerpunkten implementiert. Die Strategie der Bundesregierung bezeichnet Demografie als „Daueraufgabe“ (Friedrich 2013, 5) und definiert innerhalb der Gesamtstrategie insgesamt sechs Ziele bzw. strategische Handlungsfelder (BMI 2012):

- Familie als Gemeinschaft stärken
- Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten

- Selbstbestimmtes Leben im Alter
- Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern
- Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern
- Handlungsfähigkeit des Staates sichern

Die **Aufgabe** einer Demografiepolitik auf Bundesebene ist es demnach, grundlegende Rahmenbedingungen zur Zielerreichung in den benannten strategischen Handlungsfeldern festzulegen (vgl. *Demografiebericht 2011*). Der Erlass von Rahmenbedingungen soll helfen, die individuellen und gesellschaftlichen Potentiale und Fähigkeiten der Menschen – in jedem Alter – umfassend zu befördern und zu nutzen. Dabei strebt die Bundesregierung eine „ebenenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Sozialpartnern und anderen Gestaltungspartnern“ (*BMI 2012, 8*) an.

Auf der Ebene der **Bundesländer** – insbesondere in den ostdeutschen – lässt sich bereits eine längere Tradition von Demografiepolitik identifizieren. Speziell die ostdeutschen Bundesländer arbeiten bereits seit den 1990er Jahren an Demografiekonzepten und -strategien (vgl. z.B. auch *Milbradt & Meier 2004*), während die westdeutschen Länder sich in jüngerer Zeit ebenfalls vermehrt dieses Themas annehmen. Allerdings bisher wenig systematisch und insgesamt uneinheitlich (vgl. *Hüther & Naegele 2013, 15*).

Auf Bundes- und Landesebene können zwar **Rahmenbedingungen** geschaffen und **Leitlinien** für die Gestaltung des demografischen Wandels bereitgestellt werden (vgl. *Demografiestrategie der Bundesregierung, vgl. BMI 2012*), die Zuständigkeit für die Entwicklung und Umsetzung von Lösungsmustern für die sozialräumliche Gestaltung des demografischen Wandels liegt jedoch auf der kommunalen Ebene (*Blaumeiser et al. 2002; Dahme et al. 2008; Klie 2010; Naegele 2010; Rohden et al. 2010*).

Demografiebezogene Politikansätze waren bislang vorwiegend auf die nationale Ebene und bundespolitische Maßnahmen ausgerichtet (z. B. familienpolitische Maßnahmen). Damit verbundene Implikationen für die kommunale Ebene und konkrete kommunale Handlungsmöglichkeiten zur nachhaltigen Gestaltung des demografischen Wandels wurden bislang jedoch nicht systematisch in den Blick genommen (*Bogumil et al. 2013*).

Die kommunale Steuerung des demografischen Wandels und ein Verständnis von **kommunaler Demografiepolitik** als ressort- und politikfeldübergreifende Querschnittsaufgabe gewinnen somit zunehmend an Bedeutung (*Naegele et al. 2008*). Die zunehmend diskutierte, aber noch nicht abschließend konzeptualisierte oder etablierte kommunale Demografiepolitik, kann dazu beitragen, eine politikfeldübergreifende Auseinandersetzung mit demografischen Entwicklungen auch auf kommunaler Ebene zu eröffnen (*Bogumil et al. 2013*).

Ausgangspunkt und theoretischer Hintergrund einer Betrachtung von kommunaler Demografiepolitik und Demografiekonzepten auf kommunaler Ebene, sind

die „öffentliche Daseinsvorsorge“ (Art. 28 GG) und der staatliche Anspruch einer „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ (Art. 72 GG) unter Berücksichtigung staatlicher Nachhaltigkeit und einer Generationenperspektive.

Kommunale Demografiepolitik hat in Anlehnung an Naegele und Hüther (2014, 102) die Aufgabe, demografische Entwicklungen unter Aspekten der „politischen Gestaltbarkeit“ (ebd.) auf kommunaler Ebene zu analysieren, um unangemessene Maßnahmen und nicht intendierte Wirkungen zu korrigieren. Hierbei muss „das gesamte Spektrum des demografischen Wandels und der von ihm zentral berührten Bereiche“ (ebd.) auf der Kommunalebene in den Blick genommen werden. Notwendig ist daher, ein Verständnis von *Demografiepolitik* als Querschnittsaufgabe, denn die klassische kommunale „Ressortzuständigkeit“ (ebd.) greift hierbei auf Grund ihrer „festgelegten Aufgaben“ (ebd.) ebenso wenig, wie auf der Bundesebene, insbesondere weil „die „Baustellen“ einer Demografiepolitik (...) weit breiter und umfassender gefächert“ (ebd.) sind.

Kommunale Demografiepolitik versucht *einerseits* im Sinne einer „Gestaltungsstrategie“ (Mayer 2011, 18) langfristig auf demografische Prozesse Einfluss zu nehmen und initiiert *andererseits als* „Anpassungsstrategie“ (ebd.) Maßnahmen zur unmittelbaren Begegnung von aktuellen Herausforderungen. Dies beinhaltet auch eine Korrektur von Fehlsteuerungen.

Kommunale Demografiepolitik ist dabei wesentlich weiter zu fassen, als „Familien-, Alten- oder Migrationspolitik“ (Naegele & Hüther 2014, 102) auf der Kommunalebene, obgleich eine gewisse Nähe zur Seniorenpolitik besteht, insbesondere unter Berücksichtigung der neuen „An- und Herausforderungen für die lokale Alten- und Seniorenpolitik“ (Naegele 2010). Es geht um eine Lebenslaufperspektive *und* eine Generationenperspektive auf Grundlage eines differenzierten Alter(n)sbildes, welches „Altern als lebenslangen Prozess in den Mittelpunkt“ (Hüther & Naegele 2013, 22) stellt. Ein solches differenziertes Alter(n)sbild erfordert nach Hüther & Naegele (ebd.) insbesondere eine Perspektive der *Selbstsorge und Mitsorge* für den Einzelnen wie auch für die Gesellschaft, d.h. ein Verständnis, welches von individuellem Vertrauen und individueller Verantwortung getragen wird. Damit Chancen des langen Lebens mobilisierbar sind, müssen sowohl Vertrauen in die eigenen Kräfte, als auch in die gesellschaftlichen Institutionen vorhanden sein. Dann können im Sinne des Subsidiaritätsprinzips *gesellschaftliche Vorleistungsverpflichtungen* mit *individueller Leistungsverpflichtung* adäquat kombiniert werden. Daneben muss die *Heterogenität des Alters* „als Folge des Alterns der Gesellschaft und der Ausdehnung der Altersphase“ (ebd., 23) mitberücksichtigt werden, was sowohl „konsequente Interventionen in Bildung und Gesundheit“ (ebd.), als auch „umfassende Angebote im hohen Alter“ (ebd.) erforderlich macht. Es gilt zwar, auch die *Verletzlichkeit des höheren Alters* und die besonderen Bedarfe und Bedürfnisse der *Hochaltrigkeit* mit zu berücksichtigen, es sollte hierdurch jedoch nicht „Alter insgesamt (...) primär als ein Lebensabschnitt der besonderen Sorge und des besonderen Schutzbedarfs begriffen werden“ (ebd.).

KOMMUNALE DEMOGRAFIEKONZEPTE

Kommunale Demografiepolitik lässt sich dementsprechend mit Rückgriff auf Hüther & Naegele (2014) im Sinne einer *integrativen Kommunalpolitik* als Versuch bezeichnen, den demografischen Wandel auch auf kommunaler Ebene „umfassend, konsistent (...) und insbesondere nachhaltig politisch zu adressieren“ (103).

Die Auswirkungen des demografischen Wandels betreffen alle kommunalen Politikfelder und die Gesamtheit der örtlichen Bevölkerung. Für die wirkungsorientierte Steuerung und Gestaltung des demografischen Wandels benötigen Kommunen daher zunächst geeignete **Demografiekonzepte** und **-strategien** sowie ein regelmäßiges **demografisches Monitoring**, welches die örtlichen Bevölkerungsbewegungen und die daraus resultierenden Handlungsfelder entsprechend beobachtet und analysiert, um auf einer adäquaten Datengrundlage, die Generierung wirkungsorientierter Handlungsempfehlungen zu ermöglichen. Entscheidend für eine gelingende kommunale Demografiepolitik ist es, dass die Bedarfe *aller* Generationen entsprechend berücksichtigt werden und nicht einzelne (vulnerable) Bevölkerungsteile aus dem Blick geraten.

Hintergrund der Erstellung von Demografiekonzepten auf kommunaler Ebene ist der im Grundgesetz in Art. 28 definierte Auftrag zur *kommunalen Daseinsvorsorge*, d.h. das *Recht* und die *Pflicht* „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ (*GG Art. 28, 2*). Obgleich die Definition und Durchführung einer kommunalen und sozialen Demografiepolitik zunächst im Rahmen des Prinzips der *Eigenverantwortung* der kommunalen Daseinsvorsorge als *freiwillig* bezeichnet werden muss, lässt sich der Auftrag der Verfassung an die Kommunen im Sinne einer örtlichen „damit einhergehende[n] Allzuständigkeit“ (*Böhmer 2015, 5*), auch als freiwillige „kommunalpolitische Pflichtaufgabe“ (*Naegele 1993, 172*) betrachten, die insbesondere die *demografiefpolitische Planung* und die *soziale Daseinsfürsorge* beinhaltet.

Grundsätzlich gibt es auf kommunaler Ebene „eine Vielzahl von Instrumenten, die entweder die Bevölkerungsstruktur beeinflussen oder Konsequenzen des demografischen Wandels auffangen sollen“ (*Strünck 2013, 134*). Hierzu gehören z.B. die Ausweisung von Bauland, die Schaffung von barrierefreien Gebäuden sowie unterschiedliche Ansätze zur Förderung der Standortattraktivität für Familien und Unternehmen. Allerdings werden diese Vorgehensweisen häufig nicht explizit als Teil einer konkreten bzw. so etikettierten demografiepolitischen Strategie verstanden und die langfristige Wirkungsprüfung solcher Maßnahmen gestaltet sich zudem meistens schwierig, bzw. findet nur selten statt (*vgl. ebd., 133*). Kommunen reagieren darüber hinaus auch mit konkreten demografiepolitischen Konzepten und Strategien auf demografische Prozesse.

Kommunale Demografiekonzepte sind Strategieinstrumente zur Koordinierung demografiepolitischer Vorgehensweisen und zur erfolgreichen Bewältigung demografiepolitischer Aufgaben auf kommunaler Ebene. Mit Strategien sind Methoden der *Steuerung*, *Verwaltung* und *Gestaltung* der kommunalen Auswirkungen des de-

mografischen Wandels, unter Berücksichtigung von Aspekten der „Zielbildung, des Aufbaus von Erfolgspotentialen, des Umfeldes/der Umwelt, der Erfolgsaussichten und der Zeitperspektive“ (Hartwig 2010, 12; vgl. auch Witte 2007, 43 ff.) gemeint.

Einerseits profitieren Kommunen in verschiedenen Themenfeldern von einem gezielten Vergleich mit anderen Kommunen durch Städte-Rankings, Cluster-Analysen und darauf basierenden Handlungsempfehlungen sowie von Beispielen guter Praxis, die als Inspiration bzw. als Vorbild dienen können (vgl. u.a. Gleich & Staudinger 2013; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Körber-Stiftung 2014; Bertelsmann Stiftung 2005, 2006a, 2013). Andererseits liegen, u.a. vom Deutschen Städtetag (DST) (2006, 5), managementorientierte Steuerungsmodelle für den demografischen Wandel bzw. Modelle zur integrierten Stadtentwicklungsplanung (DST 2013) sowie weitere kommunale Gesamtsteuerungsmodelle vor (vgl. z.B. Große Starman et al. 2006, 188 ff.). Daneben finden sich auch themenspezifische kommunale Politikstrategien, die z.B. Problemfelder wie Soziale Segregation (Bertelsmann Stiftung 2008) oder die Handlungsfelder Senioren- oder Familienpolitik in den Fokus stellen (Bertelsmann Stiftung 2006b, 2009, 2010b; Flöthmann & Höhn 2007). Nach Bogumil et al. (2013) lassen sich insbesondere folgende kommunale Strategien zur Bewältigung und Gestaltung des demografischen Wandels identifizieren (261 ff.):

- Altersstrukturanalyse als Grundlage für die Demografiegestaltung
- Kommunale Attraktivitätspolitik zur Standortprofilierung (z.B. durch Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, der Lebensqualitätsförderung und Strategien der Erhöhung von Bürgerzufriedenheit)
- Kommunale Daseinsvorsorge im Schrumpfungsprozess
- Aktivierung der Potentiale von bürgerschaftlichem Engagement
- Interkommunale Zusammenarbeit
- Institutionelle Verankerung von Demografiepolitik als Querschnittsaufgabe durch intrakommunale Koordination
- Demografieorientierte Personalpolitik

Eine *kommunale* und *soziale Demografiepolitik* nimmt „eine erweiterte sozial- und gesellschaftspolitische Konzeptualisierung von Alter(n) und Altsein“ (Naegele 2010, 98), mit dem Ziel einer „Verwirklichung sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit“ (Hartwig 2010, 11) vor. Es geht dabei insbesondere um die „soziale Gestaltung der Gesamtheit der Lebensverhältnisse einer insgesamt alternden“ (Naegele 2010, 99) und anders zusammengesetzten Bevölkerung („weniger, älter, bunter“) und somit auch um eine soziale Kommunalpolitik, die „über die klassische Risikoabsicherungs- und Schutzfunktionen“ (ebd.) hinausgeht.

Soziale Demografiekonzepte ermächtigen Kommunen in der Folge dazu, auch unter einer ungünstigen fiskalischen Ausgangssituation und trotz der Herausforderungen des soziodemografischen Wandels sowie der zunehmenden regionalen und lokalen Segregation und Polarisierungen, handlungsfähig zu bleiben.

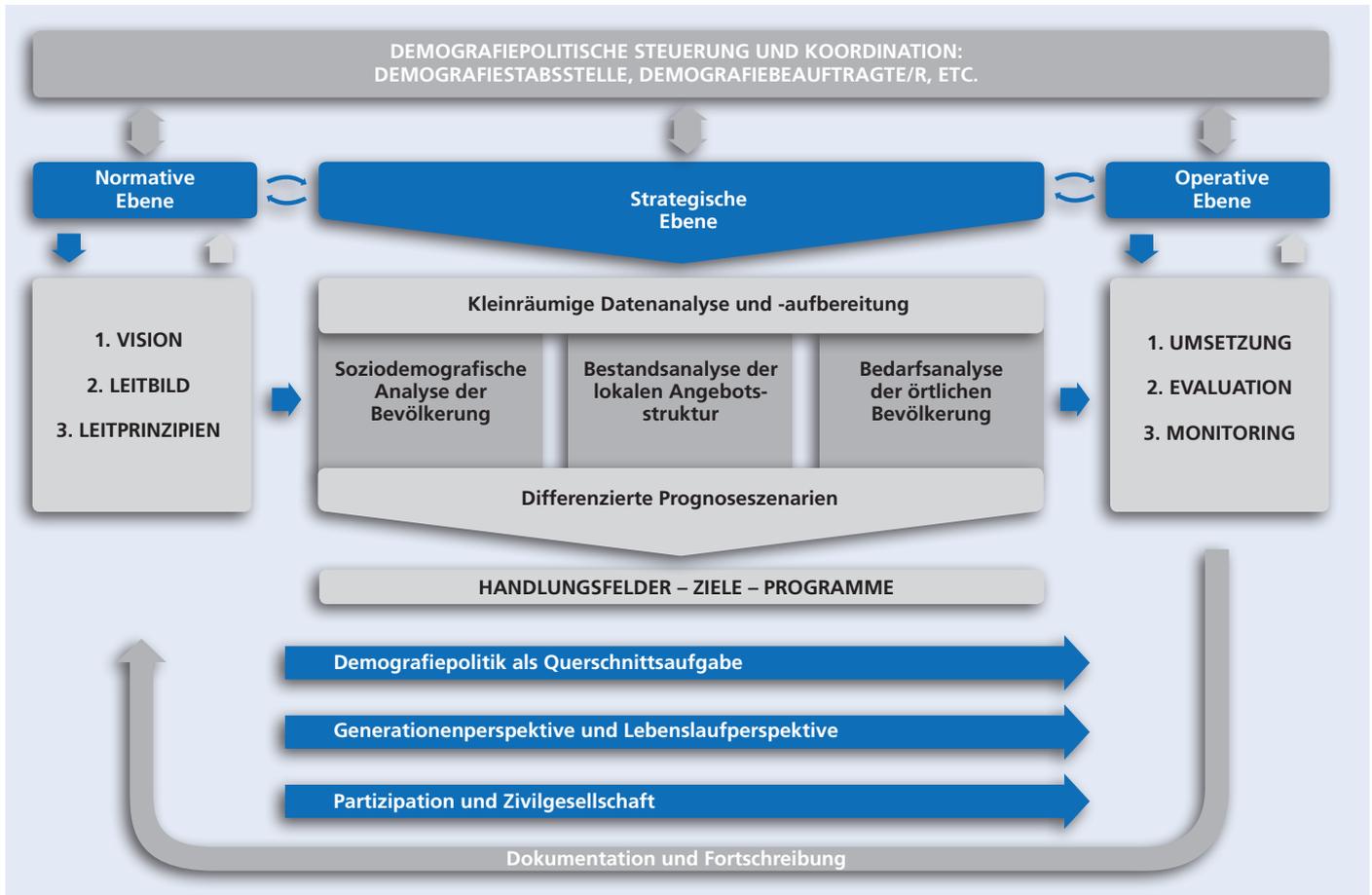
Soziale Demografiekonzepte betrachten und analysieren vor dem Hintergrund der Auswirkungen des demografischen Wandels, die Lebenssituation der regionalen und lokalen Bevölkerung. Hierbei werden sowohl alle Altersgruppen, als auch alle Lebensbereiche im Hinblick auf die kommunalen Anpassungs- und Gestaltungserfordernisse hin analysiert, um im Sinne einer umfassenden kommunalen Demografiepolitik und (Sozial-)Planung handlungsfähig zu bleiben. Besonders relevante Themenfelder für eine solche soziale und integrative Kommunale Demografiepolitik, unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels, sind u.a. (*ebd.*, 100):

- Arbeit und Beschäftigung
- Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
- Freizeit und Kommunikation
- Bildung, Kultur und neue Medien
- Gesundheit, Vorsorge, Gesundheitsförderung
- Wohnen und Wohnumfeld
- Verkehr und Mobilität
- Alltagsbezogene Dienstleistungen und technikunterstütztes selbstständiges Leben
- Unterstützung von Familien- und Generationenbeziehungen und anderer sozialer Netzwerke
- Förderung der Wirtschaftskraft des Alters
- Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Soziale Demografiekonzepte sind dann „erfolgversprechend (...), wenn in ihnen konkrete Maßnahmen und Ziele formuliert sind, verantwortliche Akteure benannt werden und ein fixer Zeitraum festgelegt ist“ (*Bogumil et al. 2013, 263*). Hierbei kann es zwar keinen Königsweg geben, der auf alle Kommunen gleichermaßen Anwendung finden kann, es können jedoch Wege zu einer integrierten Sozial- und demografiepolitischen Planung und Steuerung aufgezeigt werden.

Für den **VdK Nordrhein-Westfalen e.V.** ist der demografische Wandel eine besondere Herausforderung für die **soziale Daseinsvorsorge** und den **Anspruch einer Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen**. Daher geht es in diesem Zusammenhang um die Implementierung eines übergeordneten und in allen Regionen umsetzbaren Konzeptes, in dem die Bedarfe der Menschen in jeder Lebenslage und in jedem Lebensalter berücksichtigt werden, damit ein *selbstständiges* und *selbstbestimmtes* Leben bis ins hohe Alter gewährleistet wird. Hierzu gehört auch eine Berücksichtigung von bereits jetzt drängenden und zukünftig noch wichtiger werdenden Themen wie Altersarmut, soziale Gesundheits- und Pflegekonzepte, barrierefreier Wohnraum und Inklusion.

Abbildung 2: Demografisches Steuerungsmodell



KOMMUNALE DEMOGRAFIEBERICHT-ERSTATTUNG

Eine regelmäßige **kommunale Demografieberichterstattung** ist ein Weg, um auf der Grundlage von Demografiekonzepten und demografiepolitischen Steuerungsmodellen, die Entwicklung und Bedarfe der örtlichen Bevölkerung im Blick zu haben und angemessen auf vorhandene und erwartete, Gestaltungserfordernisse zu reagieren.

Die **Alterung** der Gesellschaft und damit auch der steigende Anteil der älteren Bevölkerung sind dabei *ein* zentrales Element kommunaler Demografieberichterstattung. Die ältere Bevölkerung wird dabei jedoch nicht allein unter Versorgungsgesichtspunkten in den Blick genommen, sondern es werden ausgehend von einem modernen und differenzierten Alter(n)sbild (vgl. 6. *Altenbericht*), alle (kommunalen) Handlungsfelder mit Berührungspunkten zum Alter(n) in den Blick genommen. Obgleich die Alterung der Gesellschaft, und damit die ältere Bevölkerung selbst, *ein* zentraler Bestandteil der Demografieberichterstattung ist, handelt es sich hierbei nicht um die einzige zu betrachtende Komponente. Neben der Betrachtung der Alterung spielen insbesondere die **Schrumpfung**, also der Rückgang der Bevölkerung und der damit relativ absinkende Anteil der jüngeren Bevölkerung sowie die **Internationalisierung** (vgl. z.B. Köppen et al. 2012) der

Gesellschaft durch immer mehr Zuwanderung und einem steigenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund eine besondere Rolle. Hierzu sind neben den sozialräumlichen Entwicklungen, wie die zunehmende Segregation und Suburbanisierung, auch alte und neue soziale Ungleichheiten zu berücksichtigen (*vgl. Bertelsmann Stiftung 2008*).

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangslagen der Kommunen, lässt sich eine allgemeingültige und detailliert festgelegte Vorgehensweise, welche auf alle Kommunen gleichermaßen anzuwenden ist, schwerlich festlegen. Aufbauend auf den theoretischen Grundlagen der Demografiefolitik (*Hüther & Naegele 2013*) sowie den Strukturelementen der kommunalen Altenberichterstattung (*Olbermann et al. 2014*), kann kommunale Demografiesteuerung und -berichterstattung in Anlehnung an die strukturelle Differenzierung des St.Gallener Managementmodells im Rahmen moderner kommunaler Steuerungsmodelle (*vgl. Hartwig 2010, 14; Heinz 2000*), als **integrierte generationensensible Bedarfserfassung und Planung** verstanden werden (*vgl. Abb. 2*).

**METHODISCHE
VORGEHENSWEISE**



Zur Beschreibung und Analyse der „*Demografiekonzepte der Kommunen in NRW*“ wurde ein qualitatives exploratives Forschungsdesign gewählt, welches die folgenden Arbeitsschritte umfasste:

SCHRITT 1

Literaturrecherche:

Zunächst wurde mit Hilfe einer systematischen Literaturrecherche der Forschungsstand rekonstruiert und als Grundlage für die weitere Analyse aufbereitet.

SCHRITT 2

Internetrecherche:

Im Rahmen einer umfassenden Internetrecherche wurden dann, ausgehend von eigenen Vorarbeiten, weitere kommunale Demografiekonzepte und -berichte in Nordrhein-Westfalen und damit verbundene weiterführende Informationen (z.B. Selbstdarstellung der kommunalen demografiebezogenen Konzepte und Arbeiten) sowie ggf. vorhandene Ansprechpartner/innen (z.B. kommunale Demografiebeauftragte) ermittelt.

SCHRITT 3

Inhaltsanalyse:

Die Demografiekonzepte und weiterführenden Dokumente wurden unter Berücksichtigung verschiedener Kriterien und Fragestellungen (z.B. Zuständigkeiten, konzeptioneller Rahmen, thematische Schwerpunkte, adressierte Zielgruppen) inhaltsanalytisch ausgewertet und Beispiele guter Praxis ermittelt.

SCHRITT 4

Experteninterviews:

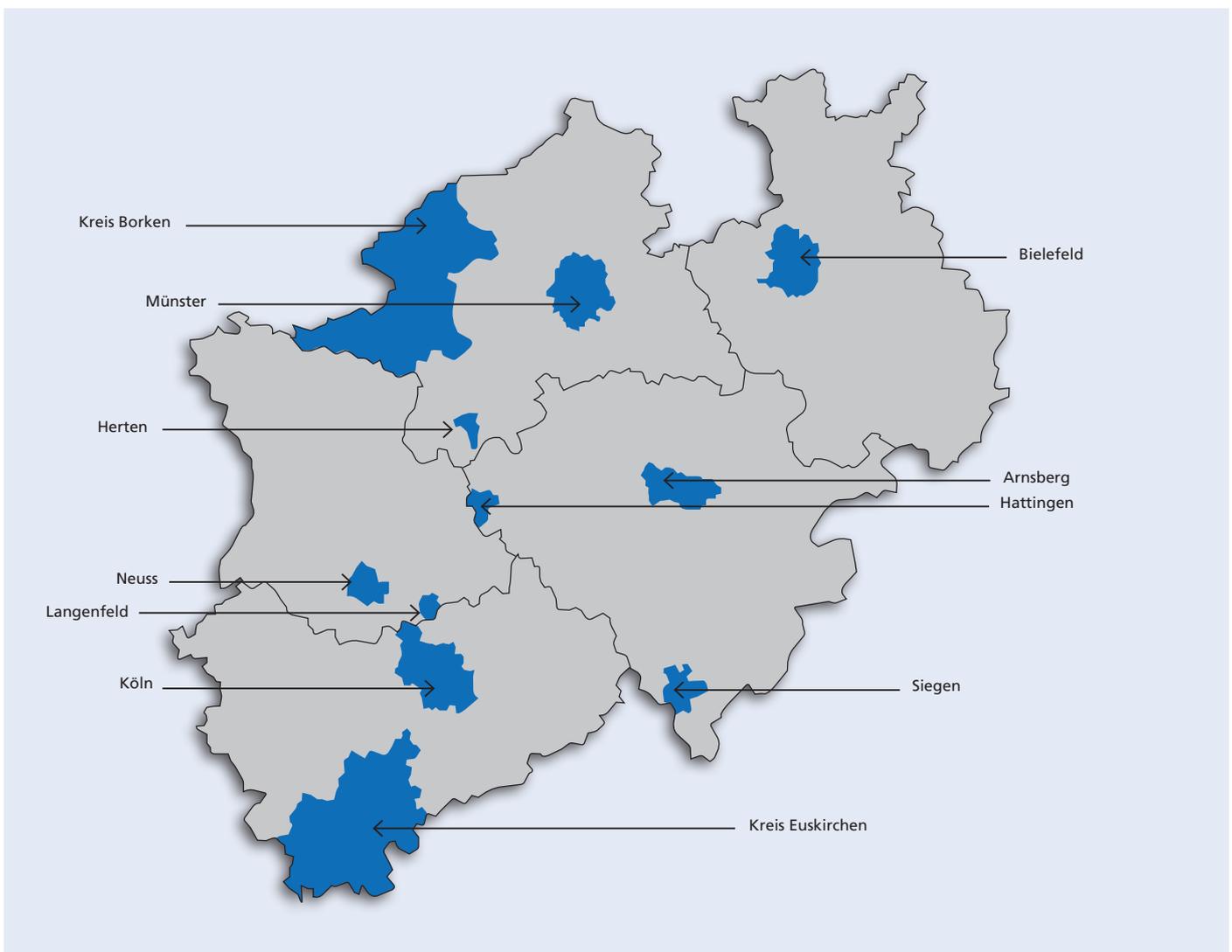
Ergänzend zu Arbeitsschritt 3 wurden zuständige Mitarbeiter/innen der Kommunalverwaltung zu ihren bisherigen Erfahrungen im Umgang mit den jeweiligen kommunalen, demografiebezogenen Konzepten und Arbeiten befragt.

**BEISPIELE
GUTER PRAXIS**



In diesem Kapitel werden Beispiele guter Praxis aus NRW vorgestellt, die auf der Grundlage eines zuvor entwickelten Kriterienkataloges (s. **Anhang 1**) identifiziert worden sind. Für jede Kommune wurde ein Kurzprofil angefertigt, welches auf wenigen Seiten einen Überblick über die kommunale Ausgangslage und das verwendete Demografiekonzept gibt. Insgesamt wurden zwei Kreise, drei kreisfreie Städte und sechs kreisangehörige Städte ausgewählt. Von den ermittelten Kommunen befinden sich jeweils drei in den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf, jeweils zwei in den Regierungsbezirken Köln und Münster sowie eine Kommune im Regierungsbezirk Detmold. Bei den Städten handelt es sich neben der **Metro-pole Köln** entweder um **große Mittelstädte mit Zentrum** und 50.000 und mehr Einwohnern oder um **kleine Großstädte** mit unter 500.000 Einwohnern.

Abbildung 3: Regionale Verteilung der guten Praxisbeispiele



Um eine erste Einschätzung der demografischen Lage durchführen zu können, wurde einerseits auf die Gemeindetypisierung gemäß BBSR (2012) durch das IT.NRW (2014) sowie andererseits auf die Klassifizierung nach Städte-Clustern des Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Körber-Stiftung (2014) sowie den Demografietypen der Bertelsmann Stiftung (2013) zurückgegriffen (Abb. 4):

Abbildung 4: Gemeinde- und Demografietypen²

	REGIERUNGSBEZIRK	GEMEINDE TYP ³	STÄDTECLUSTER ⁴	DEMOGRAFIETYP ⁵
ARNSBERG	Arnsberg	Große Mittelstadt mit Zentrum, 50 000 Einwohner und mehr	Ländliche Mittelstadt (Cluster 3)	Mittelgroße Kommune mit geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum (Typ 6)
BIELEFELD	Detmold	Kleine (kreisfreie) Großstadt mit unter 500.000 Einwohnern	Industriestadt (Cluster 4)	Urbanes Zentrum mit heterogener wirtschaftlicher und sozialer Dynamik (Typ 7)
HATTINGEN	Arnsberg	Große Mittelstadt mit Zentrum, 50 000 Einwohner und mehr	Industriestadt (Cluster 4)	Mittelgroße Kommune mit geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum (Typ 6)
HERTEN	Münster	Große Mittelstadt mit Zentrum, 50 000 Einwohner und mehr	Strukturschwache Stadt (Cluster 5)	Mittelgroße Kommune mit geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum (Typ 6)
KÖLN	Köln	Großstadt um 500.000 und mehr	Metropolen (---)	Sozial heterogenes Zentrum der Wissensgesellschaft (Typ 2)
MÜNSTER	Münster	Kleine (kreisfreie) Großstadt mit unter 500.000 Einwohnern	Groß- und Universitätsstadt (Cluster 1)	Urbanes Zentrum mit heterogener wirtschaftlicher und sozialer Dynamik (Typ 7)
NEUSS	Düsseldorf	Kleine Großstadt, Großstädte unter 500 000 Einwohner	Unternehmensstadt (Cluster 2)	Prosperierende Kommune im Umfeld dynamischer Wirtschaftszentren (Typ 3)
LANGENFELD	Düsseldorf	Große Mittelstadt mit Zentrum, 50 000 Einwohner und mehr	Unternehmensstadt (Cluster 2)	Prosperierende Kommune im Umfeld dynamischer Wirtschaftszentren (Typ 3)
SIEGEN	Arnsberg	Kleine Großstadt, Großstädte unter 500 000 Einwohner	Industriestadt (Cluster 4)	Mittelgroße Kommune mit geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum (Typ 6)

Quelle: FfG 2014. Eigene Aufbereitung anhand der Städtecluster des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung & Körber-Stiftung (2014) und der Demografietypen der Bertelsmann Stiftung (2013).

² Für die Kreise war eine Zuordnung nach Gemeindetyp, Städte-Cluster und Demografietyp nicht möglich.

³ Einordnung gemäß IT.NRW (2014) auf Grundlage der Gemeindetypisierung des BBSR (2012).

⁴ Städtecluster gemäß Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Körber-Stiftung (2014).

⁵ Demografietypen gemäß Bertelsmann Stiftung (2013).

Zur Vertiefung der demografischen Herausforderungen der ausgewählten Kommunen wurden zudem verschiedene demografische Merkmale zusammengestellt. Hierzu gehörte eine Bevölkerungsprognose bis 2030, der Altenquotient, der Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren, der Anteil der Bevölkerung ab 80 Jahren, der Haushaltsstatus und der Ausländeranteil (vgl. Abb. 5).

Abbildung 5: Auswahl guter Praxisbeispiele

KOMMUNE	KREIS	REGIERUNGS- BEZIRK	EINWOHNER- STAND 31.12.2013 ⁶	ALTEN- QUOTIENT ⁷	ANTEIL AB 65- JÄHRIGE ⁸	ANTEIL AB 80- JÄHRIGE ⁹	BEVÖLKERUNG 2030 INSGESAMT (2011 = 100) ¹⁰	HAUSHALTS- STATUS ¹¹	AUSLÄN- DERANTEIL ¹²
ARNSBERG	Hochsauer- landkreis	Arnsberg	73.501	37,0	21,7%	6,0%	86,7%	5	6,8%
BIELEFELD	kreisfrei	Detmold	328.864	31,6	20,0%	6,0%	98,1%	4	11,7%
HATTINGEN	Ennepe- Ruhr-Kreis	Arnsberg	54.358	39,8	23,5%	6,6%	90,9%	5	6,8%
HERTEN	Kreis Reck- linghausen	Münster	60.582	39,5	23,3%	6,5%	89,2%	5	11,2%
KÖLN	kreisfrei	Köln	1.034.175	27,0	17,6%	4,6%	110,4%	3	17,1%
MÜNSTER	kreisfrei	Münster	299.708	25,2	16,7%	4,9%	116,8%	3	8,0%
NEUSS	Rhein-Kreis- Neuss	Düsseldorf	152.252	33,0	20,2%	4,8%	100,8%	1	12,4%
LANGENFELD	Mettmann	Düsseldorf	56.982	35,6	21,4%	5,3%	99,3%	1	8,2%
SIEGEN	Siegen- Wittgestein	Arnsberg	99.403	32,3	20,5%	5,5%	92,2%	4	9,5%
KREIS BORKEN	---	Düsseldorf	364.271	29,3	17,7%	---	97,3%	2	6,7%
KREIS EUSKIRCHEN	---	Köln	187.426	33,7	20,3%	---	95,8%	1	5,0%
NRW	---	---	17.841.956 ¹³	33,7	15,0%	5,3	96,3%	---	9,2%

Quelle: FfG, eigene Erhebung; Kommunale und Bevölkerungsangaben gem. IT NRW; Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung¹⁴; MIK NRW¹⁵; Haushaltsstatus: 1= ausgeglichener Haushalt § 75 Abs. 2 S. 2 GO NRW; 2= fiktiv ausgeglichener Haushalt § 75 Abs. 2 S. 3 GO NRW; 3= Genehmigte Verringerung § 75 Abs. 2 S. 4 GO NRW; 4 = HSK genehmigt §76 Abs. 2 GO NRW; 5 = HSK genehmigt nach §6 StärkungspaktG.

6 IT.NRW, Bevölkerung in den Regierungsbezirken gemäß Bevölkerungsfortschreibung auf Basis Zensus 2011. Online verfügbar unter (12/2014) <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/index.html>

7 IT.NRW, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf Basis des Zensus vom 9. Mai 2011. Online verfügbar unter (12/2014) http://www.mais.nrw.de/sozialberichte/sozialindikatoren_nrw/indikatoren/2_demografie/indikator2_6/index.php sowie Bertelsmann Stiftung, online unter <http://www.wegweiser-kommune.de/home>

8 IT.NRW, Bevölkerung nach Kommunalprofil für kreisfreie Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (Stand: 10.12. 2014). Online verfügbar unter (12/2014) <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/index.html>

9 Bertelsmann Stiftung, 2011. Wegweiser Kommune. Altenquotient auf Grundlage der Statistischen Ämter der Länder. Online verfügbar unter (12/2014) <http://www.wegweiser-kommune.de/home>

10 Gemeindemodellrechnung zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung für kreisangehörige Gemeinden und Bevölkerungsvorausberechnung in den kreisfreien Städten und Kreisen (Basisvariante) gemäß IT.NRW (Stand: 10.12.2014), online verfügbar unter (12/2014) <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/index.html>

11 Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen. Datentabelle Haushaltsstatus. Online verfügbar unter (12/2014) <http://www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/kommunales/kommunale-finanzen/kommunale-haushalte/daten-berichte/haushaltsstatus.html>

12 IT.NRW, Bevölkerung nach Kommunalprofil für kreisfreie Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (Stand: 10.12. 2014). Online verfügbar unter (12/2014) <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/index.html>

13 IT.NRW 2012, Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 2011 nach Alter und Geschlecht (Stand 2011). Online verfügbar unter (12/2014) <https://webshop.it.nrw.de/gratis/A139%20201100.pdf> de/home

14 Online verfügbar unter (12/2014) <http://www.wegweiser-kommune.de>

15 Online verfügbar unter (06/2012) <http://www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/kommunales/kommunale-finanzen/kommunale-haushalte/daten-berichte/haushaltsstatus.html>

Die ausgewählten Kommunen hatten sowohl **regional**, als auch **ökonomisch** und **demografisch** sehr unterschiedliche Ausgangslagen. Laut der auf Grundlage des Status Quo fortgeschriebenen Bevölkerungsprognose, werden bis 2030 nahezu alle Beispielkommunen, bis auf die kreisfreien Städte Köln und Münster sowie die kreisangehörige Stadt Neuss, schrumpfen. Während bei einigen der Beispielkommunen ein eher moderater Bevölkerungsrückgang vermutet wird, gibt es bei anderen Schrumpfungsprognosen bis 2030 von über 10%. Auch der Alterungsprozess unterscheidet sich gemäß den zu Grunde gelegten Prognoseszenarien zwischen den Kommunen erheblich. Während sich der **Altenquotient** bei einigen Kommunen unterhalb oder auf Höhe des Landesdurchschnitts für NRW bewegt, ist der Altenquotient bei anderen Kommunen deutlich erhöht. Auch der Ausländeranteil zwischen den Kommunen unterscheidet sich zum Teil um das Doppelte oder sogar Dreifache. Ökonomisch waren bei den ausgewählten Kommunen alle Haushaltsstufen von 1–5 vertreten. Es wurde bei der gesamten Untersuchung noch einmal sehr deutlich, dass gute Ansätze durch die mangelhafte Haushaltslage vieler Kommunen nicht immer realisiert werden können. So gab es auch Kommunen mit vielversprechenden Konzepten, bei denen laut Nachfrage mangels finanzieller Ressource oder personeller Kapazitäten, die Konzepte nicht weiter verfolgt wurden. Bei der Auswahl der guten Praxisbeispiele flossen die vorgenannten Aspekte neben den grundlegenden Indikatoren der Untersuchung mit ein, so dass im Sinne eines konzeptuellen Querschnitts, Kommunen mit unterschiedlichen regionalen, fiskalischen und demografischen Profilen gewählt wurden. Hierbei wurden auch gute Konzepte berücksichtigt, die aufgrund äußerer Umstände derzeit durch fehlende Mittel nicht in Gänze umgesetzt werden konnten. Nachfolgend werden die Kommunen und Ihre Demografiekonzepte in Form von Kurzprofilen dargestellt.

KREIS BORKEN¹⁷

Demographiekonzept Kreis Borken – Gestaltung des demografischen Wandels zur Stärkung der Wettbewerbs- und Standortfähigkeit

1. KURZPROFIL DER KOMMUNE		
NAME	Kreis Borken	
KREISSITZ	Borken	
REGIERUNGSBEZIRK	Münster	
EINWOHNERZAHL	364.271	
FLÄCHE (KM ²)	1.420,98	
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM ²)	256,4	
HAUSHALTSSTATUS	2	
ALTERSSTRUKTUR	18 bis unter 65	63%
	Über 65 J.	17,7%
	Über 80 J. (Hochaltrige)	4,6%
	Jugendquotient	30,6
	Altenquotient	28,1
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	6,7%	
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) 2030 GEGENÜBER 2011	359.679	97,3%
2. FORM UND INHALT DES DEMOGRAFIEKONZEPTE		
AUTOR(EN), JAHR UND TITEL	Kreis Borken (Hrsg.) (2006): Strategiepapier „Brennpunkt Demographie“ Kreis Borken (Hrsg.) (2010): Demographiekonzept Kreis Borken _ Gestaltung des demografischen Wandels zur Stärkung der Wettbewerbs- und Standortfähigkeit	
ONLINE VERFÜGBAR UNTER (12/2014)	https://www.kreis-borken.de/de/kreisverwaltung/aufgaben/soziales/sozialplanung/demographischerwandel/veroeffentlichungen/	
KOORDINATION UND ANSPRECHPERSON(EN)	Fr. Doris Gausling 46322 Borken Telefon: 02861 82-1411 E-Mail: d.gausling@kreis-borken.de	Dr. Gerd Eckstein 46322 Borken Telefon: 02861 82-2110 E-Mail: g.eckstein@kreis-borken.de
KONZEPT UND LEITBILD	<p>Das Demographiekonzept des Kreises Borken versteht sich als Fortschreibung des bereits 2006 entwickelten „Strategiepapiers Brennpunkt Demographie“. Demografiegestaltung sollte mit dem neuen Konzept als dauerhafte Aufgabe in der Region verankert werden, so dass die Auswirkungen des demografischen Wandels bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen mitberücksichtigt werden können.</p> <p>Das Konzept greift einerseits bisherige Schwerpunktthemen auf und aktualisiert bzw. präzisiert die bisherigen Zielsetzungen. Andererseits wurden auch neue wichtige Zukunftsthemen berücksichtigt. Ziel des Konzeptes ist es, eine fachlich fundierte Basis zum demografiepolitischen Umgang mit den Auswirkungen des demografischen Wandels im Kreis Borken bereitzustellen. Ein wichtiges Element dabei, ist der kontinuierliche intra- und interkommunale Austausch sowie die Prüfung der vorhandenen kommunalen Strukturen und Angebote im Hinblick auf die Demografiefestigkeit.</p>	
DATENGRUNDLAGE	Die demografische Analyse des Kreises Borken umfasst drei Schritte: 1. Eine demografische Bestandsaufnahme 2. Die Bevölkerungsentwicklung im Zeitverlauf 3. Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung bis 2025.	
HANDLUNGSFELDER UND SCHWERPUNKTTHEMEN	<ul style="list-style-type: none"> • Kinder, Jugend und Familie • Bildung • Wirtschaft und Arbeitsmarkt • Seniorinnen und Senioren • Siedlungsentwicklung 	

¹⁷ Zur verwendeten Datengrundlage bei allen Praxisbeispielen siehe auch Anhang 2.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN UND STRATEGISCHE ZIELE	<ul style="list-style-type: none"> • Familienfreundlichkeit stärken • Bildungschancen verbessern • Altersgerechte Arbeitswelt fördern • Selbstständiges Leben im Alter fördern • Abgestimmte Siedlungspolitik gestalten • Querschnittsthemen (Gender Mainstreaming, Bürgerschaftliches Engagement, Diversity Management)
EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHREIBUNG	<p>Der Kreis Borken führt seit 2005 eine regelmäßige Demografieberichterstattung durch. Insgesamt sind neben den beiden Demografiepapierpapieren (2006, 2010), bisher drei Demografieberichte erschienen (2005, 2007, 2009), die jeweils aktualisierte Bestandsaufnahmen und Prognoseszenarien sowie eine Überprüfung der bisherigen Maßnahmen beinhalten. Der Demografieprozess im Kreis Borken wurde nach einigen Jahren als eigenständiger „Anschubprozess“ in die Gesamtentwicklungsstrategie des Kreises überführt. So wurden die zentralen Ansätze des Demographiekonzeptes in das aktuelle Kreisentwicklungsprogramm „Kompass 2025“ aufgenommen. Der demographische Wandel gehört ebenso wie „Gender-Mainstreaming“, „Inklusion“ und „Integration“ zu den Querschnittsthemen, welche Bezüge und Ansätze zu allen strategischen Zielen des „Kompass 2025“ aufweisen und stets mitgedacht werden.</p>
LEITPROJEKTE	<p>Projekt „Starke Unternehmen – Starke Region“, Projekt „Personalarbeit in Zeiten demographischen Wandels“, Projekt „Kreis Borken 2020 – Demographieanalyse“, „Leben im Alter neu denken – Kreis Borken bewegt“, FAMM-Projekt (Familie, Arbeit, Mittelstand im Münsterland)</p>
3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK	
HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG	<p>Das aktuelle Demografiekonzept (2010) ist aus einem beteiligungsorientierten Prozess hervorgegangen. Ausgehend von dem Strategiepapier Demografie (2006), wurden von Ende 2008 bis Frühling 2009 als Vorbereitung auf handlungsfeldorientierte Experten-Workshops, verschiedene Experteninterviews geführt. Als Resultat wurden insgesamt acht Experten-Workshops mit verschiedenen kommunalen Schwerpunktthemen konzipiert, in denen ausgehend von einer Stärken-Schwächen-Analyse künftige Ziele und Maßnahmenempfehlungen entwickelt wurden. Die Ergebnisse der Experteninterviews sowie der Experten-Workshops wurden dann vom Team Demografie des Kreises Borken als Grundlage für das bis 2009 vorgelegte Demografiekonzept verwendet. Das so erstellte Konzept wurde im Anschluss mit Hilfe externer Moderation im Rahmen von Diskussionsrunden mit Jugendlichen und einem Web-Hearing mit Akteuren aus der allgemeinen Fachöffentlichkeit sowie der Politik diskutiert, um so weitere konstruktive Anregungen und Impulse zu den verschiedenen Handlungsfeldern zu gewinnen. Ausgehend von den beteiligungsorientierten Vorarbeiten und den SWOT-Analysen, wurde das Demografiekonzept dann im Januar 2010 durch einen Kreistagsbeschluss legitimiert. Für den Kreis Borken war der Demografieprozess dabei auch eine Plattform, um den interkommunalen Austausch auf Kreisebene zu fördern und zu intensivieren.</p>
VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK	<p>Dem Kreis Borken ist eine umfassende Beteiligung verschiedener kommunaler und gesellschaftlicher Vertreter ein wichtiges Anliegen. Konzeptuell bestreitet der Kreis Borken eine Strategie der „zwei Wege“, nämlich (a) eine Präventionsstrategie und (b) eine Anpassungsstrategie. Eine besondere Rolle spielt die interkommunale Kooperation. Im Kreis Borken findet eine intensive Zusammenarbeit der siebzehn kreisangehörigen Kommunen statt. Hier gibt es verschiedene Kooperationsformen, u.a. die sogenannten LEADER-Regionen mit hohen Bezügen zur Gestaltung des demografischen Wandels. Gute Beispiele sind hierbei u.a. die LEADER-Region Bocholter Aa mit einem Gebietsbezogenen integrierten ländlichen Entwicklungskonzept (GIEK) oder die LEADER-Region „Ahaus-Heek-Legden“, die ebenfalls von der EU gefördert wurde. Die LEADER-Konzepte sehen hierbei auch eine Beteiligung von Wirtschafts- und Sozialpartnern vor und verfolgen einen „bottom-up-Ansatz“. Hierdurch kann ein hoher Grad an Akzeptanz und Mitwirkung gewonnen werden. Aktuell läuft die Ausschreibungsrunde für die LEADER-Förderphase bis 2020. Hieran beteiligen sich 16 der 17 kreisangehörigen Kommunen. Interkommunale Kooperation wird im Kreis Borken aber nicht nur national gedacht. Mit seiner Außengrenze zu den Niederlanden, schaut der Kreis Borken auch über das eigene Hoheitsgebiet hinaus auf die benachbarten Niederlande, in dessen angrenzenden Regionen sich ähnliche demografische Problemlagen („Vergreisung“) ergeben. Hier findet im Sinne der EUREGIO-Strategie eine kontinuierliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie ein gegenseitiger Austausch und Dialog über gemeinsame Probleme, Chancen und Lösungen statt. Ein Beispiel hierfür ist der Atlas der Chancen für die Grenzregion Achterhoek-Borken (2012).</p>
TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION	<p>Die Beteiligung der Bevölkerung sowie die Integration unterschiedlicher Perspektiven kommunaler und gesellschaftlicher Interessenvertreter aus Wirtschaft, Kirchen und Verbänden spielten im gesamten Prozess des Demografiemanagements für den Kreis Borken eine gewichtige Rolle. Partizipation wurde bereits bei der Erstellung des ersten Strategiepapiers (2006) in allen Projektphasen berücksichtigt. Auch bei der Entwicklung des aktuellen Demografiekonzeptes wurden partizipative Elemente von vorneherein integriert. Mit Hilfe von Experteninterviews, Experten-Workshops und Diskussionsrunden, konnten sowohl die Bürgerschaft, als auch gesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter beteiligt werden.</p>

TRANSPARENZ UND ZUGÄNGLICHKEIT	<p>Die Bevölkerung des Kreises Borken wurde frühzeitig über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Kreis Borken informiert und für notwendige Veränderungen sensibilisiert. Der gesamte Prozess der Demografiepolitik wurde durch Veranstaltungen mit der allgemeinen Fachöffentlichkeit, Dokumentationen und Partizipationsmöglichkeiten begleitet. Die Öffentlichkeit wird bereits seit 2005 mit Hilfe regelmäßiger Demografieberichte über die demografischen Entwicklungen im Kreis informiert. Veröffentlichungen hierzu, finden sich auf der Internetpräsenz des Kreises Borken.</p>
ALLGEMEINE BEWERTUNG	<p>Der Kreis Borken beschäftigt sich bereits seit etwa 10 Jahren mit den Auswirkungen des demografischen Wandels. Ein Demografiekonzept eignet sich hierbei als Rahmenkonzept für die Kreisentwicklung und als Planungsinstrument. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Kreise zwar Teil der Kommunalverwaltung sind, jedoch als überörtliche Institution lediglich die kreisangehörigen Kommunen beraten, ihnen jedoch im Hinblick auf die Erstellung und Anwendung keine Vorschriften machen können. Die Grenzen sind dort erreicht, wo die kommunale Planungshoheit beginnt. Der Kreis ist daher primär moderierend tätig, spricht Empfehlungen aus und regt die Kommunen an, über das eigene Hoheitsgebiet hinauszudenken. Kommunale Demografiepolitik wird dabei als integrative Querschnittsaufgabe verstanden, bei der die Perspektive unterschiedlicher lokaler Akteure einzubeziehen ist. Der Kreis Borken betrachtet die Gestaltung des demografischen Wandels als kommunale Daueraufgabe, bei der Demografiemanagement als kontinuierlicher Prozess betrachtet wird, die es regelmäßig auf Veränderungen im Hinblick auf zu priorisierende Handlungsfelder und allgemeine wie spezifische Zielsetzung zu überprüfen gilt. Das Konzept wurde erfolgreich in das Kreisentwicklungsprogramm „Kompass 2025“ integriert, so dass Demografie als Querschnittsaufgabe, Grundlage für kommunales Handeln ist.</p>

KREIS EUSKIRCHEN

Demografieinitiative Kreis Euskirchen – Handlungskonzept

1. KURZPROFIL DER KOMMUNE		
NAME	Kreis Euskirchen	
KREISSITZ	Euskirchen	
REGIERUNGSBEZIRK	Köln	
EINWOHNERZAHL	187.426	
FLÄCHE (KM ²)	1.248,73	
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM ²)	150,09	
HAUSHALTSSTATUS	1	
ALTERSSTRUKTUR	18 bis unter 65	62,6%
	Über 65 J.	20,3%
	Über 80 J. (Hochaltrige)	---
	Jugendquotient	32,2
	Altenquotient	33,7
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	5%	
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) 2030 GEGENÜBER 2011	182.945	95,8% %
2. FORM UND INHALT DES DEMOGRAFIEKONZEPTES		
AUTOR(EN), JAHR UND TITEL	Kreis Euskirchen (Hrsg.) (2008, 2013): Demografieinitiative Kreis Euskirchen – Handlungskonzept Teil I: Demografieprozess, Handlungsfelder & Leitziele, Fakten zum demografischen Wandel Teil II: Die Projekte	
ONLINE VERFÜGBAR UNTER (12/2014)	http://demografie-initiative.de/inhalte/handlungskonzept/	
KOORDINATION UND ANSPRECHPERSON(EN)	Fr. Iris Poth Demografiebeauftragte Kreis Euskirchen Leiterin Stabsstelle Struktur- und Wirtschaftsförderung Telefon: 02251-15 369 E-Mail: iris.poth@kreis-euskirchen.de	Fr. Sarah Weber Projektkoordination Demografie Struktur- und Wirtschaftsförderung Telefon: 02251-15 904 E-Mail: sarah.weber@kreis-euskirchen.de
KONZEPT UND LEITBILD	Demografiepolitik wird im Kreis Euskirchen als Querschnittsaufgabe verstanden. Die Demografieinitiative Kreis Euskirchen hat sich das Ziel gesetzt, den „Wandel zu gestalten“ und trotz der Alterung sowie des Bevölkerungsrückgangs den Kreis als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu erhalten. Der Demografieprozess des Kreises Euskirchen ist von vornherein nach dem Prinzip „bottom-up“ gestaltet worden, d.h. insbesondere zu Beginn waren intensive Bürgerbeteiligung und Partizipation essentielle Bestandteile des Konzeptes.	
SOZIODEMOGRAFISCHE ANALYSE UND PROGNOSE	Im ersten Teil des Demografiekonzeptes befindet sich ein ausführlicher Datenteil auf Grundlage der Daten des IT.NRW, in dem die Bevölkerung anhand soziodemografischer Merkmale dargestellt und die zukünftigen Bevölkerungsentwicklungen von NRW, dem Kreis Euskirchen und der kreisangehörigen Städte und Gemeinden anhand unterschiedlicher Prognoseszenarien differenziert nach Altersgruppen aufbereitet sind.	
BESTANDSANALYSE UND BEDARFSANALYSE	Ausgehend von einem Kreistagsbeschluss, der die konkrete Beschäftigung mit den Auswirkungen des demografischen Wandels vorsah, wurden von September 2008 bis September 2009 mehrere Workshops mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie mit Beschäftigten der Kommunalverwaltung und Vertretern aus Politik und gesellschaftlichen Interessenverbänden unter Zuhilfenahme externer Moderation durchgeführt. Im Rahmen der Workshops wurden, ausgehend von den gegenwärtigen demografischen Entwicklungen, Handlungsfelder mit besonderer Relevanz und entsprechende Leitziele für den Kreis Euskirchen definiert.	

HANDLUNGSFELDER, THEMENSCHWERPUNKTE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Der Kreis Euskirchen hat im Rahmen von Workshops mit verschiedenen kommunalen Akteuren und Vertretern gesellschaftsrelevanter Interessen eine Befragung vorgenommen, bei denen mittels eines Punktesystems besonders wichtige Handlungsfelder definiert wurden. In den so definierten Handlungsfeldern wurden mit einer SWOT-Analyse strategische Leitziele erarbeitet. Folgende Themenkomplexe und strategische Leitziele lassen sich zusammenfassen:

1. Bildung: Der Kreis Euskirchen versteht Bildung in einem umfassenden Sinn und möchte die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen im Kreis gleiche Lebens- und Bildungschancen haben.

2. Integration: Der Kreis Euskirchen begreift Zuwanderung mit ihrer sprachlichen und kulturellen Vielfalt als Bereicherung und ist bemüht, allen legalen und dauerhaft ansässigen Zuwanderern gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, sofern die freiheitlich-demokratische Grundordnung als Richtschnur und Werteorientierung akzeptiert wird. Um die dauerhafte Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben zu gewährleisten, sind längerfristig Kenntnisse der deutschen Sprache unerlässlich. Der Kreis Euskirchen bemüht sich daher, Zuwanderern mit Hilfe des Angebots von Integrationskursen in die Lage zu versetzen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und in allen Bereichen des täglichen Lebens, ganz im Sinne des Bundesintegrationsplanes, zu partizipieren.

3. Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit: Demografieorientierte Kinder- und Familienpolitik auf kommunaler Ebene ist ein wichtiges Element von kommunaler Demografiepolitik. Der Kreis Euskirchen möchte hierfür insbesondere kinderfreundliche Rahmenbedingungen schaffen und stärken (z.B. entsprechende Betreuungsangebote), so dass „jedes Kind eine Chance“ hat.

4. Wirtschaft und Arbeit: Der Kreis Euskirchen betreibt eine aktive Standortpolitik, um dem Fachkräftemangel vorzubeugen, Unternehmen im Hinblick auf demografische Anforderungen zu beraten und Arbeitnehmer in ihrer beruflichen Weiterbildung und/oder bei der Wiedereingliederung zu unterstützen.

5. Lebensqualität und Infrastruktur: Ein gewichtiges Ziel des Euskirchener Demografiekonzeptes ist die Erhaltung und Steigerung der Wohn-, Arbeits- und Lebensqualität im Kreis. Natur- und Kulturangebote sollen im Sinne von Barrierefreiheit alter(n)sgerecht gestaltet und für jedermann zugänglich sein. Gleichzeitig sollen Versorgungssicherheit und ein attraktives Wohnumfeld mit geeigneter Infrastruktur gewährleistet sein.

6. Verständnis zwischen den Generationen: Das intergenerationelle Verhältnis und der Austausch zwischen verschiedenen Generationen werden vom Kreis Euskirchen als ein wichtiger Grundpfeiler bei der Gestaltung des demografischen Wandels erachtet. Die Betrachtung der älteren Bevölkerung berücksichtigt dabei auf der einen Seite das mögliche Hilfsbedürfnis und die Pflegebedürftigkeit im Alter, sowie auf der anderen Seite die individuellen und gesellschaftlichen Potentiale des Alters. Priorität hat dabei insbesondere das Verständnis zwischen den unterschiedlichen Generationen. Hierzu gehört auch die Förderung neuer Wohnformen wie z.B. Mehrgenerationenhäuser.

EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHRIBUNG

Der Kreis Euskirchen begreift die Gestaltung des demografischen Wandels als Prozess und als kommunale Daueraufgabe. Dementsprechend ist eine stetige Aktualisierung des gesamten Konzeptes und eine regelmäßige Evaluation der durchgeführten Projekte integraler Bestandteil der Demografiestrategie. Die Bewältigung der Herausforderung demografischer Wandel wird als eine zentrale kommunale Herausforderung der Kreispolitik betrachtet. Der in Teil 1 des Konzeptes beschriebene Handlungsprozess und die zentralen Daten zur demografischen Entwicklung werden alle zwei Jahre aktualisiert, während Teil 2, der eine Übersicht der demografielevanten Projekte enthält, jedes Jahr fortgeschrieben wird.

LEITPROJEKTE

Der Kreis Euskirchen präsentiert im 2. Teil seines Handlungskonzeptes insgesamt 22 laufende und 28 abgeschlossene Projekte in den definierten Handlungsfeldern. Die Projekthalte und Ziele sind dabei nachvollziehbar anhand von Projektdatenblättern beschrieben. Besonders erfolgreiche Projekte werden dauerhaft implementiert. Gute und erfolgreiche Beispiele hierfür sind etwa die „Woche der Generationen“ und das „KITA Rucksackprojekt“. Online verfügbar unter <http://www.kreis-euskirchen.de/service/soziales/generationenwoche.php> bzw. http://www.kreis-euskirchen.de/service/schulen/KI_Projekte.php (12/2014).

3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK

HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG

Der Kreis Euskirchen beschäftigt sich seit 2008 intensiver mit dem Thema Demografie. Anfänglich wurde der Demografiegestaltungsprozess von der Bertelsmann Stiftung begleitet, indem ein Demografie-Training mit den Führungskräften des Hauses stattfand. Zusätzlich war es Konsens, dass es ein Demografiekonzept für die kreisangehörigen Kommunen braucht. Daraufhin wurde eine Demografiebeauftragte implementiert und gemeinsam mit den Fachvertretern der Verwaltung ein Demografiekonzept erarbeitet. In der Kreisverwaltung Euskirchen gibt es neben der Demografiebeauftragten eine Projektkoordinatorin und eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe, die sich aus Fachvertretern der im Demografiekonzept formulierten Handlungsfeldern ableiten lässt. Das demografische Handlungskonzept wird jährlich fortgeschrieben und versteht sich als Kompendium welches in Teil I einen Strategiebericht sowie eine statistische Datenanalyse und -aufbereitung enthält und in Teil 2 fortlaufend die Umsetzungsmaßnahmen und Projekte beschreibt. Hierbei gibt es sowohl Projekte als auch dauerhafte Maßnahmen, die sich für den Kreis bereits bewährt haben. Im Sinne eines Demografie-Monitorings werden der statistische Teil alle 2 Jahre und der Projektbereich fortlaufend aktualisiert bzw. ergänzt. Finanziert werden die Projekte durch ein eigenes Demografiebudget, welches von der Politik entsprechend zur Verfügung gestellt wird und gegenwärtig 80.000€ beträgt. Das Demografiebudget wird versucht zu multiplizieren, indem gezielt Fördergelder beantragt

	<p>werden, so dass es sich bei dem Demografiebudget auch häufig um eine Ko-Finanzierung handelt. Demografie wird als Querschnittsthema bzw. ressortübergreifend verstanden und ist daher auch mit interdisziplinären Fachvertretern besetzt. Die einzelnen Handlungsfelder werden dabei auch für neue Themen geöffnet (z.B. wurde Inklusion integriert), sind auf der anderen Seite aber auch nicht immer erschöpfend im Demografiekonzept behandelt. Gegenwärtig findet jährlich ein Demografieforum mit externer Begleitung, Referenten und/oder Moderation statt (z.B. Bertelsmann Stiftung, aber auch andere Organisationen), bei dem der bisherige Prozess reflektiert wird.</p>
VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK	<p>Ausgehend von den sechs bereits definierten Handlungsfeldern wurde zur demografiepolitischen Steuerung eine interdisziplinäre und intrakommunale heterogene Prozesssteuerungsgruppe gebildet, die sowohl aus kommunalen und politischen Vertretern, wie auch aus Multiplikatoren bestand, die sich regelmäßig trafen. Die sechs verschiedenen Arbeitsgruppen führten eine Stärken-Schwächen-Analyse ihrer Handlungsfelder durch und entwickelten auf dieser Grundlage unterschiedliche Projektskizzen und -entwürfe. Zur Schwerpunktsetzung und Realisierung der so entstandenen Projektzenarios wurde dann in einer Projektgruppe Politik und Verwaltung ein Vorschlag erarbeitet, der im Oktober 2010 durch einen Kreistagsbeschluss legitimiert wurde. Der gesamte Projektrealisierungsprozess wurde ebenso wie die notwendige Budgetierung von einer Demografiebeauftragten geleitet und in der Kommunalverwaltung koordiniert. Die eigentliche Umsetzung wurde mit Hilfe kommunaler Expertinnen und Experten als Moderatoren der sechs Arbeitsgruppen durchgeführt, die sich wiederum regelmäßig austauschten. Ab 2013 wurde die kommunale Verankerung an die neuen Entwicklungen angepasst. Statt der bisherigen sechs Arbeitsgruppen bilden nun die Moderatoren eine verwaltungsinterne Projektentwicklungsgruppe. Gleichzeitig soll jedoch durch alte und neue Plattformen auch ein Austausch mit externen Akteuren stattfinden. So wurde z.B. eine Online-Kommunikationsplattform geschaffen und es findet weiterhin jährlich ein Demografie-Forum statt, auf dem aktuelle Projekte usw. vorgestellt werden.</p>
TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION	<p>Die Bürgerschaft hatte im Kreis Euskirchen zunächst in Form einer politischen Interessenvertretung durch Bürgermeister und gesellschaftliche Interessenvertreter sowie bei öffentlichen Veranstaltungen, die Möglichkeit sich zu beteiligen.</p> <p>Im Rahmen der 2013 vorgenommenen Anpassung des demografiepolitischen Steuerungsprozesses wurde der Bürgerschaft darüber hinaus eine Online Bürgerplattform zur Verfügung gestellt, die eine Möglichkeit der Beteiligung gibt.</p>
TRANSPARENZ UND ZUGÄNGLICHKEIT	<p>Der Kreis Euskirchen veranstaltet jährlich ein Demografieforum (2011, 2012/2013, 2014) bei dem der interessierten Bürgerschaft, der Politik und den beteiligten Akteuren die gegenwärtigen Aktivitäten und Ergebnisse der Demografieinitiative präsentiert werden. Auf der Internetpräsenz des Kreises Euskirchen können darüber hinaus alle Dokumente, Strategien und Berichte sowie aktuelle Informationen zur Bevölkerungsentwicklung eingesehen werden.</p>
ALLGEMEINE BEWERTUNG	<p>Der Kreis Euskirchen hat sich im Jahr 2008 auf den Weg gemacht, den Auswirkungen des demografischen Wandels mit Hilfe eines umfassenden und prozessorientierten Demografiekonzeptes zu begegnen. Mit Hilfe von strategischen Management-Instrumenten sowie der Implementierung einer koordinierenden Demografiebeauftragten und einer partizipativ ausgerichteten Arbeitsgruppe innerhalb der Kommunalverwaltung sowie mit Hilfe externer Moderation ist es gelungen, ein demografiepolitisches Konzept zu generieren, welches fortan als Grundlage für die Daueraufgabe demografischer Wandel in der Kommune dient. Der Kreis Euskirchen informiert und beteiligt die Bürgerschaft am demografiepolitischen Prozess und gewährleistet damit die Demografiefestigkeit und den Anspruch gelingender Partizipation.</p>

	Durch Transparenz, Offenheit und Kommunikation wird ein hoher Grad an Beteiligung und Engagement erreicht. Hierzu gehört auch der Anspruch der Kommune Arnsberg, ein langes und gutes Leben – auch im Alter – gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten.
DATENGRUNDLAGE	Die Stadt Arnsberg greift zur Einschätzung der soziodemografischen Situation einerseits auf öffentlich zugängliche statistische Daten wie die des Landes NRW (LDS), des Bundes (Destatis), sowie andererseits auf die eigenen lokalen Daten (z.B. Einwohnerstatistik und ergänzende eigene Bürgerbefragungen) zurück. Informationen zu den Bedarfen der Bürgerschaft werden u.a. durch eine kontinuierliche und von Offenheit und Akzeptanz geprägte Vorgehensweise der Kommune mit Hilfe von bürgerorientierten Verfahren gewonnen.
HANDLUNGSFELDER, THEMENSCHWERPUNKTE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	<ol style="list-style-type: none"> 1. Förderung des aktiven Alterns <ol style="list-style-type: none"> 1.1 Ermöglichung des lebensbegleitenden Lernens 1.2 Ermöglichung von bürgerschaftlichem Engagement im Alter 1.3 Förderung des Alterns bei guter Gesundheit 2. Förderung hochwertiger Sozial- und Gesundheitsleistungen 3. Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Menschen in der städtischen Entwicklung 4. Förderung der Chancengleichheit, der bürgerschaftlichen Beteiligung und der ehrenamtlichen Tätigkeit älterer Menschen <ol style="list-style-type: none"> 4.1 Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement 4.2 Anregung von Kooperationen zwischen verschiedenen Partnern 5. Förderung der Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Generationen
EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHREIBUNG	Mit der Implementierung der „Zukunftsagentur“ als demografiepolitische Steuerungsstelle wird das Management des demografischen Wandels zur „Chefsache“ erklärt. Die Stadt Arnsberg erstellt zur Gestaltung des demografischen Wandels, unter der Beteiligung der Bürgerschaft, langfristige Stadtentwicklungspläne und Maßnahmenkataloge, deren Umsetzung entsprechend evaluiert und die Ergebnisse offen und transparent diskutiert werden. Die Stadt Arnsberg arbeitet im Hinblick auf eine projektbezogene Evaluation intensiv mit Universitäten und Forschungseinrichtungen zusammen. Fester Bestandteil der demografiepolitischen Steuerung ist ein demografisches Monitoring-System, bei dem soziodemografische Veränderungen permanent in der kommunalen Verwaltung mitberücksichtigt werden. Durch einen regelmäßigen Austausch der Kommunalverwaltung mit der Bürgerschaft „auf Augenhöhe“ können zukünftige Maßnahmen mit und im Sinne der Bürgerschaft modifiziert werden.
LEITPROJEKTE	<p>Eine Auswahl ausgezeichneter Maßnahmen und Projekte:</p> <p>Stabsstelle Zukunftsagentur (seit 2000) und Fachstelle Zukunft Alter (seit 2007); Arnsberger Netzwerk Demenz: http://www.projekt-demenz-arnsberg.de/ich-will-helfen/gute-beispiele/arnsberger-netzwerk-demenz.html</p> <p>Lern-Werkstatt-Demenz (EFID Preis 2014): http://www.projekt-demenz-arnsberg.de/ueber-uns/projekt-portraet--film/</p> <p>Projekt PRIMA (u.a. mit der Hochschule München): http://www.hm.edu/allgemein/forschung_entwicklung/projekte/pohlmann_prima.de.html</p> <p>Engagementförderung Arnsberg; SENEKA – Seniorenakademie Arnsberg; Senioren-Computerclubs, usw.</p> <p>Eine Übersicht weiterer Projekte findet sich online unter: http://www.arnsberg.de/demografischer-wandel/index.php (12/2014)</p>

3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK

HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG	Die Kommune Arnsberg im Hochsauerlandkreis ist bereits seit einigen Jahren sichtbar von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen. Soziodemografische Prognoseszenarien gehen von einem Bevölkerungsrückgang bis 2020 von 9% und bis 2030 von bis zu ca.13,7% aus. Gleichzeitig verändert sich die Bevölkerungszusammensetzung durch einen relativen und absoluten Anstieg der älteren Bevölkerung bei gleichzeitigem Rückgang der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Diese bereits jetzt stattfindenden und sich zukünftig fortsetzenden demografischen Entwicklungen führen auch für die Kommune Arnsberg zu tiefgreifenden Veränderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben. Trotz einer komplexen fiskalischen Ausgangslage hat die Stadt Arnsberg die Herausforderungen des demografischen Wandels gemeinsam mit der Bürgerschaft angenommen. Mit Hilfe partizipativ entwickelter Konzepte in der Kommune Arnsberg wurde der Grundstein zu einer erfolgreichen Demografie- und Alter(n)spolitik, auch unter den Auswirkungen einer schrumpfenden und alternden Kommune gelegt, so dass ein gutes und langes Leben für alle Generationen in Arnsberg möglich ist.
VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK	Während das Thema Alter in vielen Kommunen im Bereich Soziales verankert ist, hat die Kommune Arnsberg bereits früh die strategische Bedeutung des Themas demografischer Wandel gesehen und das Thema Alter(n) in der Stadtplanung und -entwicklung verortet. Hierzu hat Arnsberg zu Beginn des Jahres 2000 die Stabsstelle „Zukunftsagentur“ zur strategischen Steuerung des demografischen Wandels eingerichtet. Als Stabsstelle ist die „Zukunftsagentur“ unmittelbar dem Bürgermeisteramt zugeordnet und bewusst aus der Fachbereichsstelle herausgehoben. Demografiepolitik wird in Arnsberg als Querschnittsaufgabe im Dienste der Bürgerschaft verstanden, die es erforderlich macht eine fachübergreifende Perspektive einzunehmen,

	<p>um die Kommune langfristig zukunfts- und demografiefest zu machen. Im Sinne der Bürgerkommune Arnsberg sucht die Zukunftsagentur bewusst die Nähe der Bürgerschaft und bemüht sich, geeignete Beteiligungsmöglichkeiten und –formen anzubieten. Gleichzeitig beinhaltet dieses Verständnis von kommunaler Demografiepolitik auch eine besondere soziale Verantwortung für Bürgerinnen und Bürger, bei denen Unterstützungs- und Hilfebedarf besteht. Im Jahre 2007 wurde innerhalb der Stabsstelle „Zukunftsagentur“ die Fachstelle „Zukunft Alter“ implementiert, um der besonderen Bedeutung des Themas Alter(n) im Rahmen des demografischen Wandels gerecht zu werden. Ausgehend vom „Rezept für ein schöpferisches Alter(n)“ (Leopold Rosenmayr) wurde und wird hier ein modernes Alter(n)sbild fokussiert, welches die gesellschaftlichen und individuellen Potentiale des Alter(n)s in den Blick nimmt. Ein modernes und differenziertes Alter(n)sbild ist seit dem Ausgangspunkt der demografieorientierten kommunalen Politik in Arnsberg.</p>
<p>TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION</p>	<p>Die Stadt Arnsberg versteht sich als Bürgerkommune und bemüht sich um einen ständigen Wissenstransfer zwischen Politik und Bürgerschaft, um die Zukunft in Arnsberg gemeinsam mit den Bürgern zu gestalten. Hierzu werden bereits seit 1995 verschiedene Instrumente der partizipativen Sozialforschung im Bereich der Bürgerplanungsprozesse im Kontext der Stadtplanung und –entwicklung verwendet, z.B. Zukunftswerkstätten, Quartiersmanagement sowie Stadtteilkonferenzen usw. Darüber hinaus bringen gerade auch ältere Arnsbergerinnen und Arnsberger ihre eigenen Wünschen, Interessen und Erfahrungen entsprechend im Rahmen einer Vielzahl von Praxisprojekten und Initiativen ein, die Stadt Arnsberg unterstützt sie hierbei aktiv. Die Stadt Arnsberg begreift die Bürgerschaft als Expertinnen und Experten für ihren eigenen Lebensraum und hat dabei früh die Notwendigkeit erkannt, die Bürger nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen, sondern interessierten Bürgern bereits in frühen Stadien der Konzeptentwicklung die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen. Hierzu gehört auch eine Debattenkultur, bei der im konstruktiven Sinne kontrovers diskutiert werden darf. Die Bürger und die Verwaltung in der Stadt Arnsberg haben mittlerweile einen selbstverständlichen Umgang mit den Themen des demografischen Wandels und des Alter(s).</p>
<p>TRANSPARENZ UND ZUGÄNGLICHKEIT</p>	<p>Ausgehend vom Prinzip der Bürgerkommune bemüht sich die Stadt Arnsberg, die Bürgerschaft bereits früh zu informieren und einzubinden. Konzepte und Vorhaben im Rahmen der Gestaltung des demografischen Wandels werden daher bereits früh und dialogorientiert der Öffentlichkeit präsentiert. Die Stadt Arnsberg hat den Anspruch, Politik mit den Menschen zu machen und die Bedarfe der Bürgerschaft ernst zu nehmen. Darüber hinaus stellt die Stadt Arnsberg auf ihrer Internetpräsenz zahlreiche Konzepte, Berichte und Informationen zur Verfügung.</p>
<p>ALLGEMEINE BEWERTUNG</p>	<p>Ausgehend von den ersten Hinweisen aus der Wissenschaft und Politik hat sich Arnsberg vor nun mehr als 25 Jahren auf den Weg gemacht, den demografischen Wandel zu gestalten. Demografiepolitik wird hierbei als „moderne Pflichtaufgabe“ verstanden, die jedoch auch einer entsprechenden Berücksichtigung innerhalb der Kommunalverwaltung und somit auch entsprechender finanzieller und personeller Ressourcen bedarf. Obgleich Partizipation und Engagement der Bürgerschaft ein wesentliches Merkmal der Bürgerkommune Arnsberg und zur Bewältigung der Auswirkungen der demografischen Entwicklung unerlässlich sind, ist eine vollständige Ausgliederung und Übertragung auf die Bürgerschaft und die Verbände wenig zielführend. Die Stadt Arnsberg im Hochsauerlandkreis wurde inzwischen vielfach ausgezeichnet und gilt insbesondere im Bereich Lebensqualität im Alter und dementielle Versorgung älterer Menschen als Vorreiter und ständiges Beispiel guter Praxis.</p>

BIELEFELD

Demographischer Wandel als Chance? Das Bielefelder Konzept

1. KURZPROFIL DER KOMMUNE		
NAME	Bielefeld	
KREIS	Kreisfreie Stadt	
REGIERUNGSBEZIRK	Detmold	
EINWOHNERZAHL	328.864	
FLÄCHE (KM ²)	258,8	
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM ²)	1.270, 6	
GEMEINDE Typ	Kleine (kreisfreie) Großstadt mit unter 500.000 Einwohnern	
HAUSHALTSSTATUS	4	
STÄDTETYP/DEMOGRAFIETYP	Industriestadt: Urbanes Zentrum mit heterogener wirtschaftlicher und sozialer Dynamik	
ALTERSSTRUKTUR	18 bis unter 65	63,2%
	Über 65	20,0%
	Über 80 (Hochaltrige)	6,0%
	Jugendquotient	26,6
	Altenquotient	31,6
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	11,7%	
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) 2030 GEGENÜBER 2011	317.200	98,1%
2. FORM UND INHALT DES DEMOGRAFIEKONZEPTE		
AUTOR(EN), JAHR UND TITEL	Tatje, Susanne, „Demographischer Wandel als Chance?“ - Das Bielefelder Konzept. Hrsg. Stadt Bielefeld, Bielefeld 2006	
ONLINE VERFÜGBAR UNTER (12/2014)	https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Demo-Heft3.pdf	
KOORDINATION UND ANSPRECHPERSON(EN)	Amt für Demographie und Statistik Susanne Tatje Amtsleiterin und Demographiebeauftragte der Stadt Bielefeld Niederwall 25 33602 Bielefeld Telefon: 0521 51-3306 Telefax: 0521 51-3964 E-Mail: susanne.tatje@bielefeld.de	
KONZEPT UND LEITBILD	Das Demografiekonzept versteht sich als Anleitung für eine „Bielefelder Demographiepoltik“ und enthält Vorschläge für eine „demographieorientierte Kommunalpolitik“, die einstimmig im Rat der Stadt verabschiedet wurden. Es handelt sich um ein prozessorientiertes Modell, welches mittels eines Steuerungskreislaufes die demografieorientierte Stadtentwicklung als kontinuierlichen Veränderungsprozess begreift. Das Demografiekonzept enthält u.a. sechs demografiepolitische Ziele für die Stadt, die das zukünftige Handeln bestimmen. Das Demografiekonzept sieht vor, die demografiepolitischen Ziele und damit Handlungsschwerpunkte bei einem zukünftigen Leitbildprozess zu integrieren.	
DATENGRUNDLAGE	Das Konzept geht differenziert auf verschiedene mögliche Datengrundlagen für eine kommunale Demographiepoltik ein, die Basis für kommunales Handeln in Bielefeld sein können. Die Datenbasis für die Bielefelder Demografiestrategie bildet eine Studie aus dem Jahre 2003 von Herwig Birg und Jürgen Flöthmann (eh. Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld), mit dem Titel „Vorausschätzungen zur zukünftigen Entwicklung der Haushalts- und Bevölkerungsstruktur in Bielefeld bis 2050“. Diese Datengrundlage ist zwischenzeitlich ersetzt worden durch die Bevölkerungsvorausberechnung für die Stadt Bielefeld und die zehn Stadtbezirke, die im Demografiebericht 2012 veröffentlicht wurden. „Susanne Tatje: Weichen für die Zukunft stellen - Demografiebericht 2012. Hrsg. Stadt Bielefeld; Bielefeld 2013; online unter http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Demographiebericht_2012.pdf	

	Kleinräumige Daten für die 10 Stadtbezirke und auch 92 Statistischen Bezirke werden erstmalig im Demografiebericht 2014 vorgestellt, der im Frühjahr 2015 erscheint und auch online auf www.bielefeld.de eingestellt wird.
HANDLUNGSFELDER, THEMENSCHWERPUNKTE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	<p>Ausgehend von vorab skizzierten Themen- und Problemlagen schlägt das Bielefelder Demografiekonzept sechs Ziel- und Handlungsschwerpunkte vor, aus denen sich wiederum Handlungsempfehlungen ableiten lassen. Die genannten demographiepolitischen Ziele sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. „Wir fördern Integration!“ (Integrations- und Migrationspolitik) 2. „Wir werden die familienfreundlichste Stadt in NRW!“ (Kinder- und Familienpolitik) 3. „Wir wohnen zukunftsfähig!“ (Stadtentwicklung, Wohnen) 4. „Wir lernen lebenslang!“ (Bildung, Weiterbildung, berufliche Qualifizierung) 5. „Wir gehen fit in die Zukunft!“ (Gesundheitspolitik, Prävention, Pflege) 6. „Wir wirtschaften für die Zukunft!“ (Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik) <p>Das Thema „Alter“ ist als Querschnittsthema in die jeweiligen Ziele und Handlungsschwerpunkte integriert; dies wurde mit dem Gremium Seniorenrat einvernehmlich vor der politischen Entscheidung im Rat der Stadt abgestimmt. Zu jedem der Schwerpunktthemen sind verschiedene, daraus resultierende Empfehlungen vorgeschlagen, die jedoch keinesfalls erschöpfend, sondern sukzessive weiter zu erarbeiten sind.</p>
EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHREIBUNG	<p>Zur Entwicklung von Handlungsschwerpunkten und Umsetzung von Maßnahmen ist ein managementorientierter Steuerungszyklus vorgesehen, der sechs Prozesskategorien enthält:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Datenerhebung/Bestandserhebung 2. Szenarien entwickeln 3. Kommunalpolitische Ziele bestimmen/Strategien entwickeln 4. Handlungskonzepte entwickeln 5. Konzepte umsetzen 6. Wirkungen analysieren <p>Diese Vorgehensweise beinhaltet die ständige Prüfung und Optimierung von Maßnahmen gemäß den politisch abgestimmten Zielen und den hierfür maßgeblichen Kriterien der Umsetzbarkeit und Effektivität.</p>
LEITPROJEKTE	<p>Amt für Demographie und Statistik. Bielefeld war die erste Stadt, die 2004 das Thema Demografie in die Kommunalverwaltung implementiert hat. Zunächst als Stabsstelle „Demografiebeauftragte“ im Dezernat des Oberbürgermeisters, in Folge des neuen Amtes für Demografie und Statistik. Durch diese Aufgabenstellung sollen demografische Entwicklungsprozesse bei der gesamten Kommunalpolitik berücksichtigt werden.</p> <p>Demografie-Stempel: Demografierelevante Aspekte für Planungskonzepte und Projekte. Eine Handreichung incl. spezieller Fragebogen der Demografiebeauftragten für die Bielefelder Dezernate zur Prüfung, inwieweit bevölkerungsstrukturelle Aspekte im jeweiligen Politikfeld berücksichtigt werden. Online unter http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/DemografieHandreichungweb.pdf (12/2014).</p> <p>Amt für Demographie und Statistik im Kinder Rathaus der Stadt Bielefeld. Ausführliche und kindgerechte Einführung zum Thema Demografie im Allgemeinen und in Bielefeld im Besonderen. Online unter http://www.kinderrathaus.de/zukunft_stadt (12/2014).</p>
3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK	
HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG	Die Stadt Bielefeld hat auf die allgemeinen demografischen Prognosen für Deutschland und die Vorhersagen für die Stadt Bielefeld reagiert, indem 2006 die Stabsstelle „Demografische Entwicklungsplanung“ im Dezernat des Oberbürgermeisters eingerichtet wurde.
VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK	Das ganzheitliche Bielefelder Demografiekonzept sieht eine „demographieorientierte Kommunalpolitik“ vor, die als „Gesamtstrategie mit Prioritätensetzung“ das gesamte kommunale Handeln unter demografiepolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Hierzu gehört eine verbindlich Entscheidung über die zu verwendende Datengrundlage, eine effektive und umsetzungsorientierte Zielformulierung, eine dezernatsübergreifende Kooperation, die Berücksichtigung des Faktors „Demografie“ bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen und die Notwendigkeit der politischen Legitimation.
TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION	Der Ratsbeschluss des Bielefelder Demografiekonzeptes sah ausdrücklich vor, die Beteiligung der Bürgerschaft im Prozess der Konzeptentwicklung sicherzustellen. Bürgerbeteiligung spielt auch weiter eine gewichtige Rolle bei der Bielefelder Demographiepolitik, u.a. durch partizipative Verfahren der Bürgerbeteiligung, wie z.B. Zukunftswerkstätten, Stadtteilkonferenzen oder Workshops. Dabei werden alle Altersgruppen eingebunden.
TRANSPARENZ UND ZUGÄNLICHKEIT	Das Bielefelder Demografiekonzept ist mit Beteiligung von Bürgern und lokalen Akteuren – und daher von vorneherein transparent – generiert worden. Zugleich wirkt die Stadt Bielefeld, und hier insbesondere Frau Tatje, auf eine kontinuierliche Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger bzgl. des Themas Demografie hin. Das Demografiekonzept und weitere Informationen lassen sich auf der Internetpräsenz des Amtes für Demografie und Statistik der Stadt Bielefeld abrufen.

ALLGEMEINE BEWERTUNG

Die Stadt Bielefeld war die erste Stadt, die sich des Themas Demografie umfassend und systematisch angenommen hat. Frau Tätze, die Demografiebeauftragte der Stadt Bielefeld, ist für die Entwicklung des über die Landesgrenzen von NRW hinaus bekannten „Bielefelder Konzeptes“ bereits mit dem Innovationspreis des Landes NRW ausgezeichnet worden. Mit dem Konzept einer „demographieorientierten Kommunalpolitik“ schafft die Stadt Bielefeld seit über 10 Jahren Rahmenbedingungen für den konstruktiven Umgang mit den Auswirkungen des demografischen Wandels sowie zum Erhalt und zur Steigerung der Lebensqualität von Menschen in allen Altersklassen. Die Stadt Bielefeld fokussiert hier einen generationenübergreifenden Ansatz und ist bemüht, die Bürgerschaft jeglichen Alters für das Thema demografischer Wandel zu sensibilisieren und in verschiedene Projekten einzubinden. Der Ansatz einer kommunalen Demografie- und Zukunftspolitik, die alle relevanten kommunalen Handlungsfelder auf „Demografiefestigkeit“ hin prüft, ist in seiner Prozessorientierung absolut vorbildlich und eignet sich als Vorbild für weitere Kommunen.

HATTINGEN

Hattingen im Demographischen Wandel: "Strategiekonzept Hattingen 2020"

1. KURZPROFIL DER KOMMUNE		
NAME	Hattingen (kreisangehörige Stadt)	
KREIS	Ennepe-Ruhr-Kreis	
REGIERUNGSBEZIRK	Arnsberg	
EINWOHNERZAHL	54.358	
FLÄCHE (KM²)	71, 40	
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM²)	761,3	
GEMEINDE Typ	Große Mittelstadt mit Zentrum, 50 000 Einwohner und mehr	
HAUSHALTSSTATUS	5	1
STÄDTETYP/DEMOGRAFIETYP	Industrie-Stadt: Mittelgroße Kommune mit geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum	
ALTERSSTRUKTUR	18 bis unter 65	61,9%
	Über 65	23,5%
	Über 80 (Hochaltrige)	6,6%
	Jugendquotient	28,2
	Altenquotient	39,8
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	6,8%	
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) 2030 GEGENÜBER 2011	50.463	90,9%
2. FORM UND INHALT DES DEMOGRAFIEKONZEPTE		
AUTOR(EN), JAHR UND TITEL	Stadt Hattingen (Hrsg.) (2009): Hattingen im Demographischen Wandel: "Strategiekonzept Hattingen 2020"	
ONLINE VERFÜGBAR UNTER (12/2014)	https://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Rathaus/Fachbereiche/Stadtplanung%20und%20Stadtentwicklung/Strategische%20Stadtentwicklung/Demographischer%20Wandel/	
KOORDINATION UND ANSPRECHPERSON(EN)	Regine Hannappel Demographiebeauftragte Dienstgebäude: Hüttenstraße 43 Zimmer-Nr.: 207 Telefon: 02324 204-5210 E-Mail: r.hannappel@hattingen.de	
KONZEPT UND LEITBILD	<p>Die Stadt Hattingen beschäftigt sich seit etwa 10 Jahren mit der Gestaltung des demografischen Wandels. Hierzu hat Hattingen im Jahre 2009 ein grundlegendes Strategiepapier mit dem Titel „Hattingen 2020“ entwickelt. Das Konzept ging aus einem dialogorientierten dreijährigen Entstehungsprozess mit intensiver Bürgerbeteiligung unter Berücksichtigung aller gesellschaftlichen Gruppen hervor. Die Bewältigung und Gestaltung des demografischen Wandels wird in Hattingen als Querschnittsaufgabe betrachtet. Die Stadt Hattingen begegnet dieser Herausforderung mit einem strategischen Managementkonzept. Hierbei lassen sich fünf Ebenen unterscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lenkungsebene: Zentrale Steuerung. • Leistungsebene: Projekte/Fachbereiche. • Entscheidungsebene: Politische Gremien. • Berichtsebene: Demografieberichterstattung. • Informationsebene: Arbeitskreise. <p>Demografie-Management sieht die Kommune Hattingen als kontinuierlichen Prozess und als kommunale Daueraufgabe, die zugleich die Akzeptanz und die Mitwirkung aller kommunalen Akteure erforderlich macht.</p>	

DATENGRUNDLAGE	Die Stadt Hattingen hat keine eigene Statistikstelle und verwendet daher vornehmlich die Daten des IT.NRW sowie Einwohnerdaten des Einwohnermeldeamtes. Das Hattinger Strategiekonzept wurde ausgehend von der Bevölkerungsprognose der LDS NRW für Hattingen im Jahre 2006 entwickelt. Die demografische Analyse in der darauf folgenden Demografieberichterstattung Hattingen (2009 – 2011) hat drei Ebenen. Zunächst erfolgt eine Betrachtung der örtlichen Bevölkerung von 1978 – 2010. Hierbei werden einerseits der Bevölkerungsstand und die -entwicklung über einen Zeitverlauf betrachtet sowie andererseits Wanderungsbewegungen und die Altersstruktur in den Blick genommen. Neben den Daten des IT.NRW nutzte die Kommune auch kommunale Daten, um z.B. die Altersstruktur in einzelnen Stadtteilen aufzubereiten. In einem zweiten Schritt wurde die zunehmende Heterogenisierung der Bevölkerung im Hinblick auf Internationalisierung, Singularisierung und Einkommensverteilung betrachtet. In einem dritten Analyseschritt wurden, basierend auf den Daten des IT.NRW, verschiedene Prognoseszenarien bis 2030 aufbereitet und die Veränderungen in der Bevölkerungsgröße und -struktur näher betrachtet.
HANDLUNGSFELDER UND THEMENSCHWERPUNKTE	Die Stadt Hattingen stellte fest, dass nahezu alle kommunalen Politikfelder von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen sind. Ausgehend von der demografischen Analyse wurden in einem breit angelegten Dialog folgende Handlungsfelder als besonders relevant erachtet: <ul style="list-style-type: none"> • Bildung und Kultur • Soziales • Arbeiten • Gesundheit • Wohnen • Sport und Freizeit • Infrastruktur Hattingen hat bewusst einen Ansatz gewählt, der nicht Zielgruppenorientiert vorgeht, sondern viel mehr thematische Felder definiert, die verschiedene Generationen betreffen.
HANDLUNGSEMPFEHLUNG UND STRATEGIE	Über allem steht in Hattingen eine Stärkung der eigenen Qualitäten. Trotz der angespannten Fiskallage bemüht Hattingen sich darum, weiterhin qualitative Angebote für die Bürger zu erhalten. Ziele hierbei sind u.a.: <ul style="list-style-type: none"> • Ausgewogene Kultur- und Bildungsangebote und die Weiterentwicklung des Schulsystems unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung • Stärkung der Familienfreundlichkeit • Vereinbarkeit von Familie und Beruf • Ausbau der präventiven, familienunterstützenden Angebote • Schaffung barrierefreier Wohnungsangebote für ältere Menschen und junge Familien • Sicherung und Anpassung des Spiel- und Sportstättenangebotes an die veränderten Bedürfnisse • Anpassung der Spiel- und Sportflächen an die geänderten Bedarfe
EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHRREIBUNG	Um dem Anspruch einer kommunalen Demografiepolitik als notwendige Daueraufgabe gerecht zu werden, hat die Stadt Hattingen ein demografiepolitisches Prozessmanagement eingerichtet. Dieses beinhaltet im Sinne eines umfassenden Demografiemanagements und -monitorings eine zentrale Steuerungsstelle für Demografiepolitik durch eine Demografiebeauftragte, eine fachbereichsübergreifende Steuerungsgruppe sowie eine regelmäßige öffentliche Demografieberichterstattung. Darüber hinaus werden die demografiepolitischen Leitziele auch bei der kommunalen Haushaltssicherung und bei allen Sitzungsvorlagen als „Mini-Demografie-Check“ mitberücksichtigt. Einen ersten Zwischenbericht zur demografischen Lage gab es 2011. Das Strategiekonzept Hattingen 2020 bildete darüber hinaus den Ausgangspunkt für weitere strategische Überlegungen der Kommune, z.B. das „Integrationskonzept der Stadt Hattingen“ (2014) sowie das ebenfalls partizipativ begleitete „Stadtentwicklungskonzept Hattingen 2030“ (2013), welches die Leitziele des Strategiekonzeptes Hattingen im demografischen Wandel aufgreift, und sie im Hinblick auf die baulich-(sozial-)räumliche Ebene umsetzt.
LEITPROJEKTE	Bewährt hat sich insbesondere ein engagement- und partizipationsorientierter Ansatz in der Stadt Hattingen. Hierzu zählt die Implementierung einer Freiwilligenagentur oder auch das Hattinger Bündnis für Familien. Gegenwärtiges Leitprojekt ist das Projekt Komm-IN in Hattingen. Online verfügbar unter: http://www.lum.nrw.de/Foerderprogramme/KOMM-IN_NRW/KOMM_IN_stellt_vor/Stadt_Hattingen/index.php (12/2014)

3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK

HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG	Nach einer zunächst internen Beschäftigung mit dem Thema Demografie wurde die örtliche Bevölkerung im Jahre 2006 über die demografischen Entwicklungen informiert und für notwendige Veränderungen sensibilisiert. In einem partizipativen Prozess wurden dann gemeinsam mit der Bürgerschaft und kommunalen Akteuren Handlungsfelder und Leitziele entwickelt, die dann schließlich im Jahre 2008 in einem Ratsbeschluss mündeten. Das Konzept verfolgt mit Hilfe von Leit- und Entwicklungszielen eine Doppelstrategie aus Anpassung und Prävention. Die Stadt Hattingen versteht Demografiepolitik dabei als kommunale Daueraufgabe und führt das Demografiekonzept daher im Rahmen regelmäßiger Demografieberichterstattung fort.
-----------------------------	---

VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK	<p>Die Anpassung und Steuerung der Auswirkungen des demografischen Wandels wird als notwendige Querschnittsaufgabe der Kommune erachtet. Die Stadt Hattingen verfolgt dabei einen Ansatz, der auf einen Paradigmenwechsel von quantitativem zu qualitativem Wachstum setzt. Vorhandene Strukturen sollen dabei an die neue Ausgangssituation angepasst werden, um die Lebensqualität aller Generationen zu verbessern. Hierbei ist aufgrund der fiskalischen Situation auch eine Priorisierung notwendig, wodurch der lokalen Demografiepolitik in Hattingen auch Grenzen gesetzt werden.</p>
TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION	<p>Die Stadt Hattingen hat die Implementierung ihrer Demografiestrategie bewusst in einem breiten Dialog angelegt. Ausgehend von den soziodemografischen Entwicklungen startete im Jahre 2006 ein Dialog zwischen Kommunalverwaltung, kommunalen Akteuren und der Bürgerschaft. Auf Grundlage dieses Dialoges entwickelte die Stadtverwaltung unter Federführung der Demografiebeauftragten dann ein strategisches Demografiekonzept. Innerhalb der definierten Themenfelder spielen auch zukünftig Partizipationsmodelle eine große Rolle. So wird eine Intensivierung von Bürgerbeteiligung unter Berücksichtigung sämtlicher Bevölkerungsgruppen mit Hilfe von runden Tischen, Stadtgesprächen usw. angestrebt. Partizipative Prozesse bedürfen der stetigen Wiederbelebung. Hierzu ist jedoch auch ein entsprechender Handlungsspielraum zu gewährleisten.</p>
TRANSPARENZ UND ZUGÄNGLICHKEIT	<p>Die örtliche Bevölkerung von Hattingen wurde von Beginn an „mitgenommen“ und über die demografischen Veränderungen und ihre Konsequenzen informiert. Durch das dialogorientierte Vorgehen und den Austausch der Kommunalverwaltung mit der Bürgerschaft konnte so eine Akzeptanz demografierelevanter Anpassungs- und Gestaltungsmaßnahmen erfolgen. Durch die Veröffentlichung der Konzepte sowie die jährliche Demografieberichterstattung haben die Bürger Einblicke in den Stand der Umsetzung demografiepolitischer Maßnahmen.</p>
ALLGEMEINE BEWERTUNG	<p>Die Stadt Hattingen begreift den demografischen Wandel als schleichenden Prozess mit langfristigen Folgen. Daher ist es besonders wichtig, sich frühzeitig auf erwartbare Veränderungen einzustellen und durch Zielorientierung ein gemeinsames Handeln aller kommunalen Akteure zu initiieren. Das Strategiekonzept Hattingen 2020 war der Auftakt zu einer umfassenden Beschäftigung mit den Folgen des demografischen Wandels für die Stadt Hattingen. Hattingen setzt hierbei auf die Stärkung eigener Qualitäten, d.h. Innenentwicklung vor Außenentwicklung und die Priorisierung von Handlungsfeldern, welches die fiskalische Lage erforderlich macht.</p>

HERTEN

Herten 2020 Demografischer Wandel

1. KURZPROFIL DER KOMMUNE		
NAME	Herten (kreisangehörige Stadt)	
KREIS	Recklinghausen	
REGIERUNGSBEZIRK	Münster	
EINWOHNERZAHL	60.582	
FLÄCHE (KM ²)	37,33	
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM ²)	1 622,9	
GEMEINDE Typ	Große Mittelstadt mit Zentrum, 50 000 Einwohner und mehr	
HAUSHALTSSTATUS	5	2 1
STÄDTETYP/ DEMOGRAFIETYP	Strukturschwache Stadt; Mittelgroße Kommune mit geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum	
ALTERSSTRUKTUR	18 bis unter 65	61,1%
	Über 65	23,3%
	Über 80 (Hochaltrige)	6,5%
	Jugendquotient	30,6
	Altenquotient	39,5
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	11,2%	
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) 2030 GEGENÜBER 2011	55.519	89,2%
2. FORM UND INHALT DES DEMOGRAFIEKONZEPTE		
AUTOR(EN), JAHR UND TITEL	Stadt Herten (Hrsg.) (2008): Herten 2020 Demografischer Wandel	
ONLINE VERFÜGBAR UNTER (12/2014)	http://www.herten.de/leben-in-herten/demografie/	
KOORDINATION UND ANSPRECHPERSON(EN)	Fr. Susanne Barth Funktion: Demografische Entwicklung Telefon: 02366 303-511 E-Mail: s.barth@herten.de Standort: Rathaus Raum: 354	
KONZEPT UND LEITBILD	<p>Im Jahre 2009 wurde das beteiligungsorientiert entstandene Strategiekonzept „Herten 2020“ vom Rat der Stadt verabschiedet. Das Konzept versteht sich nicht als städtische Neuausrichtung, sondern als Weiterentwicklung auf Grundlage der Bilanzierung bisheriger Konzepte und Maßnahmen. Das Strategiekonzept beschränkt sich dabei nicht auf den Handlungs- und Ressourcenrahmen der Kommune, vielmehr werden alle Akteure und gesellschaftlichen Potentiale in den Blick genommen. Hierzu gehört auch die Berücksichtigung von Unternehmen, Verbänden oder Vereinen. Da sich Demografie im Hintergrund sämtlicher kommunaler Politikfelder abspielt, hat die Stadt Herten sich kein spezifisches und übergeordnetes demografiepolitisches Leitbild gegeben. Die Stadt Herten verwendet jedoch im Zuge weiterer Projekte und Maßnahmen Leitbildelemente. Herten versteht sich als „Mitmachstadt“, in der die Bürgerschaft konkret an der Planung von Stadtentwicklungsprozessen und Maßnahmen beteiligt wird (Werkstätten). Die Querschnittsthemen Demografie, Integration, Inklusion, Gleichstellung, Familienfreundlichkeit und Umwelt werden konsequent im Sinne der Nachhaltigkeit, durch spezielle Beauftragte bei Stadtplanungs- und Entwicklungsprozessen, beteiligt. Die Querschnittsbeauftragten für Demografie, Integration, Gleichstellung, Familienfreundlichkeit und Klima werden über den BM koordiniert und berichten dem Verwaltungsvorstand (VV) jährlich über ihre Arbeit und tauschen sich regelmäßig aus. Die Beauftragten haben die Möglichkeit Vorschläge für Maßnahmen in den VV einzubringen.</p>	

DATENANALYSE	Dem Konzept liegt eine ausführliche und differenzierte soziodemografische Analyse der Stadt Herten zu Grunde, auf deren Grundlage zu priorisierende Handlungsfelder identifiziert wurden. Datengrundlage bilden hierbei die Zahlen von IT.NRW und Berechnungen der eigenen Statistikstelle.
HANDLUNGSFELDER, THEMENSCHWERPUNKTE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	<p>Ausgehend von der soziodemografischen Bevölkerungsanalyse der Stadt Herten formuliert das Konzept insgesamt vier große Handlungsfelder, die für die Stadt Herten von besonderer Relevanz sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wohnen und Wohnumfeld • Wirtschaft und Arbeit • Bildung und Kultur • Gesundheit und Freizeit <p>In allen Handlungsfeldern und den entsprechenden Teilbereichen werden, theoretisch fundiert, zukünftige Handlungsbedarfe präzisiert.</p>
EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHREIBUNG	Ein Demografiebericht (Fortschrittsbericht) soll in Herten regelmäßig alle 5 Jahre erscheinen. Durch die Arbeit der Statistikstelle der Fachverwaltung Herten, die regelmäßig Statistiken zur Bevölkerungsentwicklung veröffentlicht, sowie die Arbeit der Fachstelle Demografische Entwicklung, wird eine kontinuierliche Beschäftigung mit den Auswirkungen des demografischen Wandels und der Wirksamkeit von Maßnahmen gewährleistet. Teilweise gilt es noch, projektbezogen valide Evaluationsinstrumente zu entwickeln, um die Wirksamkeit von Maßnahmen adäquat beurteilen zu können. Die demografische Basis, die in der Stadt Herten erarbeitet wurde, wird stetig in andere Fachbereiche integriert und bildet dort die Grundlage für Arbeitsprozesse zur Planung und Umsetzung von Stadtentwicklungsmaßnahmen. Darüber hinaus findet auf der Kreisebene ein regelmäßiges Demografie-Monitoring statt, welches die demografische Entwicklung aller kreisangehörigen Städte umfasst.
LEITPROJEKTE	<p>Innovative Bildungskonzepte: Die sogen. Demografiegewinne (Einsparungen durch Schulschließung aufgrund des Bevölkerungsrückgangs) wurden in demografiefeste Bildungsstrukturen, wie z.B. den Ausbau des Ganztags, der U3 Betreuung und Biografie begleitende Bildungsmaßnahmen investiert.</p> <p>Planraumleben – die Modellwohnung für barrierearmes und klimafreundliches Wohnen ist Beratungsstelle für alle Mieter/Eigentümer, die ihre Wohnungen/Häuser barrierefrei modernisieren und energetisch sanieren möchten: Eine Kooperation zwischen Stadt/Stadtwerken, örtlichen Fachbetrieben und der Hertener Wohnungsgenossenschaft (hwg). Online unter (12/2014) www.planraumleben.de</p> <p>Planung von „Demografiefesten Betrieben“ im Gewerbegebiet Schlägel & Eisen: Das Projekt hat das Ziel, den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitswelt (z.B. Fachkräftemangel, alternde Belegschaften usw.) durch die Förderung von demografiefesten kleineren und mittleren Betrieben zu begegnen. Hierzu sollen neu ansiedelnde Betriebe im Gewerbegebiet Schlägel & Eisen eine umfassende Demografieberatung sowie Unterstützung bei der Umsetzung von praktischen Maßnahmen des Demografiemanagements erhalten, um die Wettbewerbsfähigkeit im demografischen Wandel zu erhalten und zu stärken.</p>

3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK

HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG	Die Stadt Herten im Kreis Recklinghausen hat sich bereits ab dem Jahr 2001 konkret mit der demografischen Ausgangslage vor Ort beschäftigt, indem ein erster Bericht zur Bevölkerungsentwicklung erstellt wurde. Seit dem gab es verschiedene demografiepolitische Grundsatzbeschlüsse und Berichte, die von einer intensiven Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des demografischen Wandels Zeugnis ablegen. Auftakt des in 2009 verabschiedeten Handlungskonzeptes war die Sensibilisierung der Bevölkerung mit vielen Veranstaltungen und Dialogen mit allen Akteuren. Das hat mit dazu beigetragen, dass das Thema Demografie sich etabliert hat. Mit diesem Konzept sollen relevante Planungslücken für die demografische Planung geschlossen, Handlungserfordernisse aufgezeigt und Maßnahmen und Projekte auf den Weg gebracht werden. Durch das Konzept gibt es einen kontinuierlichen „roten Begleitfaden“, der in alle Überlegungen immer wieder mit einbezogen werden konnte.
VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK	Für die kommunale Bewältigung der Auswirkungen der demografischen Entwicklung braucht es aus Sicht der Stadt Herten vor allem familienfreundliche Konzepte in allen kommunalen Handlungsfeldern. Dies beinhaltet vor allem die Gewährleistung optimaler Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie die Versorgung, Teilhabe und Betreuung älterer Menschen. Dies beinhaltet auch, die Gruppe der älteren Menschen differenziert nach Alter und Bedarfslagen zu betrachten und die möglichst lange Erhaltung physischer Gesundheit und (geistiger) Mobilität zu fördern. Die Gestaltung des demografischen Wandels wird als Aufgabe aller kommunalen Akteure und nicht nur der Kommunalverwaltung alleine gesehen. So sieht sich die Kommune nicht in allen Handlungsfeldern als alleinigen Akteur, sondern auch als koordinierenden Moderator im demografischen Entwicklungsprozess. Neben der intrakommunalen Zusammenarbeit setzt Herten als kreisangehörige Stadt des Kreises Recklinghausen jedoch auch auf interkommunale Zusammenarbeit mit den anderen kreisangehörigen Kommunen durch ein Netzwerk von Demografiebeauftragten und -verantwortlichen, die sich zum regelmäßigen Austausch treffen, Veranstaltungen organisieren und ein demogr. Monitoring für den Kreis entwickelt haben. Ein Austausch findet darüber hinaus auch auf der Landesebene (NRW) durch das Netzwerk der Demografiebeauftragten statt. Eine ganzheitliche Betrachtung der Reichweite kommunaler Demografiepolitik beinhaltet jedoch auch eine Berücksichtigung der Haushaltslage. Der Verknappung von kommunalen Ressourcen, u.a. durch demografische Bewegungen („Schrumpfung“) und eine instabile

	<p>Wirtschaftslage, erfordern für eine längerfristige und nachhaltige kommunale Politik auch entsprechende Unterstützung des Landes und des Bundes. Die Stadt Herten nimmt ihre Verantwortung diesbezüglich wahr, indem sie einen Teil der Ressourcen, die durch demografische Maßnahmen eingespart werden, zur Umsetzung der im Rahmen des Konzeptes thematisierten Aufgaben und Zielen verwendet.</p>
<p>TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION</p>	<p>Die Teilhabe der Bürgerschaft ist ein tragendes Element des Strategiekonzeptes der „Mitmach-Stadt“ Herten, welche einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von fast 20% hat. Herten sieht eine besondere Aufgabe darin, geeignete Beteiligungsprozesse zu entwickeln, bei denen Menschen mit Migrationshintergrund ernst genommen werden und die Möglichkeit zur konkreten Teilhabe besteht, so dass sich die Menschen als agierende Bürgerinnen und Bürger der Stadt verstehen. Teilhabe wird dabei als Prozess verstanden, bei dem sich im Sinne von „Fördern und Fordern“ beide Seiten entsprechend einbringen müssen.</p>
<p>TRANSPARENZ UND ZUGÄNLICHKEIT</p>	<p>Mit der Einrichtung einer Fachstelle zur demografischen Entwicklung und dem Informationsportal auf der Internetpräsenz der Kommune mit einer Übersicht von Projekten sowie dem Konzept selbst, setzt Herten in Sachen Demografie auf Transparenz. Hierzu gehört auch, die regelmäßige Information der Bürgerschaft über demografische Prozesse, z.B. mit Hilfe von Flyer zu den Ergebnissen des Zensus 2011 für die Stadt Herten.</p>
<p>ALLGEMEINE BEWERTUNG</p>	<p>Die Stadt Herten ist in besonderem Maße vom allgemeinen Strukturwandel und den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen. Hinzu kommt ein geringer fiskalischer Spielraum und die Perspektive, aufgrund der sich bereits vollziehenden und der zukünftig prognostizierten Bevölkerungsbewegungen weitere Einbußen kommunaler Ressourcen hinnehmen zu müssen. Als Stadt mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund stellen sich für Herten in diesem Kontext zusätzlich Fragen gelingender Integration und der Urbarmachung von gesellschaftlichen und individuellen Potentialen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Die Stadt Herten hat die demografische Entwicklung bereits seit geraumer Zeit im Blick und hat dieser Entwicklung mit einem umfassenden Demografiekonzept und einer Fachstelle „Demografische Entwicklung“ Rechnung getragen. Das Konzept thematisiert auf Grundlage einer differenzierten Analyse wichtige kommunale Handlungserfordernisse und Herausforderungen.</p>

KÖLN

Handlungskonzept Demographischer Wandel

1. KURZPROFIL DER KOMMUNE		
NAME	Köln	
KREIS	Kreisfreie Stadt	
REGIERUNGSBEZIRK	Köln	
EINWOHNERZAHL	1.034.175	
FLÄCHE (KM²)	40.515	
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM²)	2.553, 4	
GEMEINDE Typ	Großstädte um 500 000 Einwohner und mehr	
HAUSHALTSSTATUS	3	
DEMOGRAFIETYP	Sozial heterogenes Zentrum der Wissensgesellschaft	
ALTERSSTRUKTUR	18 bis unter 65	66,8%
	Über 65	17,6%
	Über 80 (Hochaltrige)	4,6%
	Jugendquotient	26,9
	Altenquotient	27
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	17,1%	
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) 2030 GEGENÜBER 2011	1.112.271	110,4%
2. FORM UND INHALT DES DEMOGRAFIEKONZEPTES		
AUTOR(EN), JAHR UND TITEL	Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Amt für Presse -und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) (2006). Demographischer Wandel in Köln. Handlungskonzept Demographischer Wandel.	
ONLINE VERFÜGBAR UNTER (12/2014)	http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/handlungskonzept_demografischer_wandel.pdf	
KOORDINATION UND ANSPRECHPERSON(EN)	Amt für Stadtentwicklung und Statistik Stadthaus Deutz-Westgebäude Willy-Brandt-Platz 2 50679 Köln	
KONZEPT UND LEITBILD	Die Grundlage für das Demografiekonzept der Stadt Köln ist das Steuerungsmodell Demografischer Wandel des Deutschen Städtetages (2006). Das Handlungskonzept Demographischer Wandel ist auf der Grundlage einer kleinräumigen und stadtteilorientierten Analyse der Bevölkerungsstruktur erstellt worden. Die Stadt Köln hatte sich unabhängig von dem 2006 erstellten Konzept bereits 2003 ein Leitbild („Köln 2020“) mit demografischem Bezug gegeben, welches eine entsprechende Berücksichtigung fand.	
DATENGRUNDLAGE	Als Großstadt hat die Kommune Köln mit eigener Statistikabteilung die Möglichkeit aus Verwaltungsdaten der Fachverwaltung Statistiken zu generieren. Die Daten werden im „Data Warehouse“ der Statistik für Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit bereitgestellt. Zusätzlich sind thematische Veröffentlichungen („Pegel Köln“ bzw. Kölner Statistische Nachrichten oder das Statistische Jahrbuch) verfügbar. Grundlage für eine kleinräumige Beobachtung des demografischen Wandels sind Analysen der Bevölkerungs- und Haushaltestruktur sowie regelmäßige Einwohnerprognosen und Bevölkerungsumfragen alle drei bis fünf Jahre. Die Prognosen basieren auf Szenarien, die sich vor allem mit Zuwanderungen und ihrer Alters- und Regionalstruktur beschäftigen.	
HANDLUNGSFELDER, THEMENSCHWERPUNKTE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	Als zentrale und zu priorisierende Themen bzw. Handlungsfelder für Köln benennt das Handlungskonzept Demografischer Wandel (Teil I) die folgenden: <ol style="list-style-type: none"> 1. Arbeitsmarkt und Beschäftigung 2. Migration und Integration 3. Bildung, Qualifizierung, Gesundheit, Kinder und Jugendliche 4. Menschen im Alter 5. Wohnen 	

	<p>6. Versorgung mit Waren und Dienstleistungen 7. Mobilität</p> <p>In allen genannten Feldern gibt es auf Grundlage einer umfassenden statistischen Analyse des jeweiligen Handlungsfeldes Handlungsempfehlungen und Maßnahmenprogramme zur Umsetzung notwendiger Gestaltungs- und Anpassungsprozesse.</p>
EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHREIBUNG	<p>Das gegenwärtige Konzept sieht Auswertungen aus Umfragen vor (u.a. Demografie- und Integrationsumfragen), mit deren Hilfe, zusätzlich zu den statistischen Daten, auch Informationen zur Lebenssituation, dem erreichten Stand der Bildungsintegration und der Erwerbsbeteiligung bzw. der Teilhabe an gesellschaftlichen Chancen ermittelt werden sollten. Ausgehend von den Ergebnissen des Berichtsteils I, unternimmt die Stadt Köln ein regelmäßiges und kleinräumiges Monitoring mit den wichtigsten Kenngrößen des demografischen und des sozialen Wandels in Verbindung mit einer Wirkungsbeobachtung als Grundvoraussetzung zur Begleitung des demografischen Wandels. Zentrale Beobachtungsfelder sind hierbei Wirtschaft, Arbeitsmarkt, die Lebensverhältnisse der Kölner Bevölkerung, der Wohnungsmarkt, die Mobilität, der Wertewandel sozialer Milieus sowie die Einwohnerentwicklung.</p>
LEITPROJEKTE	<p>Das Kooperationsprojekt „Raumanalyse und Entwicklungsbeobachtung“ zwischen der Stadt Köln und dem Institut für intelligente Analyse- und Informationssysteme/IAIS der Fraunhofer Gesellschaft war die Basis für die Entwicklung eines Monitoringsystems, das inzwischen die wichtigen Handlungsfelder der Stadt abbildet. Das Monitoring wird sektorale Indizes für die Handlungsfelder „Demografischer Wandel“, „Soziale Lage“, „Wohnen“, „Bildung“, „Integration“, „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ sowie „Klima und Umweltschutz“ abbilden. Die auf das Jahr 2005 und die Situation von ganz Köln in diesem Jahr basierten bzw. zentrierten Indizes für die Stadt und ihre 86 Stadtteile werden schrittweise in den Produktionsbetrieb überführt.</p>
3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK	
HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG	<p>Der Rat der Stadt Köln hat durch einen Beschluss vom 29. August 2006 die Verwaltung beauftragt, „Grundlagen für ein Handlungskonzept zu den Auswirkungen des demographischen Wandels in Köln zu erarbeiten.“ Das Handlungskonzept sollte die Basis bieten, „Handlungsempfehlungen für zukünftige Strategien und Konzepte unter Berücksichtigung der einzelnen Stadtteilstrukturen sowie unter Beachtung stadtentwicklungspolitischer, bildungspolitischer, wirtschaftspolitischer und familienpolitischer Gesichtspunkte“ zu erarbeiten.</p>
VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK	<p>Die Stadt Köln orientiert sich am Prozessmodell des Deutschen Städtetages. Die für den Prozess des demografischen Wandels relevanten Handlungsfelder werden im Handlungskonzept (Teil II) auf der Basis einer aktuellen, kleinräumigen Einwohnerprognose mit Blick auf die sektorale Handlungsrelevanz dargestellt und mit dem Monitoring künftig beobachtet. Dieses System dient als Grundlage für zukünftige Strategien und Konzepte unter Berücksichtigung einzelner Stadtteilstrukturen und unter Beachtung stadtentwicklungspolitischer, bildungspolitischer, wirtschaftspolitischer und familienpolitischer Aspekte. Ein übergeordneter Anspruch ist die Berücksichtigung von Aspekten der Globalisierung und von Gender-Mainstreaming. Darüber hinaus möchte die kreisfreie Stadt Köln die Herausforderungen des demografischen Wandels mittels einer regionalen Zusammenarbeit und intrakommunaler Zusammenarbeit gestalten, da Demografie als Querschnittsaufgabe betrachtet wird. Ein weiterer integraler Bestandteil ist die Benennung von demografiesensibler Personalpolitik als wichtige Ressource, da speziell die Gruppe der 35 – 50 Jährigen als begehrte Zielgruppe gilt, für die ein „Kampf um Köpfe“ erwartet wird.</p>
TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION	<p>Sieht man von den Umfrageaktivitäten ab, entstand das Konzept ohne Bürgerbeteiligung. Künftig soll jedoch die Bürgerschaft auf Grundlage des entwickelten Konzeptes und des Monitoringsystems in den verschiedenen Handlungsfeldern einbezogen werden. Das Konzept selber, wird als erste Stufe eines Partizipationsprozesses betrachtet („Informieren und Handlungsbedarfe aufzeigen“). Im weiteren Verlauf sind kleinräumige, repräsentative Bürgerumfragen geplant, die auch Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte einbeziehen und die eine Bereitstellung der kleinräumigen Monitoringergebnisse im Internet umfassen. Das Monitoring ermöglicht eine Typisierung der beobachteten Teilräume in Bezug auf den aktuellen Status sowie die Dynamik der letzten Jahre.</p>
ALLGEMEINE BEWERTUNG	<p>Die Metropole Köln, eine der vier größten Städte in Deutschland, ist im kommunalen Wettbewerb als Wachstumsstadt, Wissenshochburg und Universitätsstadt weit geringer von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen als viele andere Städte. Dennoch hatte die Stadt Köln den demografischen Wandel schon vor geraumer Zeit auf der Agenda. Köln folgt dabei dem Modell des Deutschen Städtetages und kann aufgrund der kommunalen Ressource als Großstadt von den Instrumenten kleinräumiger Stadtteil- und Quartiersbetrachtungen profitieren.</p>

LANGENFELD

„Langenfeld – Unsere Zukunft“ – Risiken, Chancen und Potentiale der demografischen Entwicklung

1. KURZPROFIL DER KOMMUNE		
NAME	Langenfeld (Rhld.)	
KREIS	Mettmann	
REGIERUNGSBEZIRK	Düsseldorf	
EINWOHNERZAHL	56.982	
FLÄCHE (KM²)	41,15	
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM²)	1.384,8	
GEMEINDE Typ	Große Mittelstadt mit Zentrum, 50 000 Einwohner und mehr	
HAUSHALTSSTATUS	1	
STÄDTETYP/DEMOGRAFIETYP	Unternehmensstadt; Prosperierende Kommune im Umfeld dynamischer Wirtschaftszentren	
ALTERSSTRUKTUR	18 bis unter 65	62,2%
	Über 65	21,4%
	Über 80 (Hochaltrige)	5,3%
	Jugendquotient	30,0
	Altenquotient	35,6
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	8,2%	
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) 2030 GEGENÜBER 2011	58.719	99,3%
2. FORM UND INHALT DES DEMOGRAFIEKONZEPTES		
AUTOR(EN), JAHR UND TITEL	Stadt Langenfeld (Hrsg.) (2009 – 2011). Demografie in Langenfeld: Gesamtkonzept - Inhalt, Umfang, Auswirkungen und Steuerungskonzepte Teil 1: Erste Handlungsansätze 2003 - 2009 Teil 2: Demografische Entwicklung in Deutschland, Nordrhein-Westfalen und dem Kreis Mettmann Teil 3: Demografie in Langenfeld- Daten, Zahlen, Fakten - Teil 4: Projektgruppenarbeit / Bürgerbeteiligung / zukünftige Handlungsfelder	
ONLINE VERFÜGBAR UNTER (12/2014)	http://langenfeld.active-city.net/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=138&waid=157&item_id=861832&oldrecord=79768&oldmodul=5&olddesign=0&oldkeyword=0&oldeps=20&oldaz=all&oldcat=0&fsize=1&contrast=0	
KOORDINATION UND ANSPRECHPERSON(EN)	Cordula Theis (Koordination demografische Entwicklung) Rathaus Zimmer 041 Konrad-Adenauer-Platz 1 40764 Langenfeld Telefon: 02173 794-2150 E-Mail: cordula.theis@langenfeld.de	
DEMOGRAFIEBEAUFTRAGTE	Marion Prell (1. Beigeordnete) Rathaus Zimmer 104 Konrad-Adenauer-Platz 1 40764 Langenfeld Telefon: 02173 794-2000 E-Mail: marion.prell@langenfeld.de	

KONZEPT UND LEITBILD	<p>Die Stadt Langenfeld gehört zu den frühen Vorreitern einer kommunalen Demografiepolitik. Langenfeld arbeitet eng mit den Ministerien in NRW zusammen und gilt vielfach als Impulsgeber für andere Kommunen. Die Steuerung des demografischen Wandels ist seit über 10 Jahren ein zentrales Thema der Stadt Langenfeld und wurde als „kommunale Pflichtaufgabe“ definiert. Oberstes Ziel hierbei ist es, der allgemeinen Schrumpfungstendenz entgegen zu arbeiten.</p> <p>Langenfeld sieht dabei eine intensive Beschäftigung mit der Bevölkerung und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit als Grundvoraussetzung zur Steuerung des demografischen Wandels. Das Langenfelder Demografiekonzept umfasst gegenwärtig vier Bände, die zwischen 2009 und 2011 entstanden sind und um jährliche Demografieberichte, als Monitoring – und Evaluationsinstrument, ergänzt werden. Das Konzept entstand auf der Grundlage vorheriger Strategiepapiere zur Senioren- und Familienfreundlichkeit, die in diesem Konzept aufgegangen sind. Langenfeld versteht sich heute als Zukunftsort für alle Generationen, in dem sich Menschen – auch im Alter – wohlfühlen können, ohne an Lebensqualität zu verlieren.</p>
SOZIODEMOGRAFISCHE ANALYSE	<p>Teil 2 des Handlungskonzeptes enthält eine umfassende soziodemografische Bestandsaufnahme von Europa, Deutschland, Nordrhein-Westfalen sowie dem Kreis Mettmann. Ausgehend von einer differenzierten Analyse werden die demografischen Auswirkungen für die folgenden Handlungsfelder analysiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wohnungsmarkt • Kranken- und Pflegeversorgung • Arbeitsmarkt • Bildungssektor • Kinder- und Jugendarbeit • Migration • kommunale Daseinsvorsorge
BESTANDSANALYSE	<p>Teil 3 des Handlungskonzeptes beinhaltet eine differenzierte und kleinräumige, d.h. Stadtteilorientierte Bestandsanalyse von Langenfeld. Hierbei wurde die gesamte lokale Angebots- und Infrastruktur, bezogen auf die einzelnen Stadtteile, untersucht und graphisch aufbereitet. Dies beinhaltet u.a. Altenheime, Altenstuben, Altentagesstätten, Apotheken, Ärzte, Banken, Bäckereien, Familienzentren, Kindergärten, Krankenhäuser, Lebensmittelgeschäfte, Pflegedienste, Poststationen, Religionsgemeinschaften und Schulen.</p>
BEDARFSANALYSE	<p>Die Bedarfe der Bürgerschaft wurden einerseits aus der soziodemografischen Analyse und der Bestandsanalyse abgeleitet. Ergänzend hierzu gab es Seniorenbefragungen (2003, 2007), sowie zahlreiche partizipative Bürgerangebote im Rahmen von Projektgruppen zu thematischen Schwerpunktthemen.</p>
HANDLUNGSFELDER, THEMENSCHWERPUNKTE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	<p>Die Stadt Langenfeld thematisiert in ihrem Demografiekonzept sowie den jährlich erscheinenden Demografieberichten insbesondere drei übergeordnete thematische Schwerpunkte: Den Fachbereich Stadtentwicklung, den Fachbereich Soziales sowie den Fachbereich Jugend, Schule, Sport. Im Rahmen des Demografiekongresses (2011) wurden hierzu gemeinsam mit der Bürgerschaft Zielvorstellungen erarbeitet aus denen sich wiederum spezifische Handlungsempfehlungen und Maßnahmenprogramme ableiten.</p>
EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHREIBUNG	<p>Es wird jährlich ein neuer Demografiebericht herausgegeben (2012 – 2014), der als Evaluations- und Monitoringinstrument dient. Online verfügbar unter: http://langenfeld.active-city.net/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=138&waid=157&item_id=863623&oldrecord=79768&oldmodul=5&olddesign=0&oldkeyword=0&oldeps=20&oldaz=all&oldcat=0&fsize=1&contrast=0</p>
LEITPROJEKTE	<p>In Langenfeld gibt es eine Vielzahl positiver und ausgezeichneter Projekte. Hierzu gehören u.a. ein Seniorenfreundliches Rathaus und Seniorenbüro (2003), ein Seniorenratgeber für Menschen ab 55 (2005), die Freiwilligenagentur Langenfeld, die Seniorenmesse Langenfeld (2005 – 2008), das Netzwerk Demenz und Demenztage bzw. -wochen, ein Demenzfilm (zusammen mit Bodo Beuchel), Demenz-Cafés, Internetcafés für Senioren, die Stabsstelle für Familienangelegenheiten, zertifizierte Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter als kommunale Familienmanager (MFKJKS NRW, Ruhr-Universität Bochum), Begrüßungsbesuche bei jungen Eltern durch städtische Familienhebammen und Begrüßungspakete, Sprachförderung in Kindertagesstätten, ein Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut usw. Ein besonderer Fokus der Stadt Langenfeld liegt auf der Quartiersentwicklung. Hier arbeitet Langenfeld u.a. mit dem zuständigen Ministerium in NRW und der Universität Köln zusammen. Online verfügbar unter: http://langenfeld.active-city.net/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=138&waid=157&item_id=861831&oldrecord=87449&oldmodul=5&olddesign=0&oldkeyword=0&oldeps=20&oldaz=all&oldcat=0&fsize=1&contrast=0</p>
3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK	
HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG	<p>Die Stadt Langenfeld ist, anders als andere Städte, weniger stark von Schrumpfungstendenzen betroffen, erwartet wird jedoch auch in Langenfeld eine starke Alterung der Bevölkerung. Die Zunahme der älteren Bevölkerung und der Anspruch, kommunale Politik an den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten, war hierbei eine besondere Motivation von Langenfeld.</p>

VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK	Die Langenfelder Herangehensweise an demografische Herausforderungen ist an den konkreten Bedürfnissen der Bevölkerung und an effektiv umsetzbaren Maßnahmen zur Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität der örtlichen Bevölkerung orientiert. Bei der Generierung von Maßnahmenprogrammen wird in besonderem Maße Wert auf die Wünsche und Forderungen der Bürgerschaft gelegt.
TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION	Partizipation und Bürgerbeteiligung sind essentielle Bestandteile des Demografiekonzeptes der Stadt Langenfeld. Um diesem Anspruch zu genügen wurden entsprechende Mittel bereitgestellt um im Jahre 2011 einen „Demografiekongress“ mit über 200 interessierten Vertretern der Bürgerschaft durchzuführen. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Langenfeld hatten im Rahmen des Kongresses die Möglichkeit, Anregungen, Wünsche und Interessen für die weitere Zukunftsplanung einzubringen. Hierzu wurden mittels thematischer Workshops zu den vorrangigen Themenfeldern entsprechende Lösungen und Empfehlungen erarbeitet. In Band 4 des Demografiekonzeptes sind sowohl das Vorgehen, als auch die aus den Workshops hervorgegangenen Ergebnisse und Handlungsziele ausführlich dargestellt.
TRANSPARENZ UND ZUGÄNGLICHKEIT	Die Stadt Langenfeld hat eine vorbildliche und übersichtliche Internetpräsenz, auf der der Themenbereich Demografie fest verankert ist. Interessierte Bürgerinnen und Bürger erhalten hier Zugriff auf das Demografiekonzept sowie die jährlich erscheinenden Demografieberichte (zuletzt 2014). Mit Hilfe des Demografieberichtes geht die Stadt Langenfeld transparent mit den demografischen Entwicklungen um, und klärt regelmäßig über den Stand der Umsetzung sowie die Initiierung von neuen Projekten auf.
ALLGEMEINE BEWERTUNG	Die Stadt Langenfeld gehört zu den Vorreitern in Sachen kommunales Demografie-Management. Bereits Anfang 2000 brachte die Stadt eine systematische konzeptionelle Beschäftigung mit dem Thema Demografie auf den Weg. Eine erste Fundierung war hierbei der „Seniorenbericht 2030“ (2003 – 2006). Auf dieser Grundlage erschien 2007 ein zweites demografisches Grundsatzpapier welches das Themenfeld Familien fokussierte. Ab 2009 widmete sich Langenfeld konkret und umsetzungsorientiert dem Thema Demografie, in dem bis 2011 ein vier Teile umfassendes Demografiekonzept generiert wurde, welches die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger ebenso berücksichtigt wie die kleinräumigen, soziodemografischen Veränderungen der Kommune. Für Langenfeld ist das Thema Demografie keine punktuelle Erscheinung, sondern der Prozess der demografischen Gestaltung wird von der Demografiebeauftragten und den zuständigen Fachbereichen kontinuierlich vorangetrieben.

MÜNSTER

Handlungskonzept demografischer Wandel in Münster: Demografiebericht, Demografieleitbild und Steuerungszyklus
demografieorientierte Stadtentwicklung

1. KURZPROFIL DER KOMMUNE		
NAME	Münster	
KREIS	(kreisfrei)	
REGIERUNGSBEZIRK	Münster (Sitz der Bezirksregierung)	
EINWOHNERZAHL	299.708	
FLÄCHE (KM ²)	303,28	
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM ²)	988,2	
GEMEINDETYP	Kleine (kreisfreie) Großstadt mit unter 500.000 Einwohnern	
HAUSHALTSSTATUS	3	
STÄDTETYP/DEMOGRAFIETYP	Groß- und Universitätsstadt; Urbanes Zentrum mit heterogener wirtschaftlicher und sozialer Dynamik	
ALTERSSTRUKTUR	18 bis unter 65	68,5%
	Über 65	16,7%
	Jugendquotient	25,7
	Altenquotient	25,2
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	8%	
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) 2030 GEGENÜBER 2011	326.892	116,8%
2. FORM UND INHALT DES DEMOGRAFIEKONZEPTE		
AUTOR(EN), JAHR UND TITEL	<p>Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung (Hrsg.) (2008): Handlungskonzept Demografischer Wandel in Münster. Demografiebericht, Demografie-Leitbild und Steuerungszyklus für eine demografieorientierte Stadtentwicklung.</p> <p>Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung (Hrsg.) (Stand 2013): Gesamtstädtisches Demografie-Barometer 2005 – 2010.</p> <p>Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung (Hrsg.) (2009): Demografieumfrage 2009.</p> <p>Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung (Hrsg.) (2012): Stadtteilorientierter Demografie-Atlas.</p>	
ONLINE VERFÜGBAR UNTER (12/2014)	https://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/strategie-demografie.html	
KOORDINATION UND ANSPRECHPERSON(EN)	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung	
KONZEPT UND LEITBILD	<p>Das Demografiekonzept der Stadt Münster orientiert sich methodisch am Modell des Deutschen Städtetages (2006) zur prozessorientierten und integrierten Stadtentwicklungsplanung im demografischen Wandel. Das Handlungskonzept umfasst dabei im Wesentlichen einen Demografiebericht, ein demografiepolitisches Leitbild und ein Steuerungsmodell. Das demografiepolitische Steuerungsmodell beinhaltet folgende Elemente:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Standortbestimmung und Perspektiven • Münsterprofil und Demografie-Leitbild • Handlungsprogramme/Strategien festlegen • Projekte/Maßnahmen bündeln • Monitoring, Evaluation, Fortschreibung <p>Auf der Grundlage einer demografischen Standortanalyse von Münster wurde ein demografiepolitisches Leitbild (attraktiv, generationengerecht, partnerschaftlich) entwickelt, aus dem heraus eine Definition von relevanten Handlungsfeldern und notwendigen Maßnahmen erfolgte.</p> <p>Ziel ist eine demografisch ausgeglichene Gesellschaft, die als Chance betrachtet wird, soziale Ungleichheit u.U. zu reduzieren.</p>	

	Ein kontinuierliches Demografie-Monitoring und die regelmäßige Fortschreibung auf Grundlage von Evaluationen (regelmäßigen Berichtswesens), sind tragende Elemente des Steuerungszyklus. Aufgabe des Demografiekonzeptes ist es, einen ganzheitlichen Orientierungsrahmen für die zukünftige Stadtentwicklung zu geben. Demografie wird dabei als Querschnittsaufgabe verstanden, welche im Bereich Stadtentwicklung verortet ist und Grundlagen für das Handeln anderer Ressort bereitstellt.
DATENGRUNDLAGE	Ausgangspunkt für das Münsteraner Demografiekonzept ist eine umfassende und differenzierte soziodemografische Analyse und Prognose bis hinunter auf die Stadtteilebene. Die Stadt Münster erstellt seit 1974 alle 2 Jahre eine kleinräumige Bevölkerungsprognose, um bestimmte Alterskohorten präzise betrachten und kommunale Bedarfe adäquat einschätzen zu können. Ergänzend hierzu verwendet die Stadt Münster neben eigenen Daten auch Material aus den koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen und von IT.NRW.
HANDLUNGSFELDER, THEMENSCHWERPUNKTE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	Die Stadt Münster hat sich bereits vor der Generierung eines Handlungskonzeptes in einzelnen Fachbereichen mit den Auswirkungen des demografischen Wandels beschäftigt. Im Vorfeld der Konzeptlegung wurde daher eine Befragung der einzelnen Fachbereiche durchgeführt, um die bisherigen Handlungsansätze und Projekte zu erfassen und thematisch zu bündeln. Die so erfassten Projekte wurden insgesamt neun Handlungsfeldern zugeordnet: <ul style="list-style-type: none"> • Kinder, Jugend und Familie • Bildung und Wissenschaft • Wirtschaft und Arbeitsmarkt • Haushaltsstrukturen und Wohnungsmarkt • Lebensqualität • Seniorinnen und Senioren • Migration und Integration • Öffentliche Finanzen • Regionale Kooperation Die Stadt Münster verfolgt dabei eine Attraktivitätsstrategie, die sich primär auf folgende Handlungsfelder und Leitideen bezieht: <ul style="list-style-type: none"> • Hochschulorientierte Stadtentwicklung • Münster als Gesundheitsstadt • Münster als attraktiver Standort für Bildung und Ausbildung • Stärkung des Wohnstandortes Münster • Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität in Münster • Münster als Generationengerechte Stadt
EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHREIBUNG	Die Stadt Münster führt ein regelmäßiges Berichtswesen zum demografischen Wandel durch. Monitoring, Evaluation und Fortschreibung sind integrale Bestandteile des Münsteraner Demografie-Management Prozesses. Zur Evaluation von Projekten gibt es einen Indikatoren-Pool, der im Sinne eines „Demografie-Checks“ bei der Erstellung von Vorlagen für die einzelnen Fachbereiche eine Orientierung bieten soll. Dieses Verfahren soll demnächst entsprechend aktualisiert werden. Die Stadt Münster hat ein gesamtstädtisches und quartiersbezogenes demografisches Beobachtungs- und Frühwarnsystem („Demografie-Barometer“) entwickelt. Hierbei wurden mittels verschiedener Indikatoren der Bevölkerungs- und Haushaltsstatistik Kennzahlen definiert, die der Früherkennung von demografischen Problemlagen dienen sollen.
LEITPROJEKTE	Demografie-Barometer, Demografie-Leitbild, Demografie-Check Online verfügbar unter: http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/strategie-demografie.html (12/2014)

3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK

HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG	Die Kommune Münster hat bereits im Jahr 2003 begonnen sich mit dem demografischen Wandel auseinanderzusetzen. Erster Anknüpfungspunkt war hierbei das Thema „Wohnen im Alter“. Etwa 2004/2005 wurde das Planungsamt beauftragt als „Kümmerer“ das Thema in die gesamte Kommunalverwaltung hineinzutragen. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe erstellte im Jahre 2005 einen ersten „Werkstatt-Bericht“ zu den demografischen Entwicklungen vor Ort. Darüber hinaus wurde ab 2012/13 mit dem Bezugsjahr 2010 ein Demografie-Monitoring eingesetzt, um die Entwicklungen in der Stadt Münster im Blick zu haben. Die Entwicklung des Steuerungsmodells demografischer Wandel hat das Ziel, die Stadt Münster „demografie-fest“ zu machen.
VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK	Die Auswirkungen des demografischen Wandels betreffen alle kommunalen Politikfelder. Die Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge erfordert daher ein ressort- und handlungsfeldübergreifendes strategisches und prozessorientiertes Management. In Anlehnung an die Empfehlungen des Deutschen Städtetages hat die Stadt Münster daher ein solches demografiepolitisches Prozessmodell entwickelt, welches ausgehend von einer demografischen Analyse und einem demografiepolitischen Leitbild nachhaltige und zukunftsbeste Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels geben will. Hierzu ist neben der Prozessorientierung und dem kontinuierlichen Demografie-Monitoring auch eine konstruktive intra- und interkommunale Zusammenarbeit und Kommunikation aller Akteure notwendig, denn ohne die Beteiligung und den Willen zur Mitwirkung, kann die Bewältigung der Herausforderung demografischer Wandel nach Auffassung der Stadt Münster nicht gelingen.

TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION	<p>Die Stadt Münster hat seit dem Beginn der systematischen Beschäftigung mit dem demografischen Wandel im Jahre 2003 eine Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen (z.B. Gesprächsforen und Stadtgespräche) durchgeführt, um die Öffentlichkeit und kommunale Akteure in den Prozess einzubinden. Zukünftig ist die Stadt Münster bestrebt, die Informations- und Beteiligungsformen im Kontext der Bewältigung des demografischen Wandels weiter auszubauen. Hierzu soll neben der regelmäßigen Veröffentlichung von Status-Berichten ein stetiger Austausch mit der Öffentlichkeit initiiert werden. Diese adäquaten Beteiligungsformen gilt es jedoch noch zu entwickeln.</p>
TRANSPARENZ UND ZUGÄNGLICHKEIT	<p>Münster hat sich früh bemüht, die Öffentlichkeit für die demografischen Entwicklungen zu sensibilisieren. Auf der Internetpräsenz des Amtes für Stadtplanung, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung befindet sich eine Übersicht mit allen demografierelevanten Dokumenten der Stadt Münster. Durch das (regelmäßig) veröffentlichte und periodisch aktualisierte Demografie-Barometer haben die Bürgerinnen und Bürger darüber hinaus selbst die Möglichkeit, sich über die demografischen Kennzahlen in Kenntnis zu setzen. Zusätzlich veröffentlicht die Stadt Münster auch regelmäßig (Informationsbroschüren) statistisches Datenmaterial, zur kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung (etwa Berichte und Statistiken SMS „Statistik für Münsters Stadtteile“) und zur demografischen Lage.</p>
ALLGEMEINE BEWERTUNG	<p>Münster als demografisch (noch) wachsende Stadt ist von vielen demografischen Themenfelder nicht so stark betroffen wie andere Städte. Gleichzeitig gibt es im Zuge des demografischen Wandels Entwicklungen, die auch die Stadt Münster vor neue Herausforderungen stellen. Im Bereich Wohnungsmarkt z.B. stark steigende Mieten und wenig Wohnraum für junge Familien und Studenten sowie „davon galoppierende“ Grundstücks- und Mietpreise. Die aktuellen Entwicklungen gefährden das Bemühen Münsters, als Bildungsstandort und Wohnort für junge Familien attraktiv zu bleiben. Auch eine Universitätsstadt altert, das zeigt ein Blick in die Entwicklung der Altersgruppen 65 plus. Auch hier steht die Stadt vor Herausforderungen, die mit einer alternden Stadtgesellschaft einhergehen. Die Komplexität des Themas Demografie gerät in diesem Kontext zuweilen in den Hintergrund. Der demografische Wandel wird von der Stadt Münster als kontinuierlichen Gestaltungsauftrag angenommen. Mit Hilfe eines demografiepolitischen Steuerungsmodells zur Anpassung und Gestaltung des demografischen Wandels sowie dem permanenten Demografie-Monitoring bis runter auf die Stadtteilebene, hat die Kommune die demografische Entwicklungen stets im Blick und gibt den unterschiedlichen Fachbereichen eine adäquate Handlungsgrundlage.</p>

NEUSS

Abschlussbericht der Enquêtekommission: **Handlungskonzept Demographie** Neuss am Rhein: Auf dem Weg – 2013>2030>2050

1. KURZPROFIL DER KOMMUNE		
NAME	Neuss (kreisangehörige Stadt)	
KREISSITZ	Rhein-Kreis Neuss	
REGIERUNGSBEZIRK	Düsseldorf	
EINWOHNERZAHL	152.252	
FLÄCHE (KM²)	99,53	
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM²)	1.529,7	
GEMEINDE Typ	Kleine Großstadt, Großstädte unter 500 000 Einwohner	
HAUSHALTSSTATUS	1	
STÄDTETYP/DEMOGRAFIETYP	Unternehmensstadt; Prosperierende Kommune im Umfeld dynamischer Wirtschaftszentren	
ALTERSSTRUKTUR	18 bis unter 65	61,9%
	Über 65	20,2%
	Über 80 (Hochaltrige)	4,8%
	Jugendquotient	32,8
	Altenquotient	33,0
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	12,4%	
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) 2030 GEGENÜBER 2011	152.576	100,8%
2. FORM UND INHALT DES DEMOGRAFIEKONZEPTE		
AUTOR(EN), JAHR UND TITEL	Stadt Neuss und Enquêtekommission „Handlungskonzept Demographie“ (Hrsg.) (2013): Abschlussbericht der Enquêtekommission: Handlungskonzept Demographie Neuss am Rhein: Auf dem Weg – 2013>2030>2050	
ONLINE VERFÜGBAR UNTER (12/2014)	http://www.neuss.de/leben/soziales/themen-und-lebenssituationen/enquete-kommission-demografischer-wandel	
KOORDINATION UND ANSPRECHPERSON(EN)	Ingeborg Begalke Telefon: 02131 90-2034 E-Mail: ingeborg.begalke@stadt.neuss.de	
KONZEPT UND LEITBILD	Die Stadt Neuss hat demografisch und ökonomisch im Vergleich zu anderen Städten eine gute Ausgangsbasis. Oberstes Ziel der Stadt ist es, den Bevölkerungsstand oberhalb von 150.000 Einwohnern zu halten. Um dieses Ziel im Zuge des kommunalen Wettbewerbs realisieren zu können und zugleich ein „familienfreundlicher Standort“ zu bleiben, ist eine Neuorientierung bzgl. der Finanz- und Haushaltspolitik, wie auch der Flächen- und Siedlungspolitik notwendig. Das Demografiekonzept soll diese demografiepolitische Neuausrichtung der Stadt Neuss entsprechend fokussieren und unterstützen. Die Stadt Neuss sieht in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit, ein Leitbild für eine „attraktive Stadt“ zu erarbeiten. Auf der Stadtebene wird derzeit der Flächennutzungsplan (FNP) als Leitbild betrachtet, während der Gebietsentwicklungsplan (GEP) das Leitbild für die Gemeindeentwicklung darstellt.	
DATENANALYSE	Das Handlungskonzept der Stadt Neuss enthält einen ausführlichen Datenteil, der die aktuelle Situation und zukünftige Entwicklungsszenarien bis 2050 thematisiert. Datenbasis der Berechnungen war der örtliche Bevölkerungsstand mit Hauptwohnsitz in Neuss auf Grundlage des Einwohnermelderegisters zum 31.12.2011. Hierbei wurden mit zwei unterschiedlichen Prognosevarianten – einer <i>pessimistischen</i> und einer <i>optimistischen</i> – agiert. Die demografische Situation der Stadt Neuss wird nicht isoliert betrachtet, sondern vor dem Hintergrund der regionalen Verortung und den Entwicklungen der Nachbarstädte – mit dem Ziel, eine langfristige interkommunale Zusammenarbeit zu fokussieren. Intrakommunal wird vor diesem Zusammenhang auch auf das Sozialmonitoring der Stadt Neuss verwiesen, welches die erarbeiteten Handlungsempfehlungen auf Stadtteil- und Quartiersebene begleiten soll.	

HANDLUNGSFELDER, THEMENSCHWERPUNKTE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	<p>Die Enquête-Kommission definiert in dem Neusser Demografiekonzept sieben zentrale Themenschwerpunkte und Handlungsfelder bzw. -strategien:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einwohnerzahl und Stadtentwicklung am Demografischen Wandel ausrichten! 2. Kommunalfinanzen, Prioritäten und Leistungsfähigkeit nachhaltig beachten! 3. Anpassungsstrategien und Sicherung der Infrastruktur entwickeln und gewährleisten – Umbau, Rückbau, Ausbau! 4. Kommunale Wohnungs- und Siedlungspolitik im Demografischen Wandel definieren! 5. Standortqualität weiter entwickeln und Arbeitsplätze sichern! 6. In regionalen Kooperationen denken und handeln! 7. Die Demografische Herausforderung dauerhaft und nachhaltig auf der Agenda behalten. <p>Zu allen strategischen Handlungsschwerpunkten werden in dem Demografiekonzept begründete, detaillierte und präzise Maßnahmen empfohlen sowie Zielvorstellungen und Nutzen formuliert.</p>
EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHRIBUNG	<p>Das Demografiekonzept sieht vor, das Thema Demografie regelmäßig nach Ratswahlen und vor Ende der Wahlperioden auf die Tagesordnung zu setzen und aktualisierte Analysen, Maßnahmen und Evaluationen zu diskutieren bzw. zu veranlassen. Die Stadt Neuss verfügt außerdem bereits über eine sehr kleinräumige, d.h. Stadtteils- und quartiersbezogene Datenbasis zur örtlichen Bevölkerung. Das Neusser Sozialmonitoring soll entsprechend zu einem Demografiemonitoring fortentwickelt werden, welches als Garant einer nachhaltigen Prozesssteuerung und als Grundlage zur Generierung von Maßnahmenprogrammen betrachtet wird.</p>
LEITPROJEKTE	<p>Ein kontinuierliches Sozial- und Demografiemonitoring wird als essentielle Basis für demografiepolitisches Handeln betrachtet. Das Neusser Sozialmonitoring wird hierbei als vorbildlich betrachtet und soll entsprechend ausgebaut werden.</p>

3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK

HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG	<p>Die Stadt Neuss hat zur Entwicklung ihres Demografiekonzeptes nach Vorbild des Bundes und des Landes eine Enquête-Kommission mit Sachverständigen aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung sowie Ratsmitglieder verschiedener Fraktionen konstituiert, die nicht-öffentlich und somit abseits des tagespolitischen Geschäfts tagen konnte. Insgesamt war ein Bearbeitungszeitraum von 15 Monaten vorgesehen. In dieser Zeit tagte die Kommission insgesamt 14 Mal, also ca. im 4-Wochen-Rhythmus. Ziel war es, die verschiedenen bereits vorhandenen konzeptuellen Ansätze der Stadt Neuss zu berücksichtigen und in einem Demografiekonzept entsprechend zu bündeln.</p>
VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK	<p>Das Demografiekonzept der Stadt Neuss setzt insbesondere auf fiskalische Handlungsfähigkeit als Grundvoraussetzung für kommunales Demografiemanagement überhaupt. Demografie wird hierbei als Querschnittsaufgabe verstanden, die die Potentiale aller Altersgruppen mitberücksichtigen sollte. Als zentrale Aspekte werden in diesem Zusammenhang die interkommunale und regionale Zusammenarbeit, die Bereiche Infrastruktur und Wohnen sowie ein Masterplan Wirtschaftsförderung betrachtet.</p>
BEZÜGE UND WECHSELWIRKUNGEN	<p>Die Beschäftigung mit den Auswirkungen des demografischen Wandels ist für die Stadt Neuss nicht neu. Demografische Aspekte sind in unterschiedlicher Weise bereits Grundlage und Gegenstand anderer Stadtentwicklungsstrategien gewesen. Neuss hat erkannt, dass sich intrakommunal verschiedene Fachbereiche mit dem Thema befassen. Eine koordinierende und strategische Gesamtperspektive auf das Thema Demografie war jedoch noch unzureichend. Bei der Entstehung des Demografiekonzeptes der Stadt Neuss, wurden daher bisherige konzeptuelle Ansätze entsprechend mitberücksichtigt.</p>
TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION	<p>Die Akzeptanz demografiepolitischer Maßnahmen durch die örtliche Bevölkerung wird als essentiell betrachtet. Die Entwicklung des Demografiekonzeptes beinhaltet somit auch von vornherein partizipative Elemente und keine „bottom-down“-Politik. Auf der Homepage der Stadt Neuss hatte die interessierte Bürgerschaft sowie gesellschaftliche Interessenvertreter die Gelegenheit, eigene Anliegen, Ideen und Anregungen einzubringen. Darüber hinaus gab es eine Bürgerbefragung, mit einer (nicht repräsentativen) Zufallsauswahl. Die Beiträge und Ergebnisse dieser Verfahren wurden bei den Sitzungen dann entsprechend mit berücksichtigt. Die Umsetzung der Maßnahmen sind nach Auffassung der Kommission nur mit der Mitwirkung aller gesellschaftlich relevanter Bevölkerungsgruppen möglich.</p>

TRANSPARENZ UND ZUGÄNGLICHKEIT	<p>Die Sitzungen der von der Verwaltung beauftragten Enquête-Kommission waren nicht öffentlich. Die Bürgerschaft hatte einerseits die Möglichkeit sich über interaktive Verfahren zu beteiligen, andererseits fanden auch eine Befragung und ein Workshop in Zusammenarbeit mit dem Difu (Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin) statt. Dokumente zum gesamten Prozess, so wie das Konzept selbst sind auf der Internetseite der Stadt Neuss hinterlegt. Durch den lang und breit angelegten Meinungsbildungsprozess konnte das Konzept einstimmig im Rat verabschiedet werden.</p>
ALLGEMEINE BEWERTUNG	<p>Die Kommune Neuss hat sich des Themas demografischer Wandel in vorbildlicher und systematischer Weise angenommen. Die Konstituierung einer Enquête-Kommission nach Vorbild des Bundes und des Landes, mit Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft sowie die Einbindung der Bürgerschaft und gesellschaftlicher Interessenvertreter, führten zu einem fundierten und umfassenden demografiepolitischen Konzept. Auf Grundlage einer differenzierten und kleinräumigen Datenanalyse und der Berücksichtigung und zukünftigen Implementierung von Monitoring-Daten konnten wichtige Handlungsfelder und -erfordernisse herausgestellt und sowohl durch bürgerschaftliche Beteiligung und Akzeptanz, wie auch durch kommunalpolitische Beschlüsse, legitimiert werden. Zugleich wird die Gestaltung des demografischen Wandels als dauerhafter Prozess verstanden, der eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Demografiekonzeptes notwendig macht.</p>

SIEGEN

Demografischer Wandel

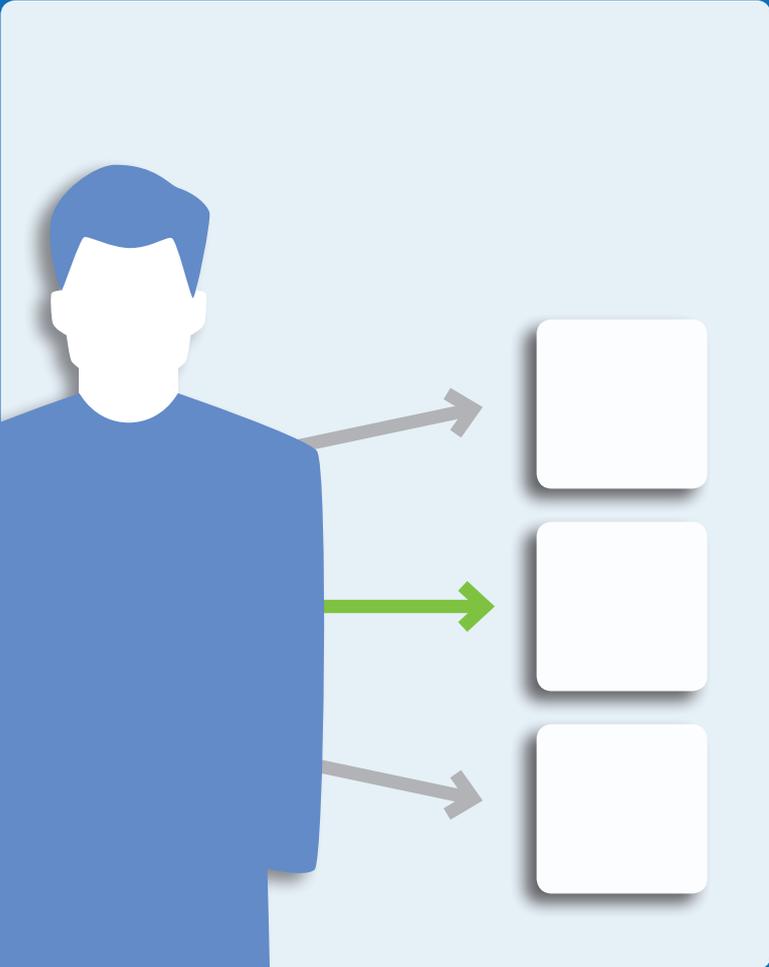
1. KURZPROFIL DER KOMMUNE		
NAME	Siegen (Kreissitz)	
KREISSITZ	Siegen-Wittgenstein	
REGIERUNGSBEZIRK	Arnsberg	
EINWOHNERZAHL	102.234	
FLÄCHE (KM ²)	114,69	
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM ²)	866,7	
GEMEINDETYP	Kleine Großstadt, Großstädte unter 500 000 Einwohner	
HAUSHALTSSTATUS	4	
STÄDTETYP/DEMOGRAFIETYP	Industriestadt; Mittelgroße Kommune mit geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum	
ALTERSSTRUKTUR	18 bis unter 65	64%
	Über 65	20,5%
	Über 80 (Hochaltrige)	5,5%
	Jugendquotient	27,7
	Altenquotient	32,3
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	9,5%	
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) 2030 GEGENÜBER 2011	95.361	92,2%
2. FORM UND INHALT DES DEMOGRAFIEKONZEPTES		
AUTOR(EN), JAHR UND TITEL	Arbeitsgruppe Demografie der Stadt Siegen (seit 2008)	
ONLINE VERFÜGBAR UNTER (12/2014)	http://www.siegen.de/standard/page.sys/details/eintrag_id=6407/content_id=6694/792.htm	
KOORDINATION UND ANSPRECHPERSON(EN)	Stadt Siegen Geschäftsstelle Demografie Fr. Anja Heiden (Geschäftsführerin) Rathaus/Markt 2 57072 Siegen Telefon: 0271 404-2104 Telefax: 0271 53246 E-Mail: a.heiden@siegen.de	
KONZEPT UND LEITBILD	Die Stadt Siegen hat im Jahre 2008 auf den demografischen Wandel mit der Implementierung einer Arbeitsgruppe Demografie durch den damals frisch gewählten Bürgermeister Steffen Mues (CDU) reagiert. Die „AG Demografie“ setzt sich aus den unterschiedlichen Fachbereichsleitern der Kommunalverwaltung der Stadt Siegen zusammen. Ziel war es, im Zuge der Gestaltung des demografischen Wandels eine fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit zu initiieren. Demografie wird als Querschnittsaufgabe verstanden, mit dem Ziel, den Auswirkungen des demografischen Wandels fachübergreifend zu begegnen, um so die Zukunftsfähigkeit der Stadt Siegen zu gewährleisten. Hierzu wurde eine übergeordnete Handlungsstrategie entwickelt, auf deren Grundlage Handlungsfelder definiert wurden, die als Rahmen für die Projekt- und Maßnahmenentwicklung dienen.	
DATENGRUNDLAGE	Für die Stadt Siegen liegt eine soziodemografische und kleinräumige Bevölkerungsanalyse vor, die alle Altersgruppen differenziert nach Stadtteilen betrachtet. Der demografische Fokus wird aber nicht nur auf die Bevölkerung gelegt, sondern auch die Stadtverwaltung selber wird in den Blick genommen. Zur Bedarfserhebung führt die Stadt Siegen zusätzlich regelmäßige Bürger- und Beschäftigtenbefragungen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen durch.	

<p>HANDLUNGSFELDER, THEMENSCHWERPUNKTE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN</p>	<p>Die Stadt Siegen hat einen fachübergreifenden Ansatz gewählt, bei dem eine „AG Demografie“ mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen (Architektur und Stadtplanung, Soziologie und Politologie, Soziale Arbeit und Verwaltungswissenschaften usw.) ressortübergreifende Überlegungen zur Zukunftsfähigkeit der Kommune anstellt. Siegen hat hierzu eine Auswahl von besonders relevanten kommunalen Themenfeldern getroffen. Hierzu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeit und Wirtschaft • Bildung • Funktionsfähigkeit der Stadt • Kultur, Sport, Freizeit • Soziales und Integration • Stadtbild • Wohnen <p>Ausgehend von den definierten demografiepolitischen Handlungsfeldern wurden folgende handlungsleitende Schwerpunktstrategien definiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur • Fachkräftesicherung • Sicherstellung der Qualität der Verwaltung • Erhalt der Funktionsfähigkeit des Rettungswesens • Sicherstellung der Versorgung • Entwicklung generationengerechter Angebote • Förderung des Ehrenamts • Förderung von Integration/Inklusion • Sicherstellung von Mobilität und Teilhabe • Vereinbarkeit von Familie und Beruf • Steigerung der allgemeinen Attraktivität der Stadt Siegen • Wohnraumentwicklung. <p>Die Entwicklung von Maßnahmen orientiert sich an den vorgenannten Zielen und erfolgt dezentral in den einzelnen Fachbereichen. Die Vorschläge werden entsprechend in der „AG Demografie“ diskutiert und abgestimmt, um anschließend in die politischen Gremien eingebracht zu werden. Zu allen strategischen Handlungszielen liegen unterschiedliche Projekte vor, die auf Grundlage konkreter Projektdatenblätter Anknüpfungspunkte für eine Evaluation geben.</p>
<p>EVALUATION, MONITORING UND FORTSCHREIBUNG</p>	<p>Grundlage jedweder fundierter Evaluation ist die Formulierung von konkreten strategischen und operativen Zielen. Ein umsetzungsorientiertes und effektives Vorgehen ist darüber hinaus nur mit einer verbindlichen finanziellen Grundlage möglich. Die Stadt Siegen hat ausgehend von strategischen Handlungszielen eine Vielzahl von demografiepolitischen Maßnahmen und Projekten auf den Weg gebracht. Anhand der konkreten Angaben von Zielen, Trägerschaft, Nachhaltigkeitsaspekten, Finanzierungsart und Laufzeit ist hierbei stets Evaluation und effektive Umsetzung mitgedacht. Die Maßnahmen werden konkret formuliert und werden systematisch umgesetzt.</p>
<p>LEITPROJEKTE</p>	<p>Die Geschäftsstelle Demografie der Stadt Siegen hat seit ihrem Entstehen im Jahre 2008 bereits zahlreiche Projekte im Kontext des demografischen Wandels auf den Weg gebracht. Auf der Internetpräsenz sind insgesamt allein 53 Projektbeschreibungen in acht übergeordneten Kategorien identifizierbar. Siegen arbeitet dabei auch mit der ansässigen Universität, sowie verschiedenen Forschungsinstituten zusammen.</p> <p>Ein besonderer Erfolg ist dabei die Entwicklung einer App im Rahmen eines Konsortialprojekts zur Erforschung von „Mobilitätsunterstützenden Systemen für Seniorinnen und Senioren“. Auch das Angebot an Studenten, die Kosten des Semestertickets zu übernehmen, wenn sie sich für Siegen als Hauptwohnsitz entscheiden, wird als Erfolg beurteilt. Hier durch konnte die Universitätsstadt Siegen bisher ca. 500 Einwohner jährlich gewinnen. Dieses und weitere Projekte sind online verfügbar unter (12/2014) http://www.siegen.de/standard/page.sys/details/eintrag_id=6408/content_id=6847/792.htm</p>
<p>3. PRAXIS DER KOMMUNALEN DEMOGRAFIEPOLITIK</p>	
<p>HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG</p>	<p>Die Arbeitsgruppe „AG Demografie“ wurde im Jahre 2008 vom Siegener Bürgermeister Steffen Mues (CDU) initiiert. Ziel war es, passgenaue und umsetzungsorientierte Handlungsstrategien zur Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels in Siegen zu generieren.</p> <p>Durch die kontinuierliche ressortübergreifende Betrachtung bei der Entwicklung von kommunalen Demografiestrategien können stets neue Entwicklungen aufgegriffen und aus verschiedenen Fachperspektiven eingebracht werden.</p>
<p>VERSTÄNDNIS VON DEMOGRAFIEPOLITIK</p>	<p>Der Umgang mit dem demografischen Wandel wird in Siegen ausdrücklich als Querschnittsaufgabe betrachtet. Den unterschiedlichen Dimensionen des demografischen Wandels wird die Stadt durch eine fachübergreifende Arbeitsgruppe gerecht. Für Siegen ist dabei eine demografische Analyse, bis auf Stadtteilebene, Voraussetzung zu einer adäquaten Einschätzung der Auswirkungen demografischer Bewegungsprozesse auf kommunaler Ebene. Der demografische Wandel wird von der Kommune Siegen jedoch auch selbstreflexiv betrachtet: Auch die Siegener Stadtverwaltung unterliegt dem demografischen Wandel. Durch eine</p>

	<p>demografiesensible Personalplanung und einem Personalentwicklungskonzept, dass die Anforderungen des demografischen Wandels aufgreift, wird das Personal als wichtige Ressource der Stadt thematisiert, die Voraussetzung für bürgerorientiertes Handeln ist.</p>
<p>TEILHABEMÖGLICHKEITEN UND PARTIZIPATION</p>	<p>Alle Projekte, die sich thematisch mit dem Stadtbild beschäftigen, werden den Bürgern offengelegt und unter Einbindung der regionalen Presse verbreitet. Zusätzlich werden regelmäßig Bürgerforen einberufen, wo die Bürgerschaft die Gelegenheit hat, nachzufragen oder auch Ideen einzubringen. Es werden auch Bürgerbefragungen mit Fragen zu den einzelnen Handlungsfeldern durchgeführt (zuletzt 2009). Darüber hinaus gab es auch eine Bürgerbefragung zum Mobilitätsverhalten und zur Techniknutzung älterer Menschen (2012). 2015 wird eine Befragung zur Willkommenskultur durchgeführt. Eine große Bürgerbefragung soll grundsätzlich alle 5 Jahre stattfinden, mit dem Ziel das Meinungsbild der Bürgerschaft über den Zeitverlauf zu vergleichen zu analysieren. Die Ergebnisse werden an die zuständigen Fachbereiche weitergeleitet und nach Möglichkeit bei allen städtischen Planungen und Entwicklungen berücksichtigt.</p>
<p>TRANSPARENZ UND ZUGÄNLICHKEIT</p>	<p>Die Stadt Siegen stellt auf ihrer Internetpräsenz die Arbeit der Arbeitsgruppe Demografie vor. Neben den theoretischen und strukturellen Grundlagen der Siegener Vorgehensweise finden sich dort zur Einsicht sämtliche Projekte mit den entsprechenden Projektdaten.</p>
<p>ALLGEMEINE BEWERTUNG</p>	<p>Der Umgang der Stadt Siegen mit dem Thema Demografie sticht durch die Implementierung einer eigenen Geschäftsstelle Demografie und einer interdisziplinären Arbeitsgruppe Demografie heraus. Die Kommune hat ausgehend von der Formulierung von Handlungsfeldern und übergeordneten, handlungsstrategischen Zielen ein Konzept entworfen, welches bereits eine Vielzahl von Demografie-Projekten initiiert hat. Die einzelnen Projekte und Maßnahmenprogramme werden auf Grundlage tragfähiger Finanzierungen geplant und bieten die Möglichkeit einer systematischen Evaluation. Durch eine ressortübergreifende und interdisziplinäre Herangehensweise, bei dem verschiedenste Fachrichtungen in der Arbeitsgruppe Demografie multiperspektivisch zusammenarbeiten, wird darüber hinaus der Vielschichtigkeit des demografischen Wandels umfassend Rechnung getragen. Erschwerend wirkt hier vornehmlich die fiskalische Ausgangslage.</p>



**AUSGEWÄHLTE
ERGEBNISSE**



FORMALE UND ORGANISATORISCHE ASPEKTE

In folgendem Abschnitt werden, ergänzend zu den Kurzprofilen, ausgewählte Ergebnisse der Untersuchung vorgestellt. Hierbei wurden neben den identifizierten guten Praxisbeispielen auch solche Dokumente von kommunalen Demografiekonzepten berücksichtigt, die nicht alle Kriterien eines guten Praxisbeispiels erfüllten.

Zuständige Ansprechpartner in den Kommunen

Die Kreise und Kommunen verfügen über eine unterschiedliche Verortung des Themas Demografie innerhalb der Kommunalverwaltung. Zumeist ist das Thema Demografie in den Bereichen **Statistik, Stadt- bzw. Kreisentwicklung, Raumplanung, Wirtschaftsförderung** und **Strukturplanung** eingegliedert. Es gibt auch Kommunen, die das Thema dem Bereich Soziales und/oder Senioren zuordnen. Innerhalb dieser Bereiche gibt es dann – zumeist je nach Größe der Kommune – einen oder mehrere Ansprechpartner zur demografischen Entwicklung. Darüber hinaus gibt es in einigen Kommunen auch explizit **Demografiestabsstellen, Demografiegeschäftstellen** oder **Demografiebeauftragte**. In allen der näher untersuchten Kreisen, Städte oder Gemeinden gab es einen konkreten Ansprechpartner zum Thema Demografie. Die zuständigen Fachämter oder -personen waren im Auftrag der Kommunen in der Regel federführend bei dem Prozess der Demografiegestaltung. Es gab jedoch auch Kommunen, bei denen die Initiative zur Demografiegestaltung von externen Akteuren an die Kommune herangetragen wurde, z.B. von der Bertelsmann-Stiftung oder der Generali-Versicherung. Hier war es häufig so, dass die Initiativen auch federführend und/oder zumindest prozessbegleitend oder moderierend waren.

Kommunalpolitische Verortung der Demografiekonzepte

In den meisten Kommunen, die näher analysiert wurden, gab es einen **Ratsbeschluss** der die Demografiestrategie legitimierte. Initiiert wurde das Demografiekonzept hierbei zumeist durch den Antrag einer oder mehrerer politischer Fraktionen. Eine eindeutige Zuordnung von Initiativen zur politischen Couleur konnte hier nicht getroffen werden, so gab es von der Fraktion der CDU ebenso Anträge wie von der SPD, der FDP oder den Grünen. Lediglich die Partei DIE LINKE tauchte in diesem Zusammenhang, ebenso wie SONSTIGE, nicht auf bei den ausgewählten Beispielen. Dies mag jedoch auch an der mangelnden Verankerung in den nordrhein-westfälischen Stadt- u. Gemeinderäten bzw. Kreistagen liegen. Im Zuge von Rats- oder Kreistagsanträgen wurden in der Regel externe Experten eingeladen, die in einigen Fällen auch die weitere Moderation der Konzepterstellung übernahmen bzw. beteiligt waren.

Autorenschaft der Demografiekonzepte und Dokumentation des Entstehungsprozesses

Die Demografiekonzepte wurden mehrheitlich von den zuständigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Fachabteilungen verfasst. Dies waren in der Regel Ämter für Stadtentwicklung und Statistik oder aber Demografiebeauftragte, Demografiestabsstellen usw. Es gab auch Kommunen, die die Erstellung von Demografiekonzepten in Zusammenarbeit mit externen Anbietern erstellten bzw. die

KONZEPTUELLE ORIENTIERUNG

Erstellung ganz in Auftrag gaben. Bei etwa der Hälfte der Dokumente fanden sich konkrete Dokumentationen über den Entstehungsprozess der Demografie-konzepte.

Visionen und Leitbilder

Die analysierten Konzepte beinhalteten entweder im Rahmen der Demografie-konzepte entwickelte Visionen und/oder Leitbilder oder es lagen bereits kommunale Leitbilder vor, die im Kontext der Demografiekonzepte als konzeptioneller Rahmen dienen. So gibt es insbesondere in großen Kommunen häufig bereits seit geraumer Zeit Leitbilder, die z.T. in einem partizipativen Leitbildprozess entstanden sind. Solche Leitbilder dienen dann in einigen Demografiestrategien als konzeptueller Rahmen. Nicht immer werden vorhandene Leitbilder mit der Demografiekonzeption zusammengeführt. Zum Teil finden auch partizipative Anpassungsprozesse statt, in denen unter Beteiligung der Bürgerschaft demografiepolitische Aktualisierungen und Optimierungen des Stadt- oder Kreisprofils durchgeführt wurden. Als (Haupt-)Adressaten der Leitbilder konnten häufig (junge) Familien, aber auch Zuwanderer und die Bevölkerung ab 50+ ausgemacht werden. Einige Kommunen verfügten auch nicht über ein gesamtstädtisches Leitbild, sondern entwickelten Themen- oder handlungsfeldspezifische Leitbilder. Folgende strategische, konzeptionelle und theoretische Orientierungen wurden von den Kommunen innerhalb der Demografiekonzeptionen aufgegriffen (Auswahl):

Demografie-Gestaltung als kommunale Daueraufgabe: Innerhalb der untersuchten Konzepte wird Demografiepolitik als dauerhafter Prozess verstanden. Eine situative demografische Bestandsaufnahme ist für eine erfolgreiche kommunale Demografiepolitik nicht ausreichend. Vielmehr wird auf ein dauerhaftes Monitoring gesetzt, um die demografischen Entwicklungen beobachten und demografiepolitische Maßnahmen zielgenau und wirkungsorientiert anwenden zu können.

Demografie-Gestaltung als Querschnittsaufgabe: Eine umfassende demografische Informationsbasis ist die Voraussetzung zum Handeln in den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern. Demografie wird daher als integrative Querschnittsaufgabe betrachtet, d.h. sie steht „quer“ zu anderen Aufgabenfeldern und muss dort stets „mitgedacht“ werden.

Regionalorientierung: Eine Bestandsaufnahme der demografischen Ausgangssituation in der Kommune allein genügt nicht. Kommunen haben deswegen auch die Region mit im Blick.

Präventions- und Anpassungsstrategie: Kommunen profitieren im Rahmen des Demografie-Managements von einer Doppelstrategie aus Anpassungs- und Präventionsmaßnahmen.

Familien- und Kinderfreundlichkeit: Für die Kommunen steht im Rahmen der Demografiekonzepte die Attraktivität für Familien und Kinder häufig an erster Stelle. Für eine erfolgreiche Bewältigung des demografischen Wandels auf kommunaler Ebene, ist es von entscheidender Bedeutung, familienfreundliche Strukturen zu erhalten oder auszubauen. Hierzu gehören sowohl familien- und kindgerechte (Betreuungs-)Angebote, als auch eine entsprechende Infrastruktur und wohnortnahe Bildungseinrichtungen.

Generationengerechtigkeit: Kommunen warnen vor einem Generationenkonflikt und betonen innerhalb der Demografiekonzepte die Notwendigkeit eines generationengerechten Vorgehens, bei dem die Bedarfe und Bedürfnisse aller Altersklassen miteinkalkuliert und berücksichtigt werden. Hierzu ist insbesondere eine langfristige und nachhaltige Herangehensweise erforderlich.

Integration: Im Rahmen der Demografiekonzepte gibt es eine ausgeprägte Willkommenskultur. Menschen aus anderen Ländern und mit anderen Kulturen werden als Bereicherung für eine weltoffene Gemeinschaft verstanden. Eingefordert werden allerdings, die unbedingte Akzeptanz der freiheitlich demokratischen Grundordnung und die Bereitschaft zur Integration. Hierzu bieten die Kommunen neben Integrationskursen auch verschiedenste Projekte an, bei denen gezielt mit kulturübergreifenden Konzepten geworben wird.

Lebenslanges Lernen: Die Relevanz von „lebenslanges Lernen“, wird im Rahmen von Demografiekonzepten insbesondere in der Notwendigkeit zu einer kontinuierlichen Weiterbildung im beruflichen Kontext, vor dem Hintergrund alternder Belegschaften, gesehen. Strategien, um „lebenslanges Lernen“ zu fördern, sind hiernach insbesondere solche, die zielgruppenspezifische Angebote bereitstellen, um auch bildungsferne Personengruppen zu beteiligen und damit soziale Ungleichheit zu reduzieren.

Gender-Mainstreaming: Die Integration des Gender-Mainstreaming Konzeptes hat für die Kommunen den Sinn, auch bei der Gestaltung des demografischen Wandels unterschiedliche Geschlechterperspektiven zu berücksichtigen. Hierzu zählen Jungen und Mädchen, ebenso wie Frauen und Männer. Die Gender-Mainstreaming Perspektive wird als Zukunftsthema erachtet und spielt insbesondere in den Bereichen Migration und Generationengerechtigkeit eine bedeutende Rolle. Besondere Aufmerksamkeit gebührt dabei auch Kindern und Jugendlichen sowie Berufseinsteigern und Studierenden.

Lebensphasenkonzept: Das Konzept der Lebensphasen stammt aus der Entwicklungspsychologie und verbindet mit verschiedenen Lebensphasen unterschiedlichen Herausforderungen. Gegenwärtig wird das Konzept in mehreren Wissenschaftsbereichen verwendet (z.B. Psychologie, Soziologie, Ökonomie). Es wird im Kontext von Demografiekonzepten auch für demografiepolitische Fragen als gewinnbringender Ansatz bei der Analyse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in einem Sozialraum betrachtet.

Sozialraumkonzept: Da der demografische Wandel regional und lokal sehr unterschiedlich verläuft und sich somit auch unterschiedliche Herausforderungen, Risiken und Chancen ergeben, bietet sich das Konzept des Sozialraumes für die differenzierte Betrachtung der Bevölkerung auf kommunaler Ebene besonders an. Es wird daher im Rahmen der untersuchten Demografiekonzepte immer wieder aufgegriffen.

Exkludierte und vulnerable Bevölkerungsgruppen

Integration, Inklusion und Exklusion spielten in den untersuchten Demografiekonzepten eine gewichtige Rolle. Adressaten von Integration und sozialer Teilhabe waren primär Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, aber auch ältere und physisch eingeschränkte Menschen wurden in diesem Zusammenhang adressiert. Der Bereich Gesundheit und Pflege spielte dabei häufig eine besondere Rolle. Alter wurde jedoch nicht nur eindimensional auf diese Themenfelder verkürzt. Vielmehr geriet die Berücksichtigung der Gruppe älterer Menschen unter verschiedensten Gesichtspunkten in den Fokus. Zur Berücksichtigung von Integration wurde einerseits der Integrationsgedanke innerhalb der Konzeptstellung zum Demografiemanagement berücksichtigt, oder aber es gab eigene Integrationskonzepte, z.T. auch mit Integrationsbeauftragten, auf die in diesem Zusammenhang verwiesen wurde. In der Integration und Inklusion werden dabei, neben einem an das Grundgesetz und dem Prinzip der Menschenwürde angelehnten humanistischen Anspruch, zusätzliche Potentiale zur Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels gesehen.

Inter- und intrakommunale Zusammenarbeit

Demografiepolitik wird vielfach als Querschnittsaufgabe begriffen. Dementsprechend findet eine intrakommunale Zusammenarbeit der unterschiedlichen Stadtverwaltungsbereiche statt. Die Kommunen und Kreise sind insgesamt in der schwierigen Situation einerseits häufig auf überregionale und interkommunale Zusammenarbeit angewiesen zu sein und andererseits miteinander in Konkurrenz zu stehen. Hinzu kommen noch regionale Besonderheiten, z.B. eine grenznahe Verortung, so dass der Wettbewerb z.T. auch länderübergreifend für die Kommunen von immenser Bedeutung ist. Bei denjenigen Kommunen, die interkommunale Zusammenarbeit erwähnen, wird die lokale und regionale Zusammenarbeit als unerlässlich für eine effektive Demografiepolitik betrachtet. Die Zusammenarbeit von mehreren Kommunen eines Kreises, bzw. regionale Zusammenschlüsse können helfen, den Kreis oder die Region auch über einen kommunalen Wettbewerb hinaus zu stärken. Eine solche kommunenübergreifende Zusammenarbeit kann sich auf unterschiedliche Handlungsfelder beziehen. So können einerseits z.B. Bauvorhaben realisiert werden und andererseits auch Projekte im Bereich Freizeit, Kultur, wie auch Wirtschaft und Technologie. Eine Gefahr hierbei ist die zunehmende Bürgerferne, weil Ratsentscheidungen aus einer Kommune als demokratisches Instrument womöglich bei der Verlagerung auf andere Ebenen (regionale Zusammenschlüsse) weniger Gewicht bekommen.

Demografiesensible Personalpolitik

Die untersuchten Kommunen nehmen die Relevanz einer demografieorientierten bzw. einer demografiesensiblen Personalpolitik auf drei Ebenen wahr. Zum *einen* als **Fachkräftemangel** auf lokaler Ebene und des sich daraus ergebenden Risikos für die wirtschaftliche Stärke der Kommune. Zum *anderen* als Mangel innerhalb der eigenen Kommunalverwaltung. Thematisiert wurde in diesem Zusammenhang beispielsweise ein „Kampf um die Köpfe“, insbesondere der Altersgruppe 35 – 50 Jahre, als unmittelbare Auswirkung des demografischen Wandels. Zum Dritten fehlt es hierbei noch an demografiepolitisch qualifiziertem Nachwuchs, der die Kommunen im Sinne einer nachhaltigen kommunalen Demografiepolitik unterstützen kann. Dementsprechend wird eine **zukunftsorientierte Personalpolitik** als elementarer Baustein einer zukunftsfähigen Kommune betrachtet. Ein einfacher Rückbau des Personals wird in diesem Zusammenhang als Negativfolge bezeichnet. Als Elemente einer demografiefesten Personalpolitik wurden u.a. genannt:

- Altersstrukturanalysen
- alter(n)sgerechte Arbeitsplätze
- Förderung der Zusammenarbeit von jüngeren und älteren Arbeitnehmern
- Werte- und Wissenstransfer
- Personalmarketing
- Unterstützungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
(Lernen im Alter, Lebensberatung, Vorbereitung auf den Ruhestand, spezielle Sport- und Gesundheitsangebote)
- Lebensarbeitszeitkonten

Ausgehend von diesen Strukturelementen weisen einige Kommunen auf eigens erstellte Personalmanagementkonzepte unter Berücksichtigung des demografischen Wandels hin. Die oben genannten Elemente eines demografiesensiblen Personalmanagements werden auch den ortsansässigen Unternehmen empfohlen, um mit dem Fachkräftemangel umgehen zu können. Es gab im Zuge der Untersuchung aber auch Hinweise, auf massiven Stellenabbau, mangelnde Nachbesetzung von Stellen und Ausbildungsstopp.

STRUKTUR UND INHALT

Handlungsstrategien der kommunalen Demografiekonzepte

In Anlehnung an die Demografiestrategie der Bundesregierung, den Konzepten des Deutschen Städtetages und der Bertelsmann Stiftung wird der Schlüssel in einer übergeordneten **integrierten Kommunal- und Stadtentwicklung** gesehen. Auch die Entwicklung passender Leitbilder wird als ein Schlüsselement betrachtet. Eine reine Anpassungsstrategie an die Auswirkungen des demografischen Wandels wird als wenig zielführend erachtet. Vielmehr muss eine Anpassungsstrategie mit verschiedenen anderen Strategieformen einer sogenannten Attraktivitätspolitik einhergehen, mit denen sich Kommunen im kommunalen Wettbewerb durch familien- und unternehmensfreundlichen Angebote bewähren können. Hierbei wird z.B. versucht mit familienfreundlichen Rahmenbedingungen junge Familien anzulocken oder attraktiv als Unternehmensstandort zu sein, z.B. durch Projekte,

die Unternehmen demografiefest machen sollen. Es geht jedoch nicht nur um Expansionsstrategien, sondern auch um „geordnetes“ Schrumpfen, d.h. um den Anspruch Qualität vor Ort zu entwickeln, umso für die Bestandsbevölkerung attraktiv zu bleiben. Zum Teil dient die **qualitative Innenentwicklung** auch der Betonung von Alleinstellungsmerkmalen im regionalen Wettbewerb. So gibt es z.B. in der natürlichen Umwelt Aspekte, die im Rahmen des Stadtprofils positiv herausgestellt werden. Die Kommunen begreifen den demografischen Wandel vielfach als Chance und betrachten es als ihre Aufgabe, sowohl eine Art der **Präventionsstrategie** (z.B. durch Demografie-Monitoring), als auch eine aktive Gestaltungspolitik durchzuführen. Neben übergeordneten Ansätzen bemühen sich die Kommunen, Teilkonzepte wie „Familienfreundlichkeit“, „Bürgerbeteiligung“ und „Chancengleichheit“ bei den einzelnen Handlungsfeldern „mitzudenken“.

Datengrundlage der kommunalen Demografiekonzepte

Die Demografiekonzepte der Kommunen basieren auf **unterschiedlichen Datenquellen**. Grundsätzlich lassen sich (a) die sekundäranalytische Nutzung vorhandener Daten und (b) die eigene (ergänzende) Datenerhebung und -analyse unterscheiden. Alle Kommunen greifen auf die Datenbestände des IT.NRW zu. Auch der „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung findet häufig als erste Einschätzung sowie zum Teil als vollständiger Bericht Anwendung. Insbesondere für kleinere Kommunen oder solche ohne eigene Statistikabteilung kann die automatische Erstellung eines Demografieberichtes sehr hilfreich sein. Dieser eignet sich jedoch vornehmlich, um eine erste Einschätzung vornehmen zu können, da die konkrete Situation vor Ort nicht allein über die beim Wegweiser Kommune hinterlegten soziodemografischen Indikatoren abgelesen werden kann. Ergänzend hierzu führen große Kommunen mit eigener Statistikabteilung in der Regel (ergänzend) eigene Erhebungen durch. Hierdurch ergeben sich nach Aussagen der Kommunen häufig auch Differenzen, d.h. die eigene Erhebung fördert andere Zahlen zu Tage als dem Land vorliegen. Große Kommunen, die eigene Erhebungen machen, gehen dabei in aller Regel kleinräumig vor, d.h. es werden soziodemografische Daten im Hinblick auf Stadtbezirke oder -teile aufgeschlüsselt dargestellt. Hierbei werden sowohl die gegenwärtige Ausgangslage als auch die Entwicklung über die Zeit berücksichtigt sowie verschiedene Prognoseszenarien bemüht. Zum Teil werden die so ermittelten Daten nicht nur mit den Zahlen auf Landes-, sondern auch auf Bundes- und sogar auch auf EU-Ebene in Kontrast gesetzt. Kommunen werden zur zukünftigen Orientierung und Planung u.a. auch Befragungen von Menschen, die abgewandert sind, durchführen, um Einblicke in die Begründungszusammenhänge zu erhalten. Neben der soziodemografischen Bevölkerungsanalyse werden auch **Bestands- und Bedarfsanalysen** durchgeführt, allerdings ließ sich dieser systematische Dreischritt bisher in nur wenigen Kommunen nachweisen.

Kommunale Handlungsfelder und Handlungsprogramme

Innerhalb der untersuchten Demografiekonzepte wurde insgesamt nahezu **jedes kommunale Handlungsfeld** genannt. In einzelnen Konzepten wurden häufig verschiedene Handlungsfelder thematisch zusammengefasst, oder es wurde von vorneherein angekündigt, dass Schwerpunkte gesetzt wurden. Folgende Themengebiete wurden u.a. genannt:

Demografischer Wandel, (ältere) Bevölkerung, Familie, Miteinanderleben der Generationen, Wirtschaft, Dienstleistungen, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit, Arbeitsplatzsicherung, Verkehr und Verkehrsinfrastruktur, Umwelt und Grünflächen, Bildung, Betreuung, Soziales, Wohnen, Stadtbild, Imagewandel, Bauen, Kultur, Sport, Bildung und Wissen, Integration, Gesundheit, Ressourcen, (Kommunal-)Finanzen, Identifikation, Siedlungspolitik, Standortqualität, Regionale Zusammenarbeit, Migration, örtliche Nahversorgung, Lebensqualität, Lebensphasen, Ortsteilentwicklung, Mobilität, Pflege, (freiwilliges) Bürgerschaftliches Engagement.

Ausgehend von der Bestimmung von Handlungsfeldern und den Leitzielen, definieren die Kommunen innerhalb der Konzepte allgemeine und konkrete Handlungsbedarfe. Hierbei gab es erhebliche Unterschiede bei der Präzisierung und der Verbindlichkeit der Handlungsprogramme. Während einerseits eher unverbindliche, allgemeine Anforderungen formuliert werden, gibt es andererseits auch Kreise und Städte, die mit Hilfe von präzisen SWOT-Analysen genaue Erfordernisse festlegen und diese mit politischen Beschlüssen hinterlegen. Die Projekte und Handlungsprogramme in den kommunalen Handlungsfeldern sind mit Umsetzungszeiträumen und zum Teil sogar bereits mit Kostenkalkulationen hinterlegt. Darüber hinaus werden bei einigen Kommunen auch präzise Zielmargen hinterlegt. Dies war jedoch nicht immer der Fall. Bei einigen Kommunen scheint es eher so, als wollte man sich nicht wirklich festlegen. Es gibt aber auch Fälle wo die konzeptionellen Ausführungen sehr detailliert sind, die Handlungsprogramme aber ohne Beschlüsse sind und aus Haushaltsgründen auch nicht durchgeführt wurden.

Evaluation, Monitoring und Zielorientierung

Nur in wenigen der näher untersuchten Demografiekonzepten finden sich konkrete Angaben zur Evaluation von demografiepolitischen Maßnahmen und Handlungsprogrammen. Angemessene Evaluationen finden am ehesten auf der Projektebene statt. Ganz allgemein berichten Kommunen von der Schwierigkeit, Erfolge bei der Demografiepolitik zu messen. Zwar lassen sich durch Monitoring bestimmte Veränderungen feststellen, aber eine kausale Zuordnung zu bestimmten Maßnahmen bleibt dennoch schwierig. Darüber hinaus fehlen häufig auch die wissenschaftlichen Instrumente sowie Kapazitäten, eine systematische und qualitative Evaluation durchzuführen. Immer dann, wenn die Konzepte auch eine feste Verankerung von Evaluation hatten, lässt sich auch eine präzise Zielvorstellung feststellen. Die Qualität und Verbindlichkeit dieser Ziele variiert allerdings erheblich. Häufig können zwar Projektziele oder Meilensteine innerhalb von Handlungsfeldern identifiziert werden. Es mangelt jedoch an konkreten

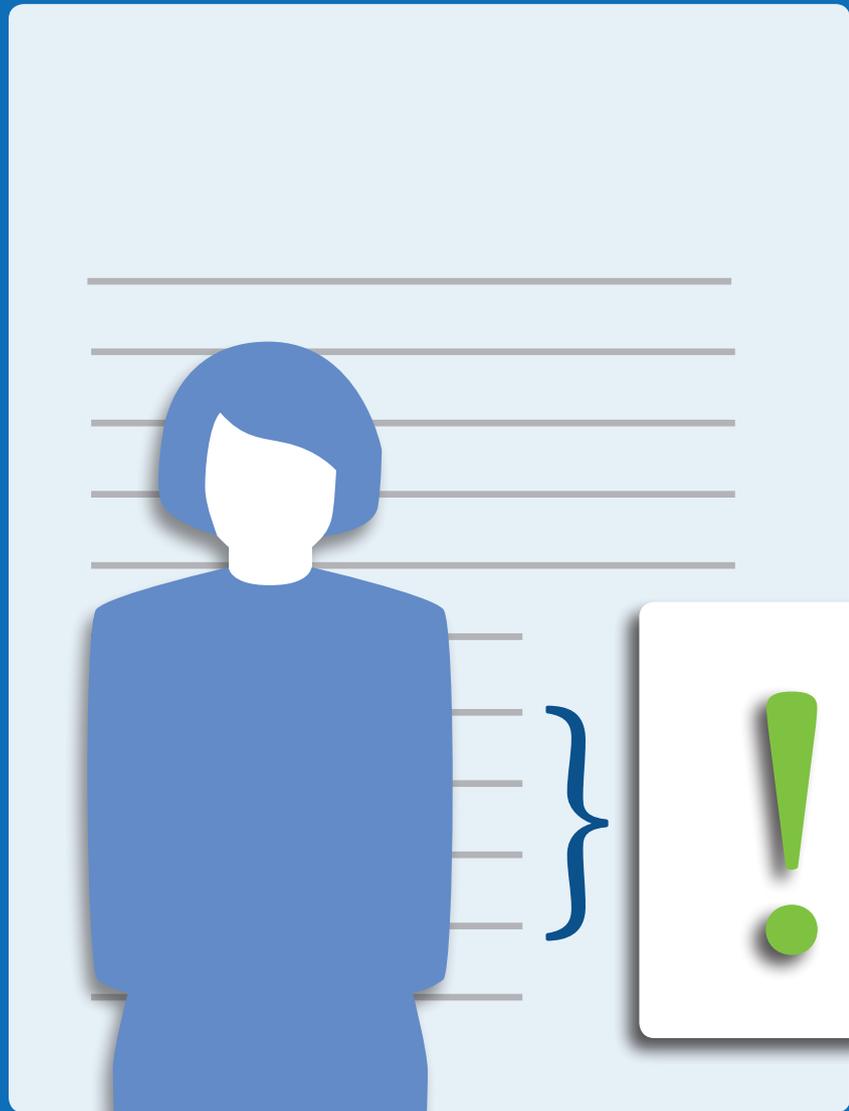
Indikatoren, welche die Zielerreichung methodisch überprüfbar machen. In anderen Fällen sind die Ziele wiederum sehr allgemein gehalten. Es gibt jedoch auch Kommunen, die präzise Zielmarken nennen und die Umsetzung mit politischen Beschlüssen hinterlegen. Dort wo Maßnahmen formuliert sind, ist die Ableitung aus dem jeweiligen Leitbild und/oder der vorangegangenen Analyse schlüssig. Nicht immer sind die beschlossenen Maßnahmen mit entsprechenden Zielen konkret hinterlegt. Die Handlungsprogramme selber wirken jedoch schlüssig und projektbezogen formuliert. Operative Ziele werden dabei konsequent aus den strategischen Zielen abgeleitet. Die vereinbarten Maßnahmen werden z.T. alleine von der Kommunalverwaltung beschlossen, als auch unter zu Hilfenahme von partizipativen Methoden mit der Bürgerschaft entwickelt. Festzuhalten ist, dass die Kommunen um die Notwendigkeit einer systematischen Evaluation wissen, sich gegenwärtig jedoch eher die Frage stellt, mit welcher Methodik und welchen Ressourcen hierbei vorgegangen werden soll.

ZUR ROLLE VON PARTIZIPATION

Grundsätzlich ist zu differenzieren ob Partizipation bereits bei der Konzepterstellung berücksichtigt wurde, oder ob Partizipation bei der Umsetzung von Maßnahmen angewendet werden soll. Die Notwendigkeit von Partizipation und der Einbeziehung von Zivilgesellschaft wurde kaum in Frage gestellt. So gab es bei den untersuchten Konzepten eine Reihe dialogorientierter Vorgehensweisen. Es fanden sowohl im Vorfeld, als auch prozessbegleitend, Informationsveranstaltungen, Stadtteilgespräche, Bürgerforen, Zukunftswerkstätten, Zukunftskonferenzen, Expertengespräche, Fragebogenerhebungen, Promotorengespräche und Workshops statt. Prozessbegleitend setzten einige Kommunen auch Arbeitsgruppen ein, bei denen sich bürgerliche Interessenvertreter einbringen konnten.

In nahezu allen Konzepten ist man sich einig, dass der demografische Wandel ohne Zustimmung und Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht zu gestalten ist. Daher möchte die Mehrheit der Kommunen (auch) zukünftig dialogorientiert vorgehen. Hierzu möchte man vornehmlich auf partizipative Methoden der Sozialforschung zurückgreifen, z.B. mit regelmäßigen Demografieforen, Workshops, Zukunftswerkstätten, öffentliche Planungskonferenzen usw. Auch neue digitale Lösungen wurden z.T. adressiert. So wurden z.B. auch elektronische Bürgerbeteiligungsformen in Zusammenarbeit mit Techniken des E-Government ins Spiel gebracht. Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass es aus wissenschaftlicher Sicht noch Forschungsbedarf zu idealen bürgernahen Beteiligungsformen zur gemeinsamen Gestaltung des demografischen Wandels gibt.

FAZIT



Die vorliegende Kurzstudie im Auftrag des Sozialverbandes VdK Nordrhein-Westfalen e.V. hatte das Ziel, Demografiekonzepte der Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu analysieren und gute Praxisbeispiele aufzuzeigen. Mit Hilfe einer Internet- und Literaturrecherche wurden einschlägige themenbezogene Dokumente von Kommunen in NRW ermittelt, die anhand eines Kriterien- und Fragenkatalogs inhaltsanalytisch ausgewertet wurden. In den so ermittelten Kommunen wurden zudem Experteninterviews mit verantwortlichen Fachkräften zu ihren bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung der Konzepte durchgeführt. Als Resultat wurden insgesamt elf gute Praxisbeispiele für kommunale Demografierpolitik in Nordrhein-Westfalen identifiziert, die im Zentrum des vorliegenden Berichtes stehen.

Die Studie verdeutlicht, dass es in NRW bereits einige Kommunen gibt, die den demografischen Wandel aktiv als kommunale Gestaltungsaufgabe angenommen haben. Auf sie beziehen sich die folgenden Ausführungen. Die in diesem Sinne erfolgreich operierenden Kommunen verwenden hierfür unterschiedliche Ausgestaltungsmöglichkeiten einer kommunalen Demografierpolitik. Wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels sind einerseits die Entwicklung und Implementierung von entsprechenden politischen, infrastrukturellen und administrativen Rahmenbedingungen sowie andererseits eine nachhaltige kommunale Finanzausstattung, um demografierpolitische Maßnahmen auch entwickeln und umsetzen zu können. Durch eine nachhaltig angelegte kommunale Demografierpolitik mit entsprechender institutioneller Verankerung sowie einer integrierten und ressortübergreifenden Perspektive lassen sich langfristig wertvolle Synergieeffekte erzielen. Kommunen werden in die Lage versetzt, nicht länger nur reagieren, sondern auch aktiv gestalten zu können. Hierbei bewährt sich für die Kommunen insbesondere eine Doppelstrategie, welche sowohl die Gestaltung („Gestaltungsstrategie“), als auch die Anpassung („Anpassungsstrategie“) an den demografischen Wandel umfasst. Durch die Abkehr von einer reinen Wachstumsfokussierung und durch die Stärkung von eigenen spezifischen Qualitäten erschließen sich Kommunen neue Möglichkeiten für eine erfolgreiche Umsetzung von Demografierstrategien.

Gelungene Konzepte beinhalten einen Paradigmenwechsel von der Einzelfallorientierung hin zu mehr Gemeinwesenorientierung sowie eine Stärkung von ressortübergreifender Vernetzung und Quartiersmanagement. Demografier-sensibel agierende Kommunen orientieren sich zunehmend am Leitbild der „Bürgerkommune“ und setzen auf Bürgerbeteiligung und die Entwicklung „sorgender Gemeinschaften“. Transparente Vorgehensweisen, Partizipation und die Mitwirkung der Bürgerschaft sind für die Stärkung eines gemeinsamen „Wir“-Gefühls und die Umsetzung von kommunaler Demografierpolitik essentiell.

Kommunen verstehen sich dabei als Ansprechpartner für die (ältere) Bevölkerung und gestalten das Zusammenleben in der überörtlichen und örtlichen Gemeinschaft alter(n)sfreundlich und generationengerecht in allen kommunalen Handlungsfeldern. Hierzu gehören insbesondere eine inklusive und proaktiv-präventive Sichtweise. Erfolgreich operierende Kommunen denken bei der erfolgreichen Ge-

staltung des demografischen Wandels interkommunal und Kreise arbeiten gut mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zusammen. Der demografische Wandel wird dabei zum Teil auch grenzüberschreitend konzeptualisiert; durch eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene erschließen sich unter anderem im Rahmen von Projekten für Kreise und Kommunen neue Gesichtspunkte und Potenziale.

Für eine erfolgreiche kommunale Demografiepolitik spielt insbesondere die Finanzausstattung eine entscheidende Rolle. Langfristig hilft Demografiepolitik unnötige Kosten zu vermeiden und Ausgaben an die Bevölkerungsentwicklung anzupassen. Hierzu braucht es jedoch auch personelle und finanzielle Kapazitäten, um langfristig von den Einsparpotentialen profitieren zu können. Eine rein fiskalisch motivierte Priorisierung von Handlungsfeldern kann perspektivisch zu einer ungenügenden Berücksichtigung von (vulnerablen) Bevölkerungsteilen oder wichtigen kommunalen und sozialen Themen, wie z.B. Integration/Inklusion, gesundheitlich-pflegerische Versorgung oder Altersarmut, führen.

Große Kommunen verfügen häufig über eigene Fachabteilungen (u.a. für Statistik, Stadtentwicklung) und können so intrakommunal bereits auf vorhandene Expertisen zurückgreifen. Kleinere Kommunen haben hingegen nicht immer die Möglichkeit, die örtlichen Entwicklungen systematisch zu beobachten und zu analysieren. Neben der benötigten methodischen Kompetenz und den personellen Kapazitäten braucht es zusätzlich auch demografieorientierte Managementkompetenzen und weitere wissenschaftliche Expertise. Diese ist in Kommunen nicht immer ausreichend vorhanden. Ein erfolgreicher demografiepolitischer Prozess braucht daher langfristig qualifiziertes Personal in den Kommunen sowie unterstützend externe wissenschaftliche Begleitung und Moderation. Hierfür können zukünftig auch externe kommunale Demografieberater hilfreich sein.

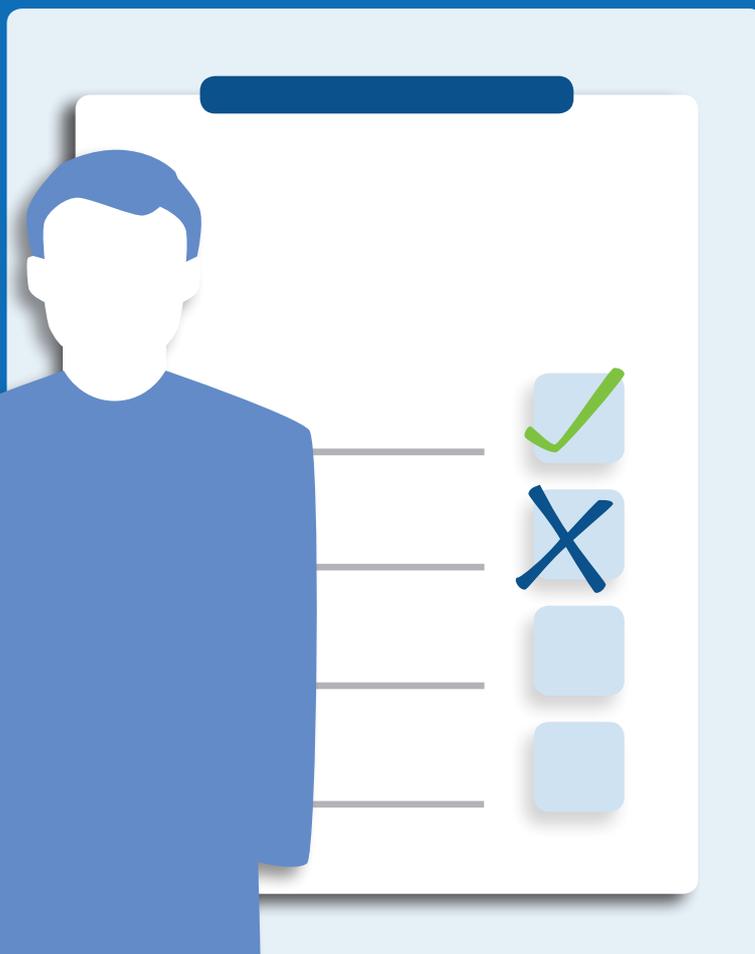
Die untersuchten Kommunalverwaltungen stellen fest, dass kommunale Demografiepolitik ins Stocken geraten kann, wenn sich die örtlichen politischen Mehrheitsverhältnisse oder die Zusammensetzung innerhalb von politischen Gremien verändern. Erfolgreiche kommunale Demografiepolitik muss daher parteienübergreifend verstanden und entsprechend implementiert werden, da der demografische Wandel nicht an Legislaturperioden gebunden ist. Sie bedarf einer grundlegenden und nachhaltigen kommunalpolitischen Fundierung.

Überörtliche Zusammenschlüsse und regionale Zusammenarbeit sind auf der einen Seite eine große Chance für die Kommunen, auf der anderen Seite werden durch solche Zusammenschlüsse auch kommunale Entscheidungen auf die überörtliche Ebene übertragen. Sie unterliegen so nicht mehr der demokratischen Entscheidungsgewalt der örtlichen Bevölkerung und der alleinigen Kontrolle der jeweiligen Kommune.

Die Bürgerschaft sollte stets als feste Größe bei der Gestaltung des demografischen Wandels einbezogen werden. Die in die Untersuchung einbezogenen Kommu-

nen berichten jedoch auch darüber, dass es bei partizipativen Verfahren und aktiv einbezogenem bürgerschaftlichen Engagement ohne genügend Unterstützungsstrukturen zu Ermüdungserscheinungen und Überforderungen bei den Bürgerinnen und Bürgern kommen kann. Eine Kompensation von wegbrechenden kommunalen Angeboten durch bürgerschaftliches Engagement hat somit auch ihre Grenzen.

ANFORDERUNGEN AN EINE ZUKUNFTS- WEISENDE KOMMU- NALE DEMOGRA- FIEPOLITIK



Welche Entwicklungsperspektiven und Handlungsempfehlungen lassen sich aus der Studie schlussfolgern?

Nachfolgend werden in Thesenform Konsequenzen im Hinblick auf die weitere **Verbreitung**, die **Weiterentwicklung** und die **Etablierung** von kommunalen Demografiekonzepten im Rahmen kommunaler Demografiepolitik aufgezeigt:

1. *Kommunale Demografiepolitik* benötigt eine **kommunalpolitische Legitimation** in Form eines verbindlichen **Ratsbeschlusses**. Der Ratsbeschluss sollte konkrete Ansprechpartner zur Gestaltung des demografischen Wandels benennen und neben personellen auch finanzielle Ressourcen und Umsetzungszeiträume berücksichtigen. Entsprechende Vorlagen und Beschlüsse sind so zu fassen, dass Maßnahmen auch über die Wahlperioden hinaus Wirksamkeit entfalten können und im Sinne der Nachhaltigkeit nicht an kurzzeitige Wirkungen und Erfolge einer Legislaturperiode gekoppelt sind.

2. *Kommunale Demografiepolitik* ist eine **Querschnittsaufgabe**, die *alle* kommunalen Handlungsfelder berührt. Sinnvoll ist daher die Entwicklung und Implementierung eines **integrativen** und **ressortübergreifenden** strategischen **Gesamtkonzeptes**. Langfristig wäre es folgerichtig, eine **demografieorientierte Kommunal- und Sozialpolitik** als *freiwillige* „Pflichtaufgabe“ zu definieren. Insbesondere bei Kreisen und größeren Kommunen ist es empfehlenswert, eine übergeordnete **Fachstelle Demografie** (z.B. eine Demografiestabsstelle) zu implementieren. Ein **eigenständiges demografisches Ressort** mit konkreten Ansprechpartnern (z.B. Demografiebeauftragte) für demografische Fragen sollte aus der fachlichen Ebene herausgelöst sein, um eine eindimensionale Beschäftigung mit den Auswirkungen des demografischen Wandels zu vermeiden.

3. *Kommunale Demografiepolitik* braucht als Handlungsgrundlage die **Vision** einer generationenfreundlichen Kommune und ein daran orientiertes **demografisches Leitbild**, das auch ein **modernes und differenziertes Altersbild** beinhaltet, welches gleichermaßen die intergenerationelle und die intragenerationelle Mitverantwortung des Alters betont. Hieraus ergeben sich **normative Vorgaben** und **Leitprinzipien** für das kommunale Handeln. Erst mit Berücksichtigung des **regionalen Kontextes** in Kombination mit **lokalen Besonderheiten** ergeben demografieorientierte Leitbilder ein **zukunftsfähiges demografiepolitisches Kommunalprofil**.

4. *Kommunale Demografiepolitik* benötigt als Planungsgrundlage eine **regelmäßige Demografieberichterstattung**. Zu der Aufgabe von kommunaler Demografieberichterstattung gehört es, auf örtlicher Ebene eine kleinräumige und differenzierte **soziodemografische Bevölkerungsanalyse** durchzuführen. Diese sollte die Betrachtung von Bevölkerungsentwicklungen über einen längeren Zeitraum sowie differenzierte Prognoseszenarien umfassen. Um die Ausgangslage einer Kommune adäquat analysieren zu können, braucht es neben der soziodemografischen Analyse eine Erfassung der *lokalen Angebotsstruktur* (**Bestandsanalyse**) und

der konkreten *Bedarfslagen der Bevölkerung (Bedarfsanalyse)*, differenziert nach Altersgruppen und Lebenslagen. Auf Grundlage der vorgenommenen Analyseverfahren sollten kommunale **Schwerpunktthemen** benannt und ggf. Handlungsfelder priorisiert werden, in denen konkreter **Handlungsbedarf** vorliegt. Hierbei scheint auch eine (sozial-)räumliche Priorisierung vielfach angebracht zu sein. Innerhalb der priorisierten Handlungsfelder sollten *einerseits verbindliche Ziele* vereinbart und *andererseits* entsprechende **Maßnahmenprogramme** generiert werden.

5. *Kommunale Demografiepolitik* sollte als kommunale Daueraufgabe **langfristig** und **nachhaltig** gedacht sowie als Prozess stetiger Optimierung begriffen werden. Es geht nicht nur darum, das Thema Demografie *punktuell* zu fokussieren, sondern dauerhafte demografiepolitische Steuerungsstrukturen zu schaffen. Dies beinhaltet als **Controlling** ein regelmäßiges **demografisches Monitoring** sowie eine kontinuierliche **Evaluation** und **Dokumentation** der einzelnen Prozessschritte. **Evaluation** benötigt sowohl auf der Projektebene, als auch in der Gesamtschau, eine präzise Analyse der Ausgangslage bzw. des „Ist -Zustandes“ und die Festlegung von klaren Zielen mit „Soll -Werten“, um die langfristige Wirkung von Maßnahmen systematisch analysieren und bewerten zu können. Im Sinne einer Perspektive von „**Stabilität durch Wandel**“ sollten Kommunen Demografiepolitik als zirkulären Prozess begreifen, der sowohl der fortwährenden Beobachtung, als auch der permanenten Anpassung und Gestaltung bedarf.

6. *Kommunale Demografiepolitik* sollte **kommunenübergreifend** und (über-)**regional** gedacht werden. In grenznahen Regionen kann es zudem sinnvoll sein, im Einzelfall auch mit Nachbarländern zu kooperieren. Konstruktive interkommunale Zusammenarbeit kann helfen, Ressourcen und Strategien zu bündeln, um so wertvolle Synergieeffekte zu erzielen.

7. *Kommunale Demografiepolitik* benötigt öffentliche **Transparenz** über die demografische Entwicklung und die damit einhergehenden Herausforderungen in der Kommune und der Region (z.B. durch gemeinsame Bürgerveranstaltungen) sowie die **Akzeptanz und Mitwirkung** aller kommunalen Akteure, d.h. Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen Hand in Hand arbeiten. Hierzu ist eine **Stärkung kooperativer und partizipativer Politik- und Beteiligungsformen** notwendig. Hierbei können auch vermehrt *elektronische Beteiligungsmöglichkeiten* implementiert werden. Als besonders zielführend erscheint hier eine „bottom-up“ Politik. Um die Bürgerschaft „mitzunehmen“, sollten **dauerhafte Beteiligungsformate** geschaffen und **bürgerschaftliches Engagement** sowie die **zivilgesellschaftlicher Einbindung** aller Altersgruppen gestärkt werden.

8. *Kommunale Demografiepolitik* braucht **Vertrauen in relevante staatliche und gesellschaftliche Institutionen**. Da Kommunen nur im Rahmen des vorhandenen finanziellen Spielraums agieren können, ist mehr Unterstützung durch die Bundes- und Landesebene notwendig. Im Sinne einer **Vorleistungsverpflichtung des Staates** muss Sorge dafür getragen werden, dass Kommunen handlungsfähig sein können.

9. *Kommunale Demografiepolitik* kann nicht „nebenbei“ erledigt werden, sondern braucht neben finanziellen und sachbezogenen **Ressourcen** (z.B. einem eigenen Budget) insbesondere **qualifizierte personelle Kapazitäten**. Kommunen benötigen daher längerfristig geschultes Personal, welches über ein entsprechendes Fachwissen zu den Auswirkungen und zur Gestaltung des demografischen Wandels verfügt.

10. Kommunen profitieren von **wissenschaftlicher Expertise und Beratungsleistungen**. Wissenschaftliche Begleitung, Beratung und Moderation kann Kommunen helfen, eine kommunale Demografiepolitik zu implementieren und den umfassenden Prozess der Demografieberichterstattung zu initiieren, zu begleiten und zu evaluieren. Hierbei kann es eine Aufgabe von Wissenschaft sein, **Beispiele guter Praxis** herauszuarbeiten. Durch einen umfassenden **Wissenstransfer** können erfolgreiche Strategien und wirksame Maßnahmen auf ähnliche Situationen in anderen Kommunen übertragen werden.

INFORMATIONEN ZUM INSTITUT FÜR GERONTOLOGIE AN DER TU DORTMUND

Das Institut für Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund ist ein unabhängiges wissenschaftliches Institut, das seit 1990 in der sozialgerontologischen Forschung tätig ist. Träger ist die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V. (FfG). Zu den Kernaufgaben des Instituts für Gerontologie gehört u.a. die wissenschaftliche Beratung von öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Trägern von Einrichtungen und Dienstleistungen für ältere Menschen sowie von Politik und Verwaltung. Ziel ist es, die Gestaltung der individuellen, gesellschaftlichen und (sozial-)politischen Konsequenzen und Herausforderungen der demographischen Entwicklung, insbesondere einer alternden Gesellschaft, zu begleiten und zu unterstützen. In seiner Beratungsfunktion wendet sich das Institut für Gerontologie an Entscheidungsträger und Akteure auf kommunaler Ebene sowie auf Landes- und Bundesebene. Generell basiert die Beratungstätigkeit des Instituts für Gerontologie auf wissenschaftlicher Analyse. Ausgehend von einem dialogorientierten reflexiven Ansatz wird Beratung als kommunikativer Prozess gestaltet, der u.a. eine kontinuierliche Beteiligung des Auftraggebers einschließt.

Zu den Forschungsbereichen des Instituts für Gerontologie zählen „Seniorenpolitik, kommunale Beratung und Planung“ (Arbeitsbereich 1), „Lebenslagen, Lebensformen und soziale Integration“ (Arbeitsbereich 2) sowie „Arbeit, Wirtschaft und Technik“ (Arbeitsbereich 3). Eine Vielzahl relevanter Forschungs- und Beratungsvorhaben wurde zum Thema kommunale Alten-/Seniorenplanung und Altenberichterstattung realisiert.

Neben der kommunalen Alten-, Gesundheits- und Sozialberichterstattung befasst sich das Institut für Gerontologie mit sozial- und kommunalpolitisch relevanten Themen im Kontext des demografischen Wandels; dabei werden insbesondere Fragen der Neuausrichtung und (Weiter-)Entwicklung kommunaler Handlungsstrategien (z.B. Fragen eines kommunalen Demografiemanagements) fokussiert. Themenspezifische Expertise liegt für die Konzeption und Anwendung entsprechender Erhebungsinstrumentarien für die Durchführung einer kommunalen Altenberichterstattung vor. Darüber hinaus besteht Expertise für die Anwendung qualitativer Methoden (u.a. Inhaltsanalyse, Experteninterviews), insbesondere für die Analyse des kommunalen Berichtswesens und kommunaler Konzepte sowie für die Befragung von Mitarbeiter/innen der Kommunalverwaltung.

Das Institut für Gerontologie beschäftigt rund 20 Mitarbeiter/innen, darunter 13 wissenschaftliche Mitarbeiter/innen und vier studentische Hilfskräfte. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen rekrutieren sich aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen wie z.B. aus der Sozialen Gerontologie, den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, der Pädagogik und den Erziehungswissenschaften und arbeiten gemeinschaftlich in interdisziplinären Teams.

QUELLENVERZEICHNIS

- Bäcker, G., Naegele, G., Bispinck, R., Hofemann, K. & Neubauer, J. (2008). *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bartl, W. & Jonda, B. (2008). *Demographischer Wandel und personalpolitischer Response in Kommunen*. In Sackmann, R., Jonda, B. & Reinhold, M. (Hrsg.), *Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor*. S. 183 – 206. Wiesbaden: VS Verlag.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011). *Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Körbel-Stiftung (Hrsg.) (2014). *Stadt für alle Lebensalter. Wo deutsche Kommunen im demografischen Wandel stehen und warum sie altersfreundlich werden müssen*. Online verfügbar unter <http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/stadt-fuer-alle-lebensalter.html> (12/2014).
- Bertelsmann Stiftung (2005). *Demographie konkret – Handlungsansätze für die Kommunale Praxis*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2006a). *Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden*. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2006b). *Demographie konkret - Seniorenpolitik in den Kommunen*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008). *Demographie konkret - Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2010a). *Wer, wo, wie viele? – Bevölkerung in Deutschland 2025. Praxiswissen für Kommunen*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2010b). *Demographie konkret – Kommunale Familienpolitik neu gestalten*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013). *Stadt - Land - Umland. Handlungsansätze für Kommunen im demographischen Wandel*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bertelsmann Stiftung (Stand 12/2014). *Wegweiser Kommune*. Online verfügbar unter <http://www.wegweiser-kommune.de/ueber-den-wegweiser> (12/2014).
- Blaumeiser, H., Blunck, A., Klie, T., Pfundstein, T. & Wappelshammer, E. (2002). *Handbuch kommunale Altenplanung. Grundlagen – Prinzipien – Methoden*. Frankfurt am Main: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.
- Bogumil, J. G., Gerber, S. & Schicketanz, M. (2013). Handlungsmöglichkeiten kommunaler Demografiepolitik. In Hürther, M. und Naegele, G. (2013) *Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder*. (S. 259 - 282). Wiesbaden: Springer Verlag.
- Böhmer, A. (2015). *Konzepte der Sozialplanung. Grundwissen für die Soziale Arbeit*. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Bucher, H. (2007). *Regionale Auswirkungen der demographischen Alterung*. In Scholz, R. und Bucher, H. (Hrsg.) (2007). *Alterung im Raum. Auswirkungen der Bevölkerungsalterung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte. Beiträge zur Jahrestagung 2006* (S. 15 - 48). Norderstedt: Books on demand.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2012). *Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen. Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland*. Online unter http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp_node.html (12/2014).
- Bundesministerium des Inneren (2012). *Jedes Alter zählt. Die Demografiestrategie der Bundesregierung*. Berlin. Online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/demografie-strategie.pdf?__blob=publicationFile (12/2014).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) (2010). *Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland Altersbilder in der Gesellschaft*. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/sechster-altenbericht.property-pdf;bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (12/2014).
- Bundesministerium der Finanzen (2013). *Finanzpolitische Herausforderungen des demografischen Wandels im föderalen System. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen*. Berlin. Online verfügbar unter http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2013-06-28-finanzpolitische-herausforderungen-demografischer-wandel-anlage.pdf?__blob=publication-File&cv=5 (12/2014).

- Bundesregierung (2014). *Arbeitsgruppe „Regionen im demografischen Wandel stärken – Lebensqualität in Stadt und Land fördern“* (Stand Juli 2014). Berlin. Online verfügbar unter http://www.demografie-portal.de/Shared-Docs/Arbeitsgruppen/DE/2014/Programme/AG_D_Arbeitsprogramm.pdf?__blob=publicationFile
- Burgi, M. (2013). *Kommunale Verantwortung und Regionalisierung von Strukturelementen in der Gesundheitsversorgung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Council of Europe (1985). *Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung* Straßburg/Strasbourg, 15.X.1985.
- Dahme, H.-J., Schütter, S. & Wohlfahrt, N. (2008). *Lehrbuch Kommunale Sozialverwaltung und Soziale Dienste. Grundlagen, aktuelle Praxis und Entwicklungsperspektiven*. Weinheim, München: Juventa Verlag.
- Deutscher Städtetag (2006). *Demografischer Wandel. Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die Städte*. Köln und Berlin. Online verfügbar unter http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/demografischer_wandel_2006_arbeitspapier.pdf (12/2014).
- Deutscher Städtetag (2013). *Integrierte Stadtentwicklungsplanung und Stadtentwicklungsmanagement – Strategien und Instrumente nachhaltiger Stadtentwicklung*. Berlin und Köln. Online verfügbar unter http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/mat_integrierte_stadtentwicklungsplanung_2013_web_korr.pdf (12/2014).
- Flöthmann, J. & Höhn, C. (Hrsg.) (2007). *Wege zu einer erfolgreichen Familien- und Bevölkerungspolitik. Beiträge zur Jahrestagung 2005*. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie Band 1. Norderstedt: Books on demand.
- Friedrich, H. (2013). *Der Dialog geht weiter. Innenpolitik. Informationen des Bundesministeriums des Innern. Demografie*. Neuauflage 2013. (S. 5 – 7) Online verfügbar unter http://starkekommunen-rlp.de/fileadmin/mediathek/dokumente/BMI_demografischer_Wandel_01.pdf (12/2014).
- Generali Zukunftsfonds (Hrsg.) & Institut für Demoskopie Allensbach (2013). *Generali Altersstudie 2013. Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gleich, A. & Staudinger, T. (2013). *Städtevergleich auf Basis von Clusteranalyse am Beispiel der Demografie-Berichterstattung. Informationen zur Raumentwicklung*, S. 517 - 527.
- Hartwig, L. (2010). *Strategische Steuerung kommunaler Sozialpolitik*. Berlin: Eigenverlag des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Heinz, R. (2000). *Kommunales Management. Überlegungen zu einem KGSt-Ansatz*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag.
- Heinze, R. (2013). *Anpassung oder Gestaltung? Institutionelle und kulturelle Erblasten in der Demografiepolitik*. In Hüther, M. und Naeyege, G. (2013), *Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder*. (S. 49 - 70). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hüther, M. & Naeyege, G. (2013). *Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder*. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Hüther, M. (2013). *Überlegungen zu einer Demografiepolitik*. In Bäcker, G. und Heinze, R.G. (Hrsg.), *Soziale Gerontologie in gesellschaftlicher Verantwortung* (S. 121 - 132). Wiesbaden: VS Verlag.
- Information und Technik Nordrhein-Westfalen (Stand 2014). *Regionalstatistischer Online-Atlas NRW* (Stand 12/2014). Online verfügbar unter <http://www.statlas.nrw.de/Statlas/viewer.htm> (12/2014).
- Information und Technik Nordrhein-Westfalen (Stand 2014). *Kommunalprofil für kreisfreie Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen* (Stand: 10.12. 2014). Online verfügbar unter <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/index.html> (12/2014).
- Klie, T. (2010). *Alter und Kommune. Gestaltung des demographischen Wandels auf kommunaler Ebene*. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, 2, 75.
- Köppen, B., Gans, P., Milewski, N. & Swiaczny, F. (Hrsg.) (2012). *Internationalisierung: Die unterschätzte Komponente des demographischen Wandels in Deutschland?* Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie Band 5. Norderstedt: Books on demand.
- Mädling, H. (2008). *Alterung - ihre lokalen Folgen als Probleme für Kommunalpolitik und -verwaltung*. In Bucher, H. und Flöthmann, E.-J. (Hrsg.), *Demographische Alterung auf kommunaler Ebene. Umsetzung und Konsequenzen*. Beiträge zur Jahrestagung 2008. (S. 15 - 32). Norderstedt: Books on demand.
- Mayer, T. (2011). *Demografiepolitik – gestalten oder verwalten?* In APUZ 10 – 11/2011 (S. 11 – 18). Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/33442/demografiepolitik-gestalten-oder-verwalten?p=all> (12/2014).

- Mayer, T. (13. März 2014). *Für eine Demografestrategie plus ultra. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie*. Online verfügbar unter http://www.demographie-online.de/fileadmin/dgd/meeting2014/slides/Mayer_DemStragPlusUltra_DGD_Jahrestagung.pdf (12/2014).
- Menning, S., Nowossadeck, E. & Maretzke, S. (2010). *Regionale Aspekte der demografischen Alterung*. Online verfügbar unter http://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/GeroStat_Report_Altersdaten_Heft_1_2_2010.pdf (12/2014).
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. *Jugendquotient und Altenquotient nach Regionen (2010 – 2012), kreisfreien Städten und Kreisen (2011 – 2013)* auf Grundlage der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Volkszählung 1987 und Zensus 2011). Online verfügbar unter http://www.mais.nrw.de/sozialberichte/sozialindikatoren_nrw/indikatoren/2_demografie/indikator2_6/index.php (12/2014).
- Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGPEA). *Demographische Entwicklung. Zahlen und Fakten*. Online verfügbar unter http://www.mgepa.nrw.de/alter/demographische_entwicklung/index.php (12/2014).
- Naegele, G. (1993). *Standards in der kommunalen Altenplanung - Die Zeit der „einfachen Antworten“ ist vorbei!* In S. u. Kühnert, *Perspektiven moderner Altenpolitik und Altenarbeit* (S. 171 - 196). Hannover: Vincentz Verlag.
- Naegele, G. (2006). *Aktuelle Herausforderungen vor Ort - ein Überblick*. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Demographie konkret - Seniorenpolitik in den Kommunen*. (S. 8 - 23). Gütersloh: Bertelsmann Verlag.
- Naegele, G., Schönberg, F., Menke, M., Schmitt, M. & Schnabel, E. (2008). *Der demographische Wandel und die Älteren in Nordrhein-Westfalen – Positionspapier des Instituts für Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund*. Dortmund: Institut für Gerontologie an der TU Dortmund (IfG).
- Naegele, G. (2010). *Kommunen im demographischen Wandel*. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie Volume 43, Issue 2, S. 98 - 102.
- Naegele, G. (2013). *Gesellschaftliche Akteure in der Bringschuld – vor allem Kommunen sind künftig gefragt*. In Generali Zukunftsfonds (Hrsg.) & Institut für Demoskopie Allensbach, *Generali Altersstudie 2013*, S. 334 – 340.
- Naegele, G. & Hüther, M. (2014). *Warum brauchen wir eine Demografiapolitik?* In Kaudelka, K. & Isenbart, G. (Hrsg.), *Altern ist Zukunft. Leben und Arbeiten in einer alternden Gesellschaft*. S. 109 – 118. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Nordrhein-Westfalen (1950). *Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen*. Online verfügbar unter https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=2&gld_nr=1&ugl_nr=100&bes_id=3321&aufgehoben=N&menu=1&sg=0#det250887 (12/2014).
- Olbermann, E., Kuhlmann, A., Barth, C., Hornbacher, A. (2012). *Kommunale Altenberichterstattung in Nordrhein - Westfalen: Ein Überblick mit Beispielen guter Praxis*. Dortmund: Forschungsgesellschaft für Gerontologie.
- Olbermann, E., Kuhlmann, A., Linnenschmidt, K., Kühnel, M. (2014). *Kommunale Altenberichterstattung in Nordrhein-Westfalen. Eine Arbeitshilfe für Kommunen*. Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.v./Institut für Gerontologie an der TU Dortmund.
- Rohden, K. S. & Villard H. J. (2010). *Kommunale Alten(bilfe-)planung – Rahmung und Standards*. In Aner, K. & Karl, U. (Hrsg.), *Handbuch soziale Arbeit und Alter* (S. 51 – 57). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sarcinelli, U. & Stopper, J. (2006). *Demographischer Wandel und Kommunalpolitik*. In APUZ 21 – 22/2006 (S. 3 – 10).
- Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (2014). *Herausforderungen der kommunalen Daseinsvorsorge aus Sicht des Sozialverbands VdK Nordrhein-Westfalen*. Online unter http://www.vdk.de/nrw/pages/presse/68429/demografischer_wandel_nur_jede_dritte_kommune_ist_vorbereitet (02/2015).
- Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (2014). *Presse-Info: Demografischer Wandel: Nur jede dritte Kommune ist vorbereitet*. Online unter http://www.vdk.de/nrw/pages/presse/68429/demografischer_wandel_nur_jede_dritte_kommune_ist_vorbereitet (02/2015).
- Stopper, J. (2008). *Demographischer Wandel und interkommunale Kooperation – Problemwahrnehmungen und Handlungsorientierungen in der Kommunalpolitik*. In Heinelt, H. & Vetter, A. (Hrsg.), *Lokale Politikforschung heute*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Strohmeier, K.-P. & Neu, M. (2011). *Auswirkungen des demografischen Wandels auf die sozialen Dienste in den Städten und Gemeinden*. In Evers, A., Heinze, R. G. & Olk, T. (Hrsg.) (2011). *Handbuch Soziale Dienste* (S. 145-167). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Strünck, C. (2012). *Wie reagieren Kommunen auf den demografischen Wandel?* Praktikerforum der Fachhochschule Köln - Herausforderungen der Altenhilfepolitik - Offene Uni. Online verfügbar unter http://www.f01.fh-koeln.de/imperia/md/content/imos/sigridleitner/christoph_struenck.pdf (12/2014).
- Strünck, C. (2013). *Kommunale Kernaufgabe ohne Kompetenzen? Wie demografischer Wandel vor Ort gestaltet wird.* In Bäcker, G. & Heinze, R.G. (Hrsg.), *Soziale Gerontologie in gesellschaftlicher Verantwortung*. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Tettinger, P. J. (2007). *Die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung.* In Mann, T., Püttner, G. und Elvers, T. (2007), *Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis Band 1 Grundlagen und Kommunalverfassung* (S. 187 - 215). Wiesbaden: Springer Verlag.
- Wiechmann, E. & Kiffler, L. (2010). *Kommunale Demographiepoltik. Antworten auf den sozio-demographischen Wandel in den Rathäusern.* Berlin: Edition Sigma.
- Witte, S. (2007). *Strategisches Management deutscher Kommunen und die Europäische Union.* Stuttgart: Ibidem Verlag.
- Zimmer - Hegmann, R. (2011). *Demografischer Wandel als Herausforderung für die Stadt- und Quartiersentwicklung.* In Dahme, H. -J. & Wohlfahrt, N. (Hrsg.) (2011), *Handbuch Kommunale Sozialpolitik* (S. 124 - 140). Wiesbaden: Springer Verlag.

AUSWAHL VERWENDETER QUELLEN BEI DER ANALYSE VON PRAXISBEISPIELEN

- Arnsberg. *Zukunft Alter gestalten.* Informationsportal, Konzepte und Veröffentlichungen. Online verfügbar unter <http://www.arnsberg.de/zukunft-alter/index.php> (12/2014).
- Demografieinitiative Kreis Euskirchen (2013). *Handlungskonzept Teil I: Demografieprozess, Handlungsfelder & Leitziele, Fakten zum demografischen Wandel. Handlungskonzept Teil II: Die Projekte.* Online verfügbar unter <http://www.kreis-euskirchen.de/wirtschaft/demografie/> (12/2014).
- Enquêtékommision „Handlungskonzept Demographie“ (2013). *Handlungskonzept Demographie Neuss am Rhein. Auf dem Weg: 2013>2030>2050. Abschlussbericht der Enquêtékommision „Handlungskonzept Demographie“ Neuss,* im Juni 2013 Band I. Online unter <http://www.neuss.de/leben/soziales/themen-und-lebenssituationen/enquete-kommision-demografischer-wandel/neuss-abschlussbericht-handlungskonzept-demographie.pdf> (12/2014).
- Kreis Borken (2005). *Demographiebericht 2005.* Online verfügbar unter <https://www.kreis-borken.de/fileadmin/internet/downloads/VV/demographie/Demographie-Bericht-01-03-2006.pdf> (Stand 2/2014).
- Kreis Borken (2006). *Brennpunkt Demographie.* Online verfügbar unter https://www.kreis-borken.de/fileadmin/internet/downloads/VV/demographie/Strategiepapier_Endfassung.pdf (12/2014).
- Kreis Borken (2007). *Demographiebericht 2007.* Online verfügbar unter https://www.kreis-borken.de/fileadmin/internet/downloads/VV/demographie/Demographiebericht_2007.pdf (12/2014).
- Kreis Borken (2009). *Demographiebericht 2009.* Online verfügbar unter <https://www.kreis-borken.de/fileadmin/internet/downloads/VV/demographie/Demographiebericht%202009.pdf> (12/2014).
- Kreis Borken (2010). *Demographiekonzept Kreis Borken.* Online verfügbar unter <https://www.kreis-borken.de/fileadmin/internet/downloads/VV/demographie/Demographiekonzept%20Kreis%20Borken.pdf> (12/2014).
- Kreis Euskirchen (2013). *Handlungskonzept Teil I: Demografieprozess, Handlungsfelder & Leitziele, Fakten zum demografischen Wandel. Handlungskonzept Teil II: Die Projekte.* Online verfügbar unter <http://www.kreis-euskirchen.de/wirtschaft/demografie/index.php> (12/2014).
- Stadt Hattingen (2008). *Hattingen im Demographischen Wandel: „Strategiekonzept Hattingen 2020“.* Online verfügbar unter https://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Rathaus/Fachbereiche/Stadtplanung%20und%20Stadtentwicklung/Strategische%20Stadtentwicklung/Demographischer%20Wandel/strategiekonzept_final.pdf (12/2014).
- Stadt Herten (2009). *Herten 2020. Demografischer Wandel.* Online verfügbar unter <http://www.herten.de/uploads/media/Demografiebericht.pdf> (12/2014).
- Stadt Köln (2006). *Demographischer Wandel in Köln.* Online verfügbar unter http://www.stadt-koeln.de/mediasset/content/pdf/5/handlungskonzept_demografischer_wandel.pdf (12/2014).
- Stadt Münster (2008). *Handlungskonzept ‚demografischer Wandel in Münster‘: Demografiebericht, Demografieleitbild und Steuerungszyklus demografieorientierte Stadtentwicklung.* Online verfügbar unter https://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/handlungskonzept_demografischer_wandel_in_muenster.pdf (12/2014).
- Stadt Münster. *Informationsportal zum demografischen Wandel, Konzepte und Veröffentlichungen (z.B. Demografiemonitoring in Münster).* Online verfügbar unter <https://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/strategie-demografie.html> (12/2014).

Stadt Langenfeld (2009 – 2014). *Demografie in Langenfeld. Gesamtkonzept Teil 1 – 4*. Online verfügbar unter http://langenfeld.active-city.net/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=138&waid=157&item_id=861832&oldrecord=95193&oldmodul=5&olddesign=0&oldkeyword=0&olddeps=20&oldaz=all&oldcat=0&fsize=1&contrast=0 (12/2014).

Stadt Langenfeld (2012). *Demografiebericht 2012*. Online verfügbar unter <http://www.langenfeld.de/download/Demografiebericht2012.pdf> (12/2014).

Stadt Langenfeld (2013). *Demografiebericht 2013*. Online verfügbar unter <http://www.langenfeld.de/download/Demografiebericht2013.pdf> (Stand 2/2014).

Stadt Langenfeld (2014). *Demografiebericht 2014*. Online verfügbar unter http://langenfeld.active-city.net/city_info/display/dokument/show.cfm?region_id=138&id=372566&design_id=3340&type_id=0&titletext=1 (12/2014).

Stadt Siegen. *Arbeitsgruppe Demografie*. Online verfügbar unter http://www.siegen.de/standard/page.sys/details/eintrag_id=6407/content_id=6694/792.htm (2/2014).

ANHANG 1 - FRAGEN- UND ANALYSEKATALOG ZUR IDENTIFIZIERUNG VON GUTEN PRAXISBEISPIELEN KOMMUNALER DEMOGRAFIEKONZEPTE

KATEGORIE	FRAGESTELLUNGEN	CODES	INDIKATOREN
1. FORMAL – ORGANISATORISCHE ASPEKTE DES DEMOGRAFIE - KONZEPTE	a) Gibt es einen konkreten Ansprechpartner und einen zuständigen Fachbereich für Fragen und Bewältigungsstrategien des demografischen Wandels?	Klare Zuständigkeiten für demografische Fragen und Fachbereich	Ja – Nein – Bezeichnung (z.B. Demografiebeauftragte, Demografiestabsstellen, usw.)
	b) Gibt es einen konkreten kommunalpolitischen Auftrag zur Entwicklung und Verwendung eines Demografiekonzeptes?	Kommunalpolitische Verortung	Ja – Nein – Entstehungsprozess (z.B. Ratsauftrag)
	c) Wird die Gestaltung des demografischen Wandels als Querschnittsaufgabe betrachtet und handelt es sich um eine ressortübergreifende Konzeption?	Ressortübergreifende Konzeption und Vernetzung mit allen relevanten Fachbereichen und Akteuren	Ja – Nein – Form der Organisation
	d) Wer führt bzw. moderiert den Demografieentwicklungsprozess?	Führung und Koordination (z.B. interne/externe Akteure)	Form der Prozesskoordination (z.B. Moderation durch externe Akteure)
	e) Wurden relevante Akteure mit in den Prozess eingebunden?	Umfassende Akteursbeteiligung (z.B. Stadtverwaltung, Wohlfahrtsverbände, Vereine, Interessengruppen usw.)	Ja – Nein – Welche?
	f) Wurden Begleitgremien und Arbeitsgruppen im Zuge der Konzepterstellung etabliert?	Etablierung von Begleitgremien und Arbeitsgruppen	Ja – Nein – Welche?
	g) Gibt es Hinweise zur Fortschreibung resp. Optimierung des Demografiekonzeptes?	Fortschreibung und Optimierung (z.B. Turnus)	Ja – Nein – Turnus
2. KONZEPTIONELLE ORIENTIERUNG UND GRUND- AUSRICHTUNG DES DEMOGRAFIE - KONZEPTE	a) Ist kommunale Demografiepolitik bzw. der demografische Wandel Anlass und Leitmotiv?	Anlass und Leitmotiv	Ja – Nein
	b) Lassen sich eine übergeordnete Vision oder andere allgemeine Konzeptionen identifizieren?	Vision und übergeordnete Konzepte (z.B. Generationengerechtigkeit)	Ja – Nein – Welche?
	c) Werden (Bundes-) politische Rahmenbedingungen thematisiert?	Reflexion allgemeiner politischer und finanzieller Rahmenbedingungen	Ja – Nein
	d) Welchen allgemeinen Anspruch hat das Konzept?	Anspruch (z.B. Integrative Regional-, Stadt und Quartiersentwicklungspolitik, Präventives Vorgehen, Berücksichtigung exkludierter Gruppen, Kultursensibilität usw.)	
	e) Sind Partizipation und Bürgerbeteiligung integraler Prozessbestandteil der Konzeptentwicklung?	Partizipation und Bürgerbeteiligung (Verwendung partizipativer Methoden im gesamten Prozessverlauf, z.B. Bürgerforen, Zukunftskonferenzen, Runde Tische, Stadtteilkonferenzen, Befragungen, Schaffung von Arbeitsgruppen)	Ja – Nein – Form: • Kontinuierliche Partizipationsmöglichkeiten • Punktuelle Partizipationsmöglichkeiten
	f) Werden exkludierte Bürgergruppen berücksichtigt?	Exklusion und Inklusion (z.B. ältere Bürgerinnen und Bürger)	Ja – Nein – Welche?
	g) Welche Rolle spielen Inter-/Intrakommunale Zusammenarbeit?	Inter-/Intrakommunale Zusammenarbeit (statt Standortwettbewerb)	Ja – Nein

KATEGORIE	FRAGESTELLUNGEN	CODES	INDIKATOREN
	h) Welche Rolle spielt Demografiesensible Personalpolitik?	Demografiesensible Personalpolitik	Ja – Nein – Form (z.B. Verwaltungsin-tern oder extern)
3. STRUKTUR UND INHALT DES DEMOGRAFIE - KONZEPTE	a) Welche übergeordnete kommunale Handlungsstrategie lässt sich erkennen?	Übergeordnete Handlungsstrategie	Ja – Nein – Welche?
	b) Basiert das Konzept auf einer adäquaten Datengrundlage, z.B. einem eigenen Demografiebericht?	Datengrundlage und Qualität der Daten (z.B. Demografiebericht mit aktueller sozio-demografischer Analyse, sowie differenzierter Bestands- und Bedarfsanalyse)	Ja – Nein – Qualität: u.a. <ul style="list-style-type: none"> • Aktualität der Daten • Differenziertheit der Daten • Datenquellen • Zuverlässigkeit der Prognosen • kleinräumige Sozial- /Altersstrukturanalysen • Bestandsanalyse • Bedarfsanalyse
	c) Beinhaltet die Strategieentwicklung einen konkreten demografisch orientierten Leitbildprozess bzw. verfügt die Kommune über ein demografisch angemessenes Stadtprofil?	Demografisches Leitbild und Stadtprofil	Ja – Nein – Entwicklung (z.B. durch SWOT-Analyse)
	d) Umfasst das Konzept eine präzise Identifizierung kommunaler Handlungsfelder sowie eine kommunenspezifische Priorisierung?	Handlungsfelder und Priorisierung	Ja – Nein – Welche Schwerpunktthemen?
	e) Was für Handlungsprogramme und (Leit-)Projekte werden beschrieben?	Handlungsprogramme und Projekte	Welche?
	f) Beinhaltet die Demografiestrategie ein Prozessmonitoring und gibt es Hinweise auf Evaluation?	Monitoring und Evaluation	Ja – Nein – Form
4. ZIELORIENTIERUNG UND WIRKSAMKEIT DER VORGESTELLTEN HANDLUNGS-STRATEGIEN INNERHALB DES DEMOGRAFIE - KONZEPTE	a) Beinhaltet das Konzept eine präzise Formulierung von konkreten Zielen und Zielindikatoren?	Ziele und Zielindikatoren	Ja – Nein
	b) Ist das Verhältnis von Analyse, Ziel und Umsetzungsstrategie passgenau?	Passgenauigkeit von Analyse - Ziel - Umsetzung	Ja – Nein
	c) Werden Umsetzungsräume verbindlich geplant und benannt?	Definition von Umsetzungs-räumen	Ja – Nein
	d) Besteht eine realistische Verknüpfung von Planungs- und Finanzaspekten?	Berücksichtigung von Planung und Finanzierungsaspekten	Ja – Nein
	e) Wie sind die Form und die Verbindlichkeit der Handlungsstrategien einzuschätzen?	Form und Verbindlichkeit	Ja – Nein
	f) Welche Rolle spielen Evaluation, Monitoring und Optimierung?	Langfristigkeit, Monitoring und Optimierung	Ja – Nein – Form
	g) Gibt es Hinweise auf Erfolge von Maßnahmen und ggf. Transfermöglichkeiten?	Erfolg und Transfermöglichkeiten	Ja – Nein

KATEGORIE	FRAGESTELLUNGEN	CODES	INDIKATOREN
5. PARTIZIPATION UND TEILHABE ALS TRAGENDES ELEMENT DES DEMOGRAFIE-KONZEPTE	a) Handelt es sich insgesamt um ein dialogorientiertes Vorgehen?	Dialogorientiert	Ja – Nein
	b) Gab und gibt es umfassende Partizipationsmöglichkeiten im Gesamtprozess?	Partizipationsmöglichkeiten	Ja – Nein –Partizipationsstufen (1-4)
	c) Beinhaltet das Konzept Hinweise auf zukünftige Beteiligungsmöglichkeiten?	Zukünftige Beteiligungsmöglichkeiten	Ja – Nein
	d) Welche Rolle spielt Partizipation und bürgerschaftliches Engagement im Rahmen der Demografiestrategie?	Relevanz von Partizipation	Ja – Nein
	e) Wie wird Bürgerschaftliches Engagement adressiert?	Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement	Ja – Nein
6. ZUGANG UND TRANSPARENZ	a) Ist das Dokument öffentlich zugänglich?	Zugang (z.B. über das Internet)	Ja – Nein
	b) Ist die Autorenschaft geklärt?	Autorenschaft (z.B. Verwaltungsin-tern oder externe Auftragsvergabe)	Wer ?
	c) Gibt es eine Dokumentation bzw. Informationen über den Entstehungsprozess?	Dokumentation	Ja – Nein

Quelle: FfG 2014. Eigene Darstellung in Anlehnung an Olbermann et al. 2012, 2014 sowie unter inhaltlicher Berücksichtigung von Deutscher Städtetag, 2006; Bertelsmann 2006; Wiechmann und Kißler 2010; Zimmer - Hegmann 2011 und Bogumil et al. 2013.

ANHANG 2 - VERWENDETE DATENQUELLEN BEI DER DARSTELLUNG DER BEISPIELKOMMUNEN

TITEL	DATENQUELLE
KURZPROFIL DER KOMMUNE	
NAME	–
KREIS	–
REGIERUNGSBEZIRK	–
EINWOHNERZAHL (STAND 31.12.2013)	IT.NRW, Landesdatenbank. Bevölkerung in den Regierungsbezirken gemäß Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Online verfügbar unter http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/index.html (12/2014).
FLÄCHE (KM2)	IT.NRW, Landesdatenbank (Stand: 10.12.2014).
BEVÖLKERUNGSDICHTE (EINWOHNER JE KM2)	IT.NRW, Landesdatenbank (Stand: 10.12.2014).
GEMEINDE Typ	Klassifikation der Kommunen nach der Gemeindereferenz des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (Stand: 2012). Einordnung gemäß IT.NRW (2014).
HAUSHALTSSTATUS	MIK NRW. Haushaltsstatus der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (Stand: 31. Dezember 2013). Online unter http://www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/kommunales/kommunale-finanzen/kommunale-haushalte/daten-berichte/haushalts-status.html (12/2014)
STÄDTETYP/ DEMOGRAFIETYP	Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und Körber-Stiftung 2014 ; Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune 2014.
ALTERSSTRUKTUR	IT.NRW, Landesdatenbank. Bevölkerung in den Regierungsbezirken gemäß Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Online verfügbar unter http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/index.html (12/2014)
JUGENDQUOTIENT/ ALTERSQUOTIENT	MAIS NRW auf Basis von IT.NRW. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf Basis des Zensus 2011. Online verfügbar unter http://www.mais.nrw.de/sozialberichte/sozialindikatoren_nrw/indikatoren/2_demografie/indikator2_6/index.php (12/2014) Ergänzend Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune. Online unter http://www.wegweiser-kommune.de/home (12/2014)
ANTEIL NICHT-DEUTSCHE	IT.NRW Kommunalprofile (Stand 10.12.2014).
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (INSGESAMT) BIS 2030	IT.NRW. Gemeindemodellrechnung zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung für kreisangehörige Gemeinden und Bevölkerungsvorausberechnung in den kreisfreien Städten und Kreis (Basisvariante) gemäß IT.NRW (Stand: 10.12.2014), online verfügbar unter http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/index.html (12/2014)

KONTAKT

Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. /
Institut für Gerontologie an der TU Dortmund

Evinger Platz 13

44339 Dortmund

Tel.: (0231) 728 488 -0

www.ffg.tu-dortmund.de

Projektleitung:

Prof. Dr. Naegele Tel.: (0231) 728 488 -10, orka@post.uni-dortmund.de

Dr. Elke Olbermann Tel.: (0231) 728 488 -29, elke.olbermann@tu-dortmund.de

Bearbeitung: (07/2014 bis 02/2015)

Markus Kühnel Tel.: (0231) 728 488 – 22, markus.kuehnel@tu-dortmund.de

Dortmund, Februar 2015

IMPRESSUM

Herausgeber:

Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen e.V.

Verantwortlich:

Thomas Zander

Anschrift:

Sozialverband VdK NRW e.V.

Fürstenwall 132

Postfach 10 51 42

40217 Düsseldorf

www.vdk.de/nrw

Gestaltung/Satz:

brandtec GmbH

www.brandtec.de

Druck und Bindung:

Druckerei Numrowski, Düsseldorf

Erscheinungsort und Jahr:

Düsseldorf 2015

STUDIE 2015

ISBN 978-3-00-049530-4



9 783000 495304